

# **Landesbibliothek Oldenburg**

## **Digitalisierung von Drucken**

### **Verhandlungen der ... Versammlung des ... Landtags des Freistaats Oldenburg**

#### **Staat Oldenburg**

**Oldenburg, [O.], Landtag 1.1919/20 - 5.1928/30[?]**

3. Versammlung 18.11.1920-03.05.1921

[urn:nbn:de:gbv:45:1-90136](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-90136)

# Niederschriften

über die

## Verhandlungen der 3. Versammlung

des

## II. Landtags des Freistaats Oldenburg.



Oldenburg, 1921.

Schulzefche Hof-Buchdruckerei (H. Schwarz).



# Niederschrift

über

## die Verhandlungen

der

### 3. Versammlung des II. Landtags des Freistaats Oldenburg.

#### Erste Sitzung.

Oldenburg, den 18. November 1920, vormittags 11 Uhr.

**Vorsitzender: Präsident Schröder.**

Präsident Schröder eröffnet um 11 Uhr die Sitzung und beruft zu Schriftführern die Abgg. Bartels und Nieberg. Der namentliche Aufruf ergibt die Anwesenheit von 42 Abgeordneten.

Es wird in die Tagesordnung eingetreten.

#### 1. Wahl des Präsidiums.

Bei der Wahl des Präsidenten erhielten der Abg. Schröder 32 und der Abg. Tanzen 1 Stimme, 8 Stimmzettel sind unbeschrieben. Abg. Schröder ist somit zum Präsidenten gewählt. Zum ersten Vizepräsidenten wird der Abg. Behrens mit 28 Stimmen gewählt, je eine Stimme entfällt auf die Abgg. Feigel und Tanzen, 12 weiße Stimmzettel sind abgegeben. Abg. Feigel wird mit 35 Stimmen zum zweiten Vizepräsidenten gewählt, 7 weiße Stimmzettel sind bei dieser Wahl abgegeben. Zu Schriftführern wählt der Landtag die Abgg. Bartels, Denis und Nieberg.

#### 2. Bildung der Ausschüsse.

Der Landtag beschließt die Bildung von drei Ausschüssen, und zwar eines Finanz-, Petitions- und Verwaltungsausschusses. In die einzelnen Ausschüsse werden gewählt:

##### Finanzausschuß.

Feigel, Vorsitzender, Meyer, Haszkamp, Hartong (Wirtensfeld), Zimmermann, Henneicke, Schmidt (Zetel), Dörr, Murken, Gerdes, Hollmann, Nieberg,

Schröder, Wichmann, Jordan, stellv. Vorsitzender, Hug, Kaper (Ellenserdamm).

##### Petitionsausschuß.

Raschke, Willenborg, Denis, Albers, Harries, Kieselhorst, Behlen, Hartong (Delmenhorst), Kaper (Burmeide), Müller, stellv. Vorsitzender, Zipp, Heitmann, Ketelhohn, Bäuerle, Vorsitzender, Zehetmair.

##### Verwaltungsausschuß.

Tanzen, Vorsitzender, Kalkuhl, Schmidt (Bockhornerfeld), Stark, Dannemann, Dohm, Lohse, Unkelbach, Weyand, König, stellv. Vorsitzender, Sante, Fröhle, Bartels, Schömer, Behrens, Frerichs.

#### 3. Verteilung der Vorlagen.

Der Präsident verliest das Verzeichnis der eingegangenen Vorlagen und Eingaben, die auf die einzelnen Ausschüsse verteilt werden.

##### A. Vorlagen.

1. Entwurf eines Gesetzes für den Landesteil Oldenburg, betreffend die Erhebung der von den Angehörigen der katholischen Kirche aufzubringenden Kirchensteuern.

##### Verwaltungsausschuß.

2. Schreiben, betr. den Voranschlag der Einnahmen und



Ausgaben der Staatsgutskapitalienkasse des Landes-  
teils Oldenburg für das Jahr 1921.

Finanzausschuß.

3. Schreiben, betr. nachträgliche Genehmigung zum An-  
kauf der Besitzung des von Gutin nach Schwartau  
versetzten Försters Hamm in Barmkau.  
Finanzausschuß.
4. Entwurf eines Gesetzes für den Freistaat Oldenburg,  
betr. Aenderung des Schulgesetzes für das Herzogtum  
Oldenburg vom 4. Februar 1910, und der Schul-  
gesetze für die Fürstentümer Lübeck und Birkenfeld  
vom 4. April 1911.  
Verwaltungsausschuß.
5. Schreiben, betr. Erhöhung der Zahl der Angestellten  
der Landesparkasse, denen die Rechte von Zivil-  
staatsdienern gewährt werden können.  
Verwaltungsausschuß.
6. Voranschlag der Zentral-Einnahmen und -Ausgaben  
des Freistaats Oldenburg für das Jahr 1921.  
Finanzausschuß.
7. Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben des  
Landesteils Oldenburg.  
Finanzausschuß.
8. Schreiben, betr. Nachweisungen der bewilligten Witwen-  
unterstützungen.  
Finanzausschuß.
9. Entwurf eines Gesetzes für jeden der drei Landes-  
teile, betr. Aenderung des Gewerbesteuergesetzes vom  
27. August 1920.  
Finanzausschuß.
10. Schreiben, betr. die auf das Forstbetriebsjahr 1918/19  
sich erstreckenden Uebersichten über die Erträge der  
Staatsforsten der Landesteile Lübeck und Birkenfeld.  
Finanzausschuß.
11. Schreiben, betr. Verwendung der Ueberschüsse der  
Landesparkasse seit 14. Oktober 1919.  
Verwaltungsausschuß.
12. Schreiben, betr. die Ernennung der Regierungsver-  
treter für die bevorstehende Tagung des Landtages.
13. Schreiben des Staatsministeriums vom 1. November  
d. Jz., betr. Neuwahl der Beisitzer und Stellvertreter  
des Staatsgerichtshofes.  
Plenum.
14. Schreiben des Staatsministeriums vom 9. November  
d. Jz., betr. Nachweisung über die vom Landtage  
seit dem 20. April d. Jz. der Regierung überwiesenen  
Anträge, Eingaben und Beschwerden.  
Plenum.

## B. Eingänge.

1. Eingabe des Bundes Oldenburger Referendare, betr.  
Berücksichtigung der Referendare bei Regelung der  
Aufwandsentschädigung an Beamtenanwärter, ent-  
sprechend der vom Reichsfinanzminister festgesetzten  
Richtlinie.  
Petitionsausschuß.
2. Eingabe der Bauerschaften Südbollenhagen und Fader-  
Langstraße, betr. Aenderung des Siedelgesetzes vom  
Jahre 1856.  
Verwaltungsausschuß.
3. Eingabe der Kreuzmoorer Verlatacht, betr. Abhilfe  
der jährlichen Ueberschwemmung im Gebiet der Fader-  
Wapeler Siedelacht.  
Verwaltungsausschuß.
4. Eingabe der Elise Koch in Dinklage, betr. Unter-  
stützung.  
Petitionsausschuß.
5. Eingabe des Reichsverbandes der deutschen Staats-  
tierärzte, betr. Besoldung der Amtstierärzte Olden-  
burgs.  
Petitionsausschuß.
6. Eingabe der Hafenvärter in Brake, betr. Gehalts-  
ordnung.  
Petitionsausschuß.
7. Eingabe der Vereinigung der Landwirte der Gemeinde  
Hude, betr. Milchlieferung.  
Petitionsausschuß.
8. Eingabe des Verbraucherbundes Wiesbaden, betr.  
Verbot der Ausfuhr und Verschiebung der wichtigsten  
Vollnahrungsmittel.  
Petitionsausschuß.
9. Eingabe des Reichsforstverbandes in Zillbach, betr.  
Gewährung einer Vergütung an die Forstreferendare  
und zum Besoldungsgesetz.  
Petitionsausschuß.
10. Eingabe der Bürgermeistereiboten der Provinz Birken-  
feld, betr. Neuregelung ihrer Besoldung.  
Petitionsausschuß.
11. Eingabe des Vorstandes des Philologenvereins hier-  
selbst, betr. endgültige Regelung der Besoldungs-  
ordnung.  
Petitionsausschuß.
12. Eingabe des Reichsschutzbundes landwirtschaftlicher  
Verpächter e. V. in Braunschweig, betr. Pachtzusch-  
ordnung.  
Verwaltungsausschuß.
13. Eingabe der Vereinigung Oldenburger Rentner, betr.  
Erhebung der Grund- und Gebäudesteuer.  
Verwaltungsausschuß.



14. Eingabe der Einwohner von Delfshausen und Umgegend, betr. Revision der Deich- und Sielordnung. Verwaltungsausschuß.
15. Eingabe der oldenburgischen Amtsärzte, betr. Verleihung der Zivilstaatsdienerereignenschaft mit angemessenem Gehalt. Verwaltungsausschuß.
16. Eingabe des Ortskartells Birkenfeld (Nahe) des deutschen Beamtenbundes, betr. Einreihung der Orte in den Bürgermeistereien Birkenfeld, Niederbrombach und Nohfelden in das neue Verzeichnis der Ortsklassen. Petitionsausschuß.
17. Eingabe des deutschen Kinderschutzbundes e. V. in Berlin, betr. Mitteilung einer EntschlieÙung. Petitionsausschuß.
18. Eingabe des Verbandes der leitenden Baubeamten Preußens in Godesberg zur Besoldungsordnung. Petitionsausschuß.
19. Eingabe der Gerichtsboten und Gefangenwärter der Amtsgerichte Bad Schwartau und Ahrensböck zur Gehaltsordnung. Petitionsausschuß.
20. Eingabe des Trugringes der Jugend in den Städtestädten, betr. Mitteilung einer EntschlieÙung. Petitionsausschuß.
21. Eingabe des Vereins deutscher Ingenieure in Berlin, betr. Einräumung maßgebenden und bestimmenden Einflusses der Techniker in den Landes-, Provinzial-, Kreis- und Gemeindeverwaltungen. Petitionsausschuß.
22. Eingabe des Verbandes der Kraftverkehrsgesellschaften Deutschlands, Postauschuß in Charlottenburg, betr. Wettbewerb der Reichspostverwaltung gegen die vom Reiche unter Beteiligung des Reichs gegründeten Kraftverkehrsgesellschaften. Petitionsausschuß.
23. Eingabe der Leitung der höheren Mädchenschule in Cloppenburg, betr. Gewährung eines Zuschusses zu den Unterhaltungskosten der Schule. Finanzausschuß.
24. Eingabe des Mittelschullehrers Jopp in Birkenfeld, betr. Einwendung gegen seine Einreihung in die Gehaltsklasse 8. Petitionsausschuß.
25. Eingabe des Stadtmagistrats Barel, betr. Aenderung des Art. 30 § 3 der Gemeindeordnung. Verwaltungsausschuß.
26. Eingabe des deutschen Vereins für Vermessungswesen, Landesverein Oldenburg, betr. die neue Prüfungsordnung der Kandidaten des höheren vermessungs- und kulturtechnischen Dienstes. Verwaltungsausschuß.
27. Eingabe der Lehrerinnen der Rüstlinger Volksschulen, betr. auskömmliches Gehalt und Wegfall der 10 % Kürzung des Gehalts bei den unwiderruflich angestellten Lehrerinnen. Petitionsausschuß.
28. Eingabe des Ortskartells Birkenfeld (Nahe) des deutschen Beamtenbundes, betr. Besatzungszulage. Petitionsausschuß.
29. Eingabe des Touristenvereins „Die Naturfreunde“ in Rüstlingen, betr. Aufhebung der Veräußerung des Staatsministeriums, betr. Abbruch bezw. Verfügung der Waldschenke im Urwald bei Barel. Petitionsausschuß.
30. Eingabe des Vorstandes des kath. Lehrervereins für den Freistaat Oldenburg zur Lehrerbefoldungsordnung. Petitionsausschuß.
31. Eingabe des Ortskartells Birkenfeld (Nahe) des deutschen Beamtenbundes, betr. Neuregelung der Anstellungs- und Besoldungsverhältnisse der Gemeindeeinnnehmer im Landesteil Birkenfeld. Petitionsausschuß.
32. Eingabe der Angestellten des Amtsgerichtes Bad Schwartau, betr. baldige Regelung ihres Dienstentkommens. Petitionsausschuß.
33. Eingabe der Schöffen und Gemeinderäte der Gemeinden Reitsrodt, Hoppstädten, Hintertiefenbach, Dambach, Steinberg usw., betr. Uebernahme der persönlichen Schullasten auf die Staatskasse. Verwaltungsausschuß.
34. Eingabe des Gendarmeriekommandos hierf., betr. Einreihung des Inspektors, der Kommissare und des Zahlmeisters in eine andere Gehaltsgruppe. Petitionsausschuß.
35. Eingabe des Landesverbandes der vaterländ. Frauenvereine in Oldenburg, betr. Gewährung eines Zuschusses zu den Kosten des Säuglingsheims. Finanzausschuß.
36. Eingabe des oldenburgischen Landeslehrervereins, betr. Befoldung der Lehrer und Lehrerinnen an Volksschulen. Petitionsausschuß.
37. Eingabe der Witwe Bureck, Hebamme a. D. in



Oldenburg, Bürgerschstraße, betr. Aufbesserung ihrer Altersunterstützung.

Petitionsauschuß.

38. Eingabe des Vorstandes des jeberländ. Vereins für Altertumskunde, betr. Bewilligung staatlicher Mittel zur Errichtung des Museums.  
Finanzauschuß.

39. Eingabe der Bezirksvereinigung Gabelsbergerscher Stenographen für Oldenburg, betr. Geschäftsvereinfachung, Geschäftsbeschleunigung und Erzielung von Ersparnissen der Staatsverwaltung.  
Kommission zur Vereinfachung und Verbilligung der Staatsverwaltung.

(Schluß der Sitzung 11 Uhr 45 Min.)

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der 2. ordentlichen Sitzung der 3. Versammlung des II. Landtags des Freistaats Oldenburg, am 9. Dezember 1920, vormittags 10 Uhr.

**Schröder.**

**Nieberg.**





# Niederschrift

über

die Verhandlungen

der

## 3. Versammlung des II. Landtags des Freistaats Oldenburg.

### Zweite Sitzung.

Oldenburg, den 9. Dezember 1920, vormittags 10 Uhr.

Vorsitzender: Präsident Schröder.

Der Präsident eröffnet die Sitzung. Der Abg. Nieberg verliest die Niederschrift der letzten Sitzung. Einwendungen dagegen werden nicht erhoben.

Vom Abg. Bartels werden folgende Eingänge zur Kenntnis gebracht:

1. Eingabe des Wesserschout F. Ehlers in Brake, betr. Einreichung in die Gruppe 9 der Befoldungsordnung.  
Petitionsauschuß.
2. Eingabe des Gemeindevorstandes Damme, betreffend Reform der Gemeindeordnung.  
Verwaltungsausschuß.
3. Schreiben des Wahlkommissars für den Wahlkreis des Landesteils Oldenburg, betreffend Mandatsniederlegung des Abg. Schipper und Eintritt des Bankdirektors Murken hierselbst als Abgeordneter an den Landtag an dessen Stelle.  
ad acta gen.
4. Eingabe des Arbeiters Hans Wehrmann in Quakenbrück um Begnadigung.  
Beantwortet.
5. Eingabe der Liebfrauenschule, kath. priv. Lyzeum in Oldenburg, betr. Bewilligung eines Zuschusses.  
Finanzausschuß.
6. Eingabe der Lehrerinnen im Landesteil Lüneburg, betr. Kürzung der Gehaltsätze um 10 v. H.  
Petitionsauschuß.
7. Eingabe des Niedersächsischen Handwerkerbundes hiers., betr. Einrichtung von Verdingungsämtern.  
Verwaltungsausschuß.
8. Vorlage 11 des Staatsministeriums, betreffend Ueberschüsse der Landesparkasse.  
Verwaltungsausschuß.
9. Vorlage 13 des Staatsministeriums, betr. Rechnungen der Zentralkasse und der Landeskasse des Landesteils Oldenburg sowie der zugehörigen Nebenkassen für das Jahr 1919.  
Finanzausschuß.
10. Vorlage 14 des Staatsministeriums, betreffend Nachweisungen über den Geschäftsabluß der Landesfleischstelle Oldenburg — Geschäftsjahr 1919.  
Finanzausschuß.
11. Eingabe des Vereins der staatlichen und städtischen Hauswarte des Freistaats Oldenburg, betr. Schaffung von Beamtenstellen für die Hauswarte.  
Zurückgezogen.
12. Eingabe des Zeichenlehrers Wilhelm Klein am Seminar Barel zum Beamtendienststeinkommengesetz.  
Petitionsauschuß.
13. Eingabe des Regierungsrats z. D. Becker in Gera, betreffend gesetzliche Ansprüche an das Staatsministerium.  
Verwaltungsausschuß.



14. Eingabe der Angestellten des Landgerichts Oldenburg, betreffend Festsetzung ihres Dienst Einkommens.  
Petitionsausschuß.
15. Eingabe der Handarbeitslehrerinnen des Landesteils Birkenfeld, betreffend Besoldungsregelung.  
Petitionsausschuß.
16. Eingabe der höheren Mädchenschule in Wechta, betreffend Bewilligung eines staatlichen Zuschusses.  
Finanzausschuß.
17. Eingabe des Vereins der staatlichen und städtischen Hauswarte des Freistaats Oldenburg, betreffend Schaffung von Beamtenstellen für die Hauswarte des Freistaats Oldenburg.  
Petitionsausschuß.
18. Eingabe des Oldenburgischen Gendarmerie-Vereins, betreffend Einreihung in höhere Gehaltsgruppen.  
Petitionsausschuß.
19. Eingabe des Birkenfelder Landeslehrervereins, betreffend Besoldung der Volksschullehrer und Lehrerinnen.  
Petitionsausschuß.
20. Vorlage 15 des Staatsministeriums, betreffend Einnahmen und Ausgaben der Staatsgutskapitalienkassen der Landesteile Lüneburg und Birkenfeld für das Jahr 1921.  
Finanzausschuß.
21. Eingabe der Liebfrauenstiftung hier selbst, betreffend Ergänzung ihrer Eingabe vom 17. d. Mts.  
Finanzausschuß.
22. Eingabe des Oldenburger Landesamtes für Volkshochschulen, betreffend Erhöhung der Position „Wissenschaftliche Vorträge“ auf 80—100 000 M.  
Finanzausschuß.
23. Eingabe des Hugo Frank in Westerstede, betreffend Verteilung des Zuckers im Amte Westerstede.  
Verwaltungsausschuß.
24. Eingabe des Birkenfelder Landeslehrervereins, betr. Einbehaltung zu viel gezahlter Gehaltsvorschüsse an widerruflich angestellte Volksschullehrer und Lehrerinnen.  
Verwaltungsausschuß.
25. Eingabe der katholischen höheren Mädchenschule in Rühringen, betreffend Bewilligung einer Beihilfe.  
Finanzausschuß.
26. Vorlage 16 des Staatsministeriums, betreffend Zusammenlegung der Amtskasse Damme, Lönning, Wildeshausen und Elsfleth.  
Verwaltungsausschuß.
27. Vorlage 18 des Staatsministeriums über den Gesetzentwurf, betreffend Änderung des Gesetzes für das Herzogtum Oldenburg vom 15. März 1910, betreffend Unterstützung der Hebammen.  
Verwaltungsausschuß.
28. Eingabe des Oldenburger Beamtenbundes, betreffend Bewilligung einer besonderen Teuerungszulage für die jungen Beamten und Lehrer.  
Petitionsausschuß.
29. Eingabe des Vereins der Amts- und Gerichtsboten des Freistaats Oldenburg zur Besoldungsordnung.  
Petitionsausschuß.
30. Eingabe der Landesgruppe Oldenburg der akadem. Zeichenlehrer zur Besoldungsordnung.  
Petitionsausschuß.
31. Eingabe des Landesverbandes akadem. Musiklehrer Oldenburgs zum Besoldungsgesetz.  
Petitionsausschuß.
32. Eingabe des Schulvorstandes der höheren Bürgerschule in Friesoythe, betr. Gewährung eines Zuschusses.  
Finanzausschuß.
33. Eingabe des Oberlandesgerichtspräsidenten und Oberverwaltungsgerichtspräsidenten hierf. zur Besoldungsordnung.  
Petitionsausschuß.
34. Eingabe der bisherigen Lehrer mit Hauptlehrergehalt, betreffend Änderung ihrer Amtsbezeichnung.  
Petitionsausschuß.
35. Eingabe des Zentralverbandes der Angestellten Deutschlands, Bezirk Oldenburg, betreffend Angestellten-Tarif.  
Petitionsausschuß.
36. Eingabe des Landmanns Christ. Heinr. Block in Delfshausen, betr. Erteilung zur Uebertragung von Hämmen.  
Petitionsausschuß.
37. Vorlage 21 des Staatsministeriums über den Gesetzentwurf für den Landesteil Oldenburg, betr. die Bildung von Wohlfahrts- und Pflegeausschüssen.  
Verwaltungsausschuß.
38. Eingabe des Vorstandes der höheren Schulen in Brake, betreffend Auslegung des Beamtendienst-einkommengesetzes für den Freistaat Oldenburg.  
Verwaltungsausschuß.
39. Eingabe der Handarbeitslehrerinnen des Landesteils Birkenfeld, betr. Besoldungsregelung.  
Petitionsausschuß.
40. Eingabe des Verbandes landwirtschaftlicher Kleinbetriebe e. B. hier selbst, betreffend Ueberlassung von Weideland.  
Petitionsausschuß.
41. Eingabe des Gemeindevorstandes in Westerstede, betreffend Schulgeldsätze der höheren Bürgerschule in Westerstede.  
Finanzausschuß.
42. Vorlage 20 des Staatsministeriums, betr. Wieder-

aufbau der abgebrannten Stallgebäude beim Neuen Hause hierselbst.

Finanzausschuß.

43. Eingabe der beamteten Tierärzte hiers., betr. Gleichstellung mit den preussischen Kreisierärzten.  
Petitionsausschuß.

44. Eingabe des Inspektors beim Oberverwaltungsgericht Dicht hiers., betreffend seine Gehaltsverhältnisse.  
Petitionsausschuß.

45. Vorlage 23 des Staatsministeriums, betreffend Gewährung eines weiteren Zuschusses für hilfsbedürftige Gemeinden zu den Lehrerbefoldungen als Abschlagszahlungen.  
Finanzausschuß.

46. Eingabe des Finanzausschusses der höheren Mädchenschulen in Friesoythe, betreffend Bewilligung eines Zuschusses.  
Finanzausschuß.

47. Eingabe des Vorsitzenden des Rentnervereins der Provinz Lübeck, betreffend Besserung der Lage der Rentner.  
Verwaltungsausschuß.

48. Eingabe des Landeslehrervereins für den Landesteil Lübeck zum Besoldungsgesetz.  
Petitionsausschuß.

49. Eingabe des Ortskartells Birkenfeld (Nahe) des deutschen Beamtenbundes, betr. Amtsbezeichnung der unteren Beamten.  
Petitionsausschuß.

Der Präsident bringt folgende Eingänge zur Kenntnis:

1. Vorlage 19 des Staatsministeriums, betr. Entwurf eines Gesetzes zur Abänderung der Gemeindeordnung für den Landesteil Oldenburg.

Die Vorlage wird dem Verwaltungsausschuß überwiesen.

2. Vorlage 25 des Staatsministeriums, betr. Entwurf eines Gesetzes für den Freistaat Oldenburg wegen Abänderung des Beamtendiensteinkommengesetzes vom 11. August 1920 und des Gesetzes vom 17. August 1920, betr. das Diensteinkommen der Lehrer und Lehrerinnen an Volksschulen.

Die Vorlage wird dem Petitionsausschuß überwiesen.

3. Selbständiger Antrag des Abg. Schmidt (Betel):  
Ich beantrage,  
der Landtag wolle die Staatsregierung ersuchen, von der weiteren Besiedlung der zwischen Sande und Ellenserdamm belegenen staatlichen Groden abzusehen.

Der Antrag ist vom Petitionsausschuß vorberaten und kommt unter Punkt 9 der Tagesordnung zur Verhandlung.

4. Förmliche Anfrage des Abg. Dannemann:  
Ist der Staatsregierung bekannt, daß der vom Landtage beschlossene und bereits zum Teil aus-

geführte Bahnbau Delmenhorst—Lemwerder eingestellt werden soll?

Ist die Staatsregierung bereit, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß der vom Oldenburger Landtage gefaßte Beschluß zur Ausführung kommt und die Arbeiten zur Vollendung des Bahnbau'es sofort wieder aufgenommen werden?

Diese Anfrage ist als Punkt 15 auf die Tagesordnung gesetzt.

5. Förmliche Anfrage des Abg. Haftkamp:

Ist die Staatsregierung bereit und in der Lage, Auskunft zu erteilen, ob die Erhebungen über die Gewährung von Beihilfen seitens des Reiches zur Instandsetzung von Binnenschiffen, die infolge des Krieges schadhast geworden sind, abgeschlossen sind, und welche Maßnahmen in dieser Hinsicht im weiteren in Aussicht genommen sind?

Mit einer schriftlichen Beantwortung der Anfrage bin ich einverstanden.

Die Anfrage wird als Punkt 16 auf die Tagesordnung gesetzt.

6. Förmliche Anfrage des Abg. Heitmann:

Ist das Staatsministerium in der Lage, dem Landtag Auskunft darüber zu erteilen, inwieweit es möglich gewesen ist, die Gemeinden mit verbilligten Kartoffeln für Minderbemittelte zu versorgen?

Ist es richtig, daß bis heute Gemeinden den Kartoffelbedarf für Minderbemittelte nicht erhalten haben?

Durch die Freigabe der Kartoffeln seitens der Reichsregierung ohne gleichzeitige Vorsorge einer ausreichenden Erfassung der Kartoffeln zu erträglichen Preisen, sind für die gesamte Bevölkerung die größten Schwierigkeiten in der Versorgung eingetreten.

Besteht danach für das Staatsministerium die Möglichkeit, angesichts der schwierigen Lage der Kartoffelversorgung Maßnahmen zu treffen, die Versorgung zu halbwegs erträglichen Preisen sicher zu stellen?

Ist dem Staatsministerium bekannt, daß im direkten Bezug von einem Teil der Landwirte Preise zwischen 40 bis 50 M pro Zentner genommen werden und was gedenkt das Staatsministerium gegen solchen Wucher zu unternehmen?

Diese Anfrage ist als Punkt 17 auf die Tagesordnung gesetzt.

7. Selbständiger Antrag des Abg. Raper (Ellenserdamm):

Ich beantrage,  
der Landtag wolle beschließen, das Staatsministerium zu ersuchen, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln die Durchführung der auf dem Gebiete der Brotversorgung erlassenen reichsgesetzlichen Verordnungen zu veranlassen.

Dieser Antrag soll auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung gesetzt werden.





8. **Förmliche Anfrage des Abg. Denis:**

1. Kann die Staatsregierung darüber Auskunft geben, wann der Artikel 143, Abs. 2 der Reichsverfassung, lautend:

Die Lehrerbildung ist nach den Grundsätzen, die für die höhere Bildung allgemein gelten, für das Reich einheitlich zu regeln;

zur Ausführung kommen wird?

2. Ist die Staatsregierung bereit, bei der Staatsregierung dahin zu wirken, daß über die Frage der Lehrerbildung baldigst Klarheit geschaffen wird?
3. Beabsichtigt die Staatsregierung, die neue Form der Lehrerbildung schon vor der Ausführung der angezogenen Verfassungsbestimmung durch das Reich vorzubereiten, insbesondere die unterste Klasse der Lehrerfeminare zu Ostern 1921 zu schließen?
4. Wird die Staatsregierung für den Fall, daß diese Klasse Ostern 1921 noch wieder besetzt wird, schon jetzt erklären, daß sie Ostern 1922 bestimmt geschlossen werden würde?

Der Präsident schlägt vor, diese Anfrage als Punkt 16a auf die Tagesordnung zu setzen. Der Landtag ist einverstanden.

9. **Förmliche Anfrage des Abg. Feigel:**

Ist die Staatsregierung bereit, Auskunft darüber zu erteilen, warum die im Sommer dieses Jahres der katholischen Kirche zur Aufbesserung der Einkommen ihrer Seelsorge-Geistlichen vom Landtage bewilligten Gelder bisher nicht zur Auszahlung an diese gelangt sind?

Der Präsident schlägt vor, diese Anfrage als Punkt 16b auf die Tagesordnung zu setzen. Der Landtag ist einverstanden.

10. Eingabe des Landtags-Registrators Tesenitz, betr. Eingruppierung in die Besoldungsordnung.

Die Erledigung dieser Eingabe wird dem Gesamtvorstand übertragen.

11. Kurze Anfrage der Abgg. Haßkamp und Meyer. Die Antragsteller sind nicht anwesend. Die Erledigung soll in der nächsten Sitzung stattfinden.

Der Präsident gibt bekannt, daß für den Abg. Schipper, der sein Mandat niedergelegt hat, der Abg. Murken eingetreten ist.

In der Tagesordnung wird verhandelt:

1. Bericht des Petitionsausschusses zu der Eingabe des Vereins deutscher Ingenieure zu Berlin.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

2. Bericht des Petitionsausschusses über die Eingabe des Reichsforstverbandes R.F.V. Staatsforstverwaltungsbeamten des Deutschen Reichs.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

3. Bericht des Petitionsausschusses über die Eingabe des Bundes der Oldenburger Referendare.

Dieser Punkt wird von der Tagesordnung abgesetzt.

4. Bericht des Petitionsausschusses über die Eingabe des Eruchringes der Jugend der Städte Wilhelmshaven-Nüßringen.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

5. Bericht des Petitionsausschusses über die Eingabe der Hebamme a. D. Ww. Burek in Oldenburg um Aufbesserung alter abgegangener dienstunfähiger Hebammen.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

6. Bericht des Petitionsausschusses über die Eingabe des deutschen Kinderschutzbundes e. V. in Berlin, betr. Durchführung praktischer vorbeugender Kinderschutzarbeit.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

7. Bericht des Petitionsausschusses über die Eingabe der Elise Koch, Dinklage, betr. Klagen über die Beschädigung ihres Eigentums und Belästigung ihrer Person.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

8. Bericht des Petitionsausschusses zu den Eingaben des Ortskartells des deutschen Beamtenbundes Birkenfeld, betreffend Besatzungszulage und Ortsklasseneinteilung.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

9. Bericht des Petitionsausschusses über den selbständigen Antrag des Abg. Schmidt (Zetel).

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

10. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Eingabe des Regierungsrats zur Disposition R. Becker in Gera, betr. Erlangung seiner gesetzlichen Ansprüche an das Staatsministerium.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

11. Bericht des Petitionsausschusses über die Petition des Verbraucherbundes Wiesbaden.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

12. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Eingaben der Kreuzmoorer Verlatacht, der Einwohner von Delfshausen und Umgegend und der Bauerschaften Südbollenhagen und Jader-Langstraße, um Abhilfe der jährlichen Ueberschwemmungen im Gebiete der Jader-Wapeler Sielacht, bezw. Aenderung der Deich- und Sielordnung vom Jahre 1856.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

13. **Förmliche Anfrage des Abg. Lohse:**

Ist das Staatsministerium bereit und in der Lage, folgende Anfrage zu beantworten:



Wie will das Staatsministerium die Verfügung des Ministeriums des Innern, betr. Entwaffnung der Einwohnerwehren vom 28. August 1920, mit der Verordnung des Reichskommissars für die Entwaffnung vom 22. August 1920 (Reichs-Gesetzblatt Nr. 177) in Einklang bringen?

Abg. Lohse begründet seine förmliche Anfrage. Das Staatsministerium ist zur sofortigen Beantwortung bereit. Der Ministerpräsident verliest folgende Erklärung. (s. Stenogramm.)

Auf Antrag des Abg. Lohse findet Besprechung statt.

Vom Abg. Murken wird ein dringlicher selbständiger Antrag folgenden Wortlauts eingebracht:

Aus Anlaß der förmlichen Anfrage des Abg. Lohse über die Entwaffnungsverfügung des Staatsministeriums vom 28. August 1920 spricht der Landtag dem Staatsministerium sein Vertrauen aus.

Der Landtag bejaht die Dringlichkeit des Antrages. In namentlicher Abstimmung wird dieser Antrag mit 25 gegen 12 Stimmen angenommen. Dafür stimmten die Abgeordneten:

Albers, Bäuerle, Bartels, Behrens, Denis, Feigel, Frerichs, Fröhle, Hartong (Birkenfeld), Harries, Heitmann, Hug, Jordan, Kalkuhl, Kaper (Ellenserdamm), Ketelhohn, Meyer, Rasche, Sante, Murken, Schmidt (Betel), Schömer, Tanzen, Willenborg, Zehetmair.

Dagegen stimmten die Abgeordneten:

Behlen, Gerdes, Hartong (Delmenhorst), Haßkamp, Hollmann, Kaper (Burmeide), Lohse, Müller, Nieberg, Unelbach, Weyand, Wichmann, Zipp.

**14. Förmliche Anfrage des Abg. Denis.** (Wohnungsnot betr.)

Der Abg. Denis begründet seine förmliche Anfrage. Der Minister der sozialen Fürsorge beantwortet sie. (siehe Stenogramm.) Auf Antrag des Abg. Denis findet Besprechung statt.

**15. Förmliche Anfrage des Abg. Dannemann.** (Bahnbau Delmenhorst-Lemwerder.)

Für den abwesenden Abg. Dannemann begründet Abg. Behlen die Anfrage. Der Regierungsvertreter Geh. Oberfinanzrat Stein beantwortet sie. (s. Stenogramm.)

**16. Förmliche Anfrage des Abg. Haßkamp.** (Snstandsetzung von Binnenschiffen.)

Der Abg. Haßkamp begründet seine Anfrage. Der Regierungsvertreter, Oberbaurat Borchers, beantwortet sie. (s. Stenogramm.) Auf Antrag des Abg. Haßkamp findet Besprechung statt.

**16a. Förmliche Anfrage des Abg. Denis.** (Lehrerbildung betr.)

Abg. Denis begründet seine Anfrage. Der Kultus- und Justizminister beantwortet sie. (s. Stenogramm.)

Niederschrift. II. Landtag, 3. Versammlung.

**16b. Förmliche Anfrage des Abg. Feigel.** (Aufbesserung der Einkommen der Seelsorge-Geistlichen.)

Abg. Feigel begründet seine Anfrage. Der Kultus- und Justizminister beantwortet sie. (s. Stenogramm.)

Auf Antrag des Abg. Feigel findet Besprechung statt.

**17. Förmliche Anfrage des Abg. Heitmann.** (Karstoffeln für Minderbemittelte.)

Abg. Heitmann begründet seine Anfrage. Der Regierungsvertreter, Ober-Neg.-Rat Weber, beantwortet sie. (s. Stenogramm.)

**18. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Vorlage der Staatsregierung über den Entwurf eines Gesetzes für den Landesteil Oldenburg, betr. die Erhebung der von den Angehörigen der katholischen Kirche aufzubringenden Kirchensteuern.** (Anlage 1.) 1. Lesung.

Der Antrag 1 wird mit 28 gegen 15 Stimmen abgelehnt.

Der Antrag 2 wird angenommen. Anträge zur zweiten Lesung sind bis zum 13. Dezember, nachm. 4 Uhr, einzureichen.

**19. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für den Freistaat Oldenburg, betr. Aenderung des Schulgesetzes für das Herzogtum Oldenburg vom 4. Februar 1910 und der Schulgesetze für die Fürstentümer Lüneburg und Birkenfeld vom 4. April 1911.** (Anlage 4.) 1. Lesung.

Die Anträge 1 und 2 des Ausschusses werden angenommen.

Anträge zur 2. Lesung sind bis zum 13. Dezember, nachm. 4 Uhr, einzureichen.

**20. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Anlage 5, betreffend Erhöhung der Zahl der Zivilstaatsdiener bei der Landesparlasse.**

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

**21. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Vorlage des Staatsministeriums, betr. Verteilung von Ueberschüssen der Landesparlasse.** (Anlage 11.)

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

**22. Bericht des Finanzausschusses zu der Anlage 3, betreffend Ankauf einer Försterwohnung in Zarnekau, Provinz Lüneburg.**

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

**23. Bericht des Finanzausschusses zu den auf das Forstbetriebsjahr 1918/19 sich erstreckenden Uebersichten über die Erträge der Staatsforsten der Landesteile Lüneburg und Birkenfeld.** (Anlage 10.)

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

24. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Eingabe des Reichsschutzbundes landwirtschaftlicher Verpächter e. B. Braunschweig, betr. Aenderung der Pachtschutzordnung.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

Die Tagesordnung ist damit erschöpft.

Der Landtag stimmt dem Antrage des Abg. Feigel auf Uebertritt des Abg. Haßkamp aus dem Finanzausschuß in den Verwaltungsausschuß zu.

(Schluß der Sitzung 2 Uhr 50 Min.)

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der 3. ordentlichen Sitzung der 3. Versammlung des II. Landtags des Freistaats Oldenburg am 21. Dezember 1920, vormittags 10 Uhr.

Schröder.

Bartels.





# Niederschrift

über

die Verhandlungen

der

## 3. Versammlung des II. Landtags des Freistaats Oldenburg.

### Dritte Sitzung.

Oldenburg, den 21. Dezember 1920, vormittags 10 Uhr.

Vorsitzender: Präsident Schröder.

Der Präsident eröffnet um 10 Uhr die Sitzung und erteilt dem Abg. Bartels das Wort zur Verlesung des Protokolls der letzten Sitzung. Einwendungen werden nicht erhoben. Abg. Denis verliest folgende Eingänge:

1. Eingabe des oldenburgischen Städteverbandes, betr. Bewilligung von 100 000 M. zur Förderung des Wohnungsbaues.  
Finanzausschuß.
2. Eingabe des Cigners Georg Willenborg in Bürgemoor, betr. Einweisung einer Fläche Moorland.  
Petitionsausschuß.
3. Eingabe der Rektoratschule in Damme, betr. Bewilligung eines Zuschusses.  
Finanzausschuß.
4. Eingabe der Gemeinnützigen Baugenossenschaft „Eigenheim“ hier selbst, betr. Regelung der Baudarlehen.  
Finanzausschuß.
5. Eingabe des Birkenfelder Lehrerinnenvereins, betr. 10%otiger Abzug vom Gehalt der Volksschullehrerinnen.  
Petitionsausschuß.
6. Eingabe des Birkenfelder Landeslehrervereins zum Voranschlag 1921 für den Landesteil Birkenfeld. (Volksschulwesen).  
Finanzausschuß.
7. Vorlage 26 des Staatsministeriums über den Gesetzentwurf für den Landesteil Oldenburg und Lübeck,

betr. die Amtsdauer der bestehenden Gemeindevertretungen.

Verwaltungsausschuß.

8. Eingabe des Reichsverbandes beamteter deutscher Irrenärzte, betr. Gleichstellung des Direktors der Heil- und Pflegeanstalt Wehnen mit den Beamten der Gruppe 12.  
Petitionsausschuß.
9. Eingabe des Schulvorstandes der Rektoratschule in Essen, betr. Gewährung eines Staatszuschusses.  
Finanzausschuß.
10. Eingabe des Gemeindevorstehers in Löningen, betr. Gewährung eines Staatszuschusses für die dortige Rektoratschule.  
Finanzausschuß.
11. Eingabe des Vorstandes der oldenburgischen Anwaltskammer hier selbst, betr. Aufhebung des hies. Oberlandesgerichts.  
Kommission zur Vereinfachung und Verbilligung der Staatsverwaltung.
12. Vorlage 17 des Staatsministeriums, betreffend Zusammenstellung über die Ergebnisse der Einkommensteuererschätzung für das Jahr 1919.  
Finanzausschuß.
13. Vorlage 28 des Staatsministeriums über den Gesetzentwurf für den Landesteil Oldenburg, betreffend Aenderung des Gesetzes für das Herzogtum Olden-

2\*





burg vom 17. April 1897, betr. die Ausübung der Jagd.

Verwaltungsausschuß.

14. Vorlage 29 des Staatsministeriums über den Gesetzentwurf, betr. Vorschlag der Einnahmen und Ausgaben des Landesteils Birkenfeld für 1921.  
Finanzausschuß.
15. Vorlage 30 des Staatsministeriums über den Gesetzentwurf für den Freistaat Oldenburg, betr. technische Lehrerinnen an Volksschulen.  
Petitionsausschuß.
16. Vorlage 31 des Staatsministeriums, betr. Feststellung des Gehalts des Offizialrats und des Offizialatssekretärs.  
Finanzausschuß.
17. Eingabe des Hilfsschullehrerverbandes hierf. zur Besoldungsordnung.  
Petitionsausschuß.
18. Vorlage 32 des Staatsministeriums über den Gesetzentwurf für den Landesteil Oldenburg, betr. Beschaffung von Mitteln zur Förderung der Landeskultur und für die Wohlfahrtspflege durch Erhebung einer Viehsteuer.  
Finanzausschuß.
19. Vorlage 33 des Staatsministeriums über den Gesetzentwurf für den Landesteil Birkenfeld, betr. Aenderung des Gesetzes für das Fürstentum Birkenfeld vom 2. Januar 1873, betr. die Gebühren in Verwaltungssachen.  
Finanzausschuß.
20. Eingabe der Altpensionäre des früheren Hofes hierf., betr. Gleichstellung mit den Staatspensionären.  
Finanzausschuß.
21. Eingabe des Bürgervereins in Wilbeshausen, betr. Verlegung der Amtskasse und Aufteilung des Amtes Wilbeshausen.  
Verwaltungsausschuß.
22. Vorlage 22 des Staatsministeriums, betr. Nachweisung der Einnahmen und Ausgaben des Landeskulturfonds für den Landesteil Oldenburg für 1919.  
Finanzausschuß.
23. Vertrauliche Vorlage des Staatsministeriums.  
Finanzausschuß.
24. Vorlage 34 des Staatsministeriums, betr. Bericht über den Vermögensbestand und Geschäftsführung der Staatlichen Kreditanstalt für 1919.  
Finanzausschuß.
25. Eingabe der Einwohner von Dangastermoor, betr. Aenderung des Oldenburger Sichelgesetzes.  
Verwaltungsausschuß.
26. Eingabe des früheren Hauswarts Martin Röhben in Marburg a. d. Lahn, betr. Gewährung einer Unterstützung.  
Gesamtvorstand.

27. Eingabe der Amtsärzte hierf., betr. Nachtrag zu ihrer Eingabe vom 23. 10. 1920.

Petitionsausschuß.

28. Eingabe des Heinrich Bühring in Neuenfelde, betr. Hergabe von Siedlungsland.

Petitionsausschuß.

Der Präsident gibt den Eingang von drei förmlichen Anfragen des Abg. Zimmermann, Denis und Behlen bekannt:

1. des Abg. Zimmermann:

1. Ist die Staatsregierung bereit, dem Landtage Mitteilung zu machen, welche Ursachen die Herabsetzung der Butterration durch die Landesfeststelle rechtfertigen?
2. Gedenkt die Staatsregierung Maßnahmen zu ergreifen um die Versorgung der Bevölkerung, besonders der werdenden Mütter, Kinder und Kranken mit Milch und Butter, in ausreichendem Maße sicherzustellen?

2. des Abg. Denis:

Der Landtag hat durch seine Beschlüsse im Juli d. Jz., den Gesetzentwürfen für den Freistaat Oldenburg, betr. Regelung der Versorgungsbezüge der zur Disposition gestellten oder in den Ruhestand versetzten Beamten und der Hinterbliebenen der Beamten, seine Zustimmung gegeben.

Ist die Regierung in der Lage, Auskunft zu geben, ob und wann die reichsgesetzliche Regelung derselben Angelegenheit erfolgt ist? Wenn nicht, ist dann eine vorläufige Regelung für Oldenburg möglich?

3. des Abg. Behlen:

In der Verfügung, die das Staatsministerium zur Klarstellung an alle Pachtreinigungsamter erlassen hat, heißt es:

„Der allgemein festzustellende Landhunger und das jetzige starke Mißverhältnis zwischen Angebot und Nachfrage bei landwirtschaftlichen Grundstücken führen bei jedem freien Wettbewerb, besonders bei öffentlichen Verpachtungen zu starken Preistreibern, die von dem Verpächter vorausgesehen und in der Regel beabsichtigt werden. Das Verhalten eines Verpächters, der ein Grundstück öffentlich gegen Meistgebot zur Verpachtung ausbietet und verpachtet, stellt sich daher unter den z. Zt. obwaltenden Verhältnissen als wucherische Ausbeutung der durch den großen Landbedarf bedingten Notlage, oft auch des Leichtsinns oder der Unerfahrenheit der um das Grundstück sich bewerbenden Pächter allgemein, sowie in der Regel des auf sein Angebot den Zuschlag erhaltenden Pächters im besonderen dar.“

1. Hat die Staatsregierung diese Grundfälle auch bei öffentlichen Verpachtungen bzw. Versteigerungen von Staatsgut angewandt?
2. Beabsichtigt die Staatsregierung sie nachträglich in Anwendung zu bringen, nachdem bei den öffentlichen Verpachtungen der Reitnutzung auf den Weserinseln

Gebote bis zum 90fachen der bisherigen Pacht abgegeben und angenommen worden sind?

Die Vorbringung und Begründung dieser Anfragen wird auf die heutige Tagesordnung gesetzt. Die Abgg. Hafkamp, Meyer und Wichmann erhielten das Wort zu kurzen Anfragen. Der Präsident verliest die schriftlichen Beantwortungen der Regierung. Der Präsident teilt mit, daß die Staatsregierung den Landtag ersucht, den Vorschlag für die Zentralkasse auf die heutige Tagesordnung zu setzen. Der Landtag ist einverstanden. Darauf wurde in die Tagesordnung eingetreten.

1. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für den Freistaat Oldenburg, betreffend Aenderung des Schulgesetzes für das Herzogtum Oldenburg vom 4. Februar 1910 und der Schulgesetze für die Fürstentümer Lübeck und Birkenfeld vom 4. April 1911. Zweite Lesung. (Anlage 4.)

Der Ausschufsantrag wurde angenommen.

2. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Vorlage der Staatsregierung über den Entwurf eines Gesetzes für den Landesteil Oldenburg, betreffend die Erhebung der von den Angehörigen der katholischen Kreise aufzubringenden Kirchensteuer. Zweite Lesung. (Anlage 1.)

Der Ausschufsantrag wurde angenommen.

3. Bericht des Verwaltungsausschusses über Anlage 18 betreffend Abänderung des Gesetzes vom 15. März 1918, betreffend Unterstützung der Hebammen.

Der Ausschufsantrag wurde angenommen.

4. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für die Landesteile Oldenburg und Lübeck über die Amtsdauer der bestehenden Gemeindevertretungen. Erste Lesung. (Anlage 26.)

Der Ausschufsantrag wurde angenommen.

5. Bericht und Nachfrage des Petitionsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für den Freistaat Oldenburg wegen Abänderung des Beamtendiensteinkommengesetzes vom 11. August 1920 und des Gesetzes vom 17. August 1920, betreffend Dienstehkommen der Lehrer und Lehrerinnen an Volksschulen. Bewilligung der dazu erforderlichen Mittel. Erste Lesung. (Anlage 25.)

Die Ausschufsanträge 1, 2, 3 wurden angenommen.

6. Bericht und Nachfrage des Finanzausschusses über den Entwurf eines Gesetzes, betreffend Aenderung des Gewerbesteuergesetzes für den Landesteil Oldenburg vom 27. August 1920. Erste Lesung. (Anlage 9.)

Der Ausschufsantrag wurde angenommen.

7. Bericht und Nachfrage des Finanzausschusses über den Entwurf eines Gesetzes, betreffend Aenderung des Gewerbesteuergesetzes für den Landesteil Lübeck vom 27. August 1920. Erste Lesung. (Anlage 9.)

Der Ausschufsantrag wurde angenommen.

8. Bericht des Finanzausschusses über den Entwurf eines Gesetzes, betreffend Aenderung des Gewerbesteuergesetzes

für den Landesteil Birkenfeld vom 27. August 1920 und Nachfrage. Erste Lesung. (Anlage 9.)

Der Antrag des Ausschusses wurde angenommen.

9. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Eingabe des Schöffen und des Gemeinderats von Weitzrodt b. Idar wegen Uebernahme der persönlichen Schullasten auf die Staatskasse.

Der Ausschufsantrag wurde angenommen.

10. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Eingabe des Niedersächsischen Handwerkerbundes.

Die Ausschufsanträge 1, 2 und 4 wurden angenommen.

Der Antrag 3 wurde abgelehnt.

11. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Eingabe der Vereinigung Oldenburger Rentner um Erlaß bezw. Ermäßigung der Grund- und Gebäudesteuer.

Der Ausschufsantrag wurde angenommen.

12. Bericht des Petitionsausschusses über die Eingabe des Verbandes der Kraftverkehrsgesellschaften Deutschlands, Postauschuß Charlottenburg 2, Kantstr. 19<sup>II</sup>.

Der Ausschufsantrag wurde angenommen.

13. Bericht des Petitionsausschusses über die Petition der Vereinigung der Landwirte der Gemeinde Hude.

Der Ausschufsantrag wurde angenommen.

14. Bericht des Petitionsausschusses über die Eingabe des Zentralverbandes der Angestellten Deutschlands, Bezirk Oldenburg.

Der Ausschufsantrag wurde angenommen.

15. Bericht des Petitionsausschusses zu der Eingabe des Birkenfelder Landeslehrervereins vom 26. 11. 20, betreffend Einbehaltung zu viel gezahlter Gehaltsvorschüsse an widerruflich angestellte Volksschullehrer und Lehrerinnen.

Der Ausschufsantrag wurde angenommen.

16. Förmliche Anfrage des Abg. Zimmermann (Herabsetzung der Butterration).

Die Anfrage wurde begründet und vom Regierungsvertreter beantwortet. Es fand eine Besprechung statt.

17. Förmliche Anfrage des Abg. Denis (Bezüge der Beamten a. D. und z. D. betreffend).

Die Anfrage wurde durch die Annahme des Pensionsgesetzes im Reichstage und die Erklärung des Regierungsvertreters zu Anlage 25 als erledigt angesehen.

18. Förmliche Anfrage des Abg. Behlen (öffentliche Verpachtungen).

Die Anfrage wurde begründet und vom Regierungsvertreter beantwortet. Es fand eine Besprechung statt.

19. Bericht des Finanzausschusses über die Petition, betreffend Bewilligung eines Zuschusses aus staatlichen Mitteln zur Einrichtung und sachgemäßen Gruppierung eines Museums in Fever.

Der Ausschufsantrag wurde angenommen.





20. Bericht des Finanzausschusses über die Anlage 15, betreffend Einnahmen und Ausgaben der Staatsgutskapitalientasse der Landesteile Lübeck und Birkenfeld für das Jahr 1921.

Die Ausschufsanträge 1 und 2 wurden angenommen.

21. Bericht des Finanzausschusses zur Anlage 23.

Der Ausschufsantrag wurde angenommen.

22. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Anlage 17.

Der Ausschufsantrag wurde angenommen.

23. Mündlicher Bericht des Verwaltungsausschusses über den selbständigen Antrag des Abg. Kaper (Ellensferdamm), betreffend Maßnahmen auf dem Gebiete der Brotversorgung.

Der Ausschufsantrag wurde angenommen.

24. Bericht des Finanzausschusses über die Anlage 6,

betreffend Voranschlag der Zentralkasse des Freistaats Oldenburg.

Die Ausschufsanträge 1—6 wurden angenommen.

Zum Antrag 7 stellte der Regierungsvertreter folgenden Verbesserungsantrag:

Ich beantrage zu § 29 der Ausgaben des Zentralkassenvoranschlags: Statt „Aufwandsentschädigung“ ist zu setzen „Unterhaltszuschüsse“.

gez.: F. Driver.

Die Ausschufsanträge 7, 8, 9, 10, mit dem Verbesserungsantrag des Regierungsvertreters, wurden angenommen.

25. Bericht des Petitionsausschusses über die Anlage 30, über den Entwurf eines Gesetzes für den Freistaat Oldenburg, betreffend technische Lehrerinnen an Volksschulen.

Der Ausschufsantrag wurde angenommen.

(Schluß der Sitzung 2<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr.)

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der Sitzung des Gesamtvorstandes des II. Landtags des Freistaats Oldenburg, 3. Versammlung, am 22. Dezember 1920, nachmittags 2 Uhr 45 Min.

Schröder. Behrens. Feigel. Bartels. Denis. Nieberg.





# Niederschrift

über

die Verhandlungen

der

3. Versammlung des II. Landtags des Freistaats Oldenburg.

---

**Vierte Sitzung.**

Oldenburg, den 21. Dezember 1920, nachmittags 2<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr.

---

**Vorsitzender: Präsident Schröder.**

Der Präsident eröffnet die Sitzung um 2<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr.

Auf der Tagesordnung stand die Verhandlung über die Berichte zur zweiten Lesung der Anlagen 9, 18, 25, 26 und 30.

Die Ausschußanträge wurden angenommen.

Auf Antrag des Präsideneen vertagt sich der Landtag bis zum 18. Januar 1921.

(Schluß der Sitzung 2<sup>3</sup>/<sub>4</sub> Uhr.)

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der Sitzung des Gesamtvorstandes des II. Landtags des Freistaats Oldenburg, 3. Versammlung, am 22. Dezember 1920, nachmittags 2 Uhr 45 Min.

**Schröder. Behrens. Feigel. Bartels. Denis. Nieberg.**



# Niederschrift

über

die Verhandlungen

der

## 3. Versammlung des II. Landtags des Freistaats Oldenburg.

### Fünfte Sitzung.

Oldenburg, den 10. Februar 1921, vormittags 10 Uhr.

Der Präsident eröffnet um 10 Uhr die Sitzung.

Das Protokoll der letzten Sitzung ist im Gesamtvorstand festgestellt und gelangt deswegen nicht zur Verlesung. Abg. Nieberg erhält das Wort zur Verlesung der Eingänge:

1. Eingabe der Vereinigten Oldenb. Kammern zum Gesetz zur vorläufigen Ausführung des Landessteuergesetzes.  
Verwaltungsausschuß.
2. Eingabe des Schulvorstandes des Stadtmagistrats Rühringen, betr. Unterstützung der Eingabe des Oldenb. Beamtenbundes, betr. die Notlage der jungen Lehrer und Lehrerinnen.  
Petitionsausschuß.
3. Eingabe des Fuhrmanns Friedr. Stöver in Rastede, betr. Erteilung der Genehmigung zur Uebertragung einer Landstelle.  
Petitionsausschuß.
4. Vorlage 27 des Staatsministeriums, betr. Verzeichnisse der Veränderungen im Bestande des Staatsguts in den Landesteilen Oldenburg und Lüneburg für die Zeit 1. Oktober 1919/20.  
Finanzausschuß.
5. Eingabe des Strafanstaltsklassenrendanten Buschmann in Wechta, betr. Gleichstellung im Gehalt mit den Gefängnis-Inspektoren.  
Petitionsausschuß.
6. Eingabe der Oberin Goose in Wehnen, betr. ihr Dienststeinkommen und Dienstalter.  
Petitionsausschuß.
7. Eingabe der Wechtaer Seminarlehrer, betr. Gleichstellung mit den Seminarlehrern mit pädagogischer Prüfung.  
Petitionsausschuß.
8. Vorlage 36 des Staatsministeriums, betr. Bericht über den Bestand und die Geschäftsführung der Staatsschuldentilgungskasse.  
Finanzausschuß.
9. Vorlage 35 des Staatsministeriums über den Gesetzentwurf für den Freistaat Oldenburg, betr. die Ausbildung und Prüfung der Anwärter des höheren Vermessungs- und Landeskulturdienstes.  
Verwaltungsausschuß.
10. Eingabe des Stadtmagistrats Rühringen, betr. Aenderung des Art. 47 der Gemeindeordnung.  
Verwaltungsausschuß.
11. Eingabe der Pfleger und Pflegerinnen in Wehnen, betr. Anrechnung des Dienst- und Besoldungsalters.  
Petitionsausschuß.
12. Eingabe des Vereins der Oldenburgischen Gerichtsvollzieher, betr. Beförderung der Gerichtsvollzieher-Anwärter.  
Petitionsausschuß.



13. Eingabe des Vereins der Oldenburgischen Gerichtsvollzieher zur Befoldungsordnung.  
Petitionsausschuß.
14. Vorlage 38 des Staatsministeriums über den Gesetzentwurf für den Freistaat Oldenburg, betr. die Ausübung des Volksvorschlagsrechts und der Volksabstimmung.  
Verwaltungsausschuß.
15. Eingabe des Verbandes kleiner Landwirte für den Amtsbezirk Brake zur Pachtchutzordnung.  
Verwaltungsausschuß.
16. Eingabe der Landeschutzleute Winterberg in Stockelsdorf und Bornemann in Bad Schwartau um Besserstellung.  
Petitionsausschuß.
17. Vorlage 37 des Staatsministeriums, betr. käufliche Ueberlassung von staatlichen Niederungsmooren an den Landesverband des Landesteils Lübeck.  
Finanzausschuß.
18. Eingabe der Elise Koch in Dinklage, betr. Bewilligung einer Beihilfe nebst Nachfuge.  
Finanzausschuß.
19. Eingabe des Zentralverbandes der Schornsteinfeger-Gesellen Deutschlands, Ortsgruppe Oldenburg, betr. Anstellungsverfahren für das Schornsteinfegergewerbe im Landesteil Oldenburg.  
Petitionsausschuß.
20. Eingabe des Landwirts Joseph Wilking in Calhorn, betr. Abpfarrung von der Kirchengemeinde Essen oder Bevern.  
Zurückgezogen.
21. Eingabe des Verbandes deutscher Architekten- und Ingenieur-Vereine e. V. in München, betr. Gleichstellung der Techniker mit den Verwaltungsbeamten.  
Petitionsausschuß.
22. Eingabe der Baugesellschaft „Selbsthilfe“ von Oldenburg und Umgegend, betr. Bewilligung von Baukostenzuschüssen für 14 Häuser.  
Finanzausschuß.
23. Eingabe der Gemeinde Wangerooze, betr. Gewährung einer Beihilfe zur Wiederherstellung ihres Badeinventars.  
Finanzausschuß.
24. Eingabe des Johann Böning in Südbäke bei Rastede, betr. Ueberlassung von 15—18 Festmetern Bauholz aus den Staatsforsten in Mansholt zum Wiederaufbau seiner abgebrannten Gebäude.  
Petitionsausschuß.
25. Eingabe des Bürgervereins Einswarden, betr. Abänderung der Gemeindeordnung für den Landesteil Oldenburg.  
Verwaltungsausschuß.
26. Eingabe der Landwirtschaftskammer für das Herzogtum Oldenburg, betr. Errichtung einer landwirtschaftlichen Haushaltungsschule im Neuenburger Schloß.  
Finanzausschuß.
27. Eingabe des Oldenburger Philologenvereins, betr. Neuregelung der Beamtenbefoldung.  
Petitionsausschuß.
28. Eingabe des Kolonisten Eilert Schröder in Elisabethen, betr. Bewilligung eines Zuschusses aus der Brandkasse zu der bisherigen Entschädigungssumme.  
Petitionsausschuß.
29. Eingabe des Gemeindevorstandes in Neuenburg, betr. Protest gegen die Zahlung einer Umlage von 600 M pro ha Kartoffelanbaufläche.  
Verwaltungsausschuß.
30. Eingabe des Oldenburgischen Städteverbandes, betr. Beschaffung von Baumitteln.  
Petitionsausschuß.
31. Vorlage 39 des Staatsministeriums über den Gesetzentwurf, betr. Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben des Landesteils Lübeck für das Jahr 1921.  
Finanzausschuß.
32. Eingabe der Bezirksvereinigung Gabelsbergerscher Stenographen für Oldenburg, betr. Nugbarmachung der Stenographie für den Oldenburgischen Verwaltungsdienst  
Petitionsausschuß.
33. Eingabe der Schülerschaft des Seminars in Barel, betr. die äußeren Verhältnisse der Anstalt.  
Petitionsausschuß.
34. Eingabe der Vereinigung der mittleren Justizbeamten des Landesteils Birkenfeld zum Beamten-Pensionsgesetz.  
Petitionsausschuß.
35. Eingabe des Zellers R. H. Meyer-Holt haus in Calhorn, betr. Auspfarrung seines in der Bauerschaft Bevern belegenen Grundbesitzes aus den Kirchengemeinden Essen oder Bevern.  
Zurückgezogen.
36. Eingabe der Mittelschullehrer an den Gymnasien und Realgymnasien, betr. Einstufung in die neue Befoldungsordnung.  
Petitionsausschuß.
37. Eingabe des Gendarmerie-Inspektors Wintermann und des Gendarmerie-Kommissars Röhm hier selbst, betr. Berichtigung ihrer Eingabe vom 12. November vor. Jahres.  
Petitionsausschuß.
38. Eingabe des Oldenburger Schützenbundes, betr. Besteuerung von Schußwaffen.  
Finanzausschuß.

39. Eingabe des Gemeindevorstehers in Edewecht, betr. den Zuschuß zu den Schulbaukosten.  
Finanzausschuß.
40. Eingabe des Jos. Laing in Bühren, betr. Beschleunigung der Errichtung der Bauerschaft Bühren zu einer selbständigen politischen Gemeinde.  
Petitionsausschuß.
41. Eingabe des Beamtenvereins Wehnen, betr. Neuregelung der Verpflegungssätze.  
Petitionsausschuß.
42. Eingabe der Handelskammer für das Herzogtum Oldenburg, betr. Besteuerung des Wandergewerbes.  
Verwaltungsausschuß.
43. Eingabe des Gewerkschaftsbundes der Feuerleute im Zentralverband F. L. und W. D. in Cloppenburg (christl.-nat. Gewerkschaft), betr. Viehbesteuerung.  
Finanzausschuß.
44. Vorlage 40 des Staatsministeriums über den Gesetzentwurf für den Landesteil Lübeck, betr. Aenderung des Gesetzes für den Landesteil vom 28. Dezember 1872, betr. die Gebühren in Verwaltungssachen.  
Finanzausschuß dann Petitionsausschuß.
45. Eingabe des Vereins der Kapitäne und Offiziere in Elsfleth, betr. Ueberlassung und Herrichtung eines oldenburgischen Lotsenschoners.  
Petitionsausschuß.
46. Eingabe des Oldenburger Landbundes e. V., betr. Protest gegen die Viehsteuer nebst Nachsuge.  
Finanzausschuß.
47. Vorlage 41 des Staatsministeriums über den Gesetzentwurf für den Freistaat Oldenburg, betr. Aenderung des Rechnungsjahres für die Landeskassen der drei Landesteile.  
Verwaltungsausschuß.
48. Eingabe des Vereins Oldenburgischer Gerichtsvollzieher, betr. Nachsuge zu seiner Eingabe vom 21. Dezember v. J., betr. Einreichung der Gerichtsvollzieher in die Besoldungsordnung.  
Petitionsausschuß.
49. Eingabe des Vereins Oldenburgischer Förster, Ortsgruppen Oldenburg und Eutin, betr. Hundesteuer.  
Zurückgestellt.
50. Vorlage 43 des Staatsministeriums über die Gesetzentwürfe für die Landesteile Lübeck und Birkenfeld, betr. Aenderung der betr. Schulgesetze.  
Verwaltungsausschuß.
51. Eingabe des Vorstandes des Kommunalverbandes Nüstringen, betr. Elternräte.  
Verwaltungsausschuß.
52. Eingabe des Bauvereins für Kriegerheim e. V. in Nordenham, betr. Bewilligung von Baudarlehen für den Bau von Kriegerheimstätten.  
Finanzausschuß.
53. Eingabe des Reichsverbandes Deutscher Lichtspiel-Theaterbesitzer e. V. in Berlin, betr. Kommunalisierung der Lichtspieltheater.  
Petitionsausschuß.
54. Eingabe des Kriegerheimstättenvereins für das Herzogtum Oldenburg, betr. Mitteilung einer Entschließung zu der Regierungsvorlage, betr. Beschaffung von Mitteln zur Förderung der Landeskultur und für die Landeswohlfahrtspflege durch Erhebung einer Viehsteuer.  
Finanzausschuß.
55. Eingabe der Mitglieder der Amtsbunde Cloppenburg, Friesoythe und Bechta, betr. Protest gegen die Einführung einer Viehsteuer.  
Finanzausschuß.
56. Eingabe des Deutschen Reichsverbandes zur Bekämpfung der Impfung, betr. Nachprüfung des Impfgesetzes.  
Petitionsausschuß.
57. Vorlage 42 des Staatsministeriums über den Gesetzentwurf für den Landesteil Lübeck zur Ausführung des Reichsriedlungsgesetzes.  
Verwaltungsausschuß.
58. Eingabe der Inhaber und Leiter der höheren Privatlehranstalt in Rastede, betr. Zuschuß zu den Unterhaltungskosten der Schule.  
Finanzausschuß.
59. Eingabe der Gemeindevorsteher des Landesteils Oldenburg, betr. Anträge bei der Beratung des Entwurfs eines Gesetzes zur Abänderung der Gemeindeordnung für den Landesteil Oldenburg.  
Verwaltungsausschuß.
60. Eingabe des Oldenburger Philologenvereins, betr. Ergänzung seiner Eingabe vom 10. Januar d. Jz.  
Petitionsausschuß.
61. Vorlage 45 des Staatsministeriums, betr. Zuschuß zur Erbauung von 30 Gendarmenwohnungen.  
Finanzausschuß.
62. Eingabe des Vereins Oldenburger Lehrerinnen, betr. Kürzung der Gehaltsätze für Lehrerinnen.  
Petitionsausschuß.
63. Eingabe des Hugo Pfeifer zu Wallhausen und Genossen, betr. Aenderung des Birkenfelder Jagdgesetzes.  
Verwaltungsausschuß.
64. Vorlage 44 des Staatsministeriums über den Gesetzentwurf für den Landesteil Oldenburg, betr. Aenderung des Gesetzes für das Herzogtum Oldenburg vom 19. April 1899, betr. das Grunderbrecht.  
Verwaltungsausschuß.
65. Eingabe des Schulvorstandes Sever, betr. Besoldungsdienstalter des Dyzealdirektors Dr. Brill in Sever.  
Petitionsausschuß.



66. Eingabe des Oldenburger Landbundes e. V., betr. Nachtrag zu seiner Eingabe, betr. Protest gegen die Viehsteuer.  
Finanzausschuß.
67. Eingabe des Verbandes Oldenburgischer Gemeindebeamten zum Gesetz, betr. Aenderung der Gemeindeordnung.  
Verwaltungsausschuß.
68. Eingabe des Landeslehrervereins für den Landesteil Lüneburg zum Voranschlag des Landesteils Lüneburg für 1921, betr. Schulen.  
Finanzausschuß.
69. Eingabe des Vereins der Amts- und Gerichtsboten des Freistaats Oldenburg, betr. Dienstbezeichnung und Einstufung in die Besoldungsordnung.  
Petitionsausschuß.
70. Eingabe des F. Fick und Genossen aus Malente, betr. Gewährung von Zuwendungen aus den Ostseebäderfonds an die Kurorte.  
Finanzausschuß.
71. Eingabe des Ausschusses für Landeswohlfahrtspflege hier selbst, betr. Mitteilung einer Entschliebung.  
Kenntnis genommen.
72. Eingabe des Oldenburger Beamtenbundes, betr. Besoldung der Gemeindebeamten.  
Verwaltungsausschuß.
73. Eingabe des Vereins der Oldenburgischen Gerichtsvollzieher, betr. Reisekosten der Gerichtsvollzieher.  
Petitionsausschuß.
74. Vorlage 47 des Staatsministeriums, betr. Einnahmen und Ausgaben der Krongutskasse des Landesteils Oldenburg für 1919.  
Finanzausschuß.
75. Vorlage 46 des Staatsministeriums über den Gesetzentwurf, betr. Naturalrentengesetz für den Landesteil Oldenburg.  
Finanzausschuß.
76. Eingabe des Amtsvorstandes des Amtsverbandes Sever, betr. Abänderung der Gemeindeordnung.  
Verwaltungsausschuß.
77. Eingabe des Oldenburger Landbundes e. V., betr. Ausschaltung der Klasse E im Ortsklassenverzeichnis.  
Petitionsausschuß.
78. Eingabe des Oldenburger Landesamts für Volkshochschulen, betr. Ueberlassung des Schlosses Neuenburg für die Errichtung eines Volkshochschulheims.  
Finanzausschuß.
79. Eingabe des Amtsbundes Wildeshausen, betr. Nichtgenehmigung der Aufhebung der Amtskasse und des Amtes Wildeshausen, Wiedereinrichtung des Finanzamtes und der Finanzkasse in Wildeshausen.  
Verwaltungsausschuß.
80. Beschwerde des Direktors des Lyzeums Harders in Cutin, betr. seine Handlungsweise gelegentlich des Rapp-Putzsches.  
Verwaltungsausschuß.
81. Eingabe des Landesverbandes der Oldenburgischen Einzelhändler, betr. Erhöhung der Wandergewerbesteuer.  
Petitionsausschuß.
82. Eingabe des Vorstandes des Oldenburgischen Städteverbandes, betr. Gesetzentwurf zur Abänderung der Gemeindeordnung für den Landesteil Oldenburg.  
Verwaltungsausschuß.
83. Vorlage 51 des Staatsministeriums über den Gesetzentwurf für den Landesteil Lüneburg, betr. die Verbilligung der Efkartoffeln für Minderbemittelte.  
Verwaltungsausschuß.
84. Vorlage 50 des Staatsministeriums, betr. Erhöhung der Kosten des Landesarbeitsamtes für 1921.  
Finanzausschuß.
85. Vorlage 52 des Staatsministeriums über den Gesetzentwurf für den Landesteil Birkenfeld, betr. die Verbilligung der Efkartoffeln für Minderbemittelte.  
Verwaltungsausschuß.
86. Eingabe des Oldenburger Landbundes e. V., betr. Gesetzentwurf zur Aenderung der Gemeindeordnung für den Landesteil Oldenburg.  
Verwaltungsausschuß.
87. Eingabe der Kreisschulinspektoren hier, betr. ihre Veretzung in die 11. Besoldungsklasse und Gewährung von Aufrückungsstellen in Klasse 12.  
Petitionsausschuß.
88. Vorlage 48 des Staatsministeriums, betr. Stellenübersichten.  
Finanzausschuß.
89. Eingabe des Oldenburger Landbundes e. V., betr. das Neuenburger Schloß.  
Finanzausschuß.
90. Eingabe des Böttner in Wildeshausen, betr. Protest gegen die maßlosen Forderungen des Feindbundes.  
Zur Kenntnis genommen.
91. Eingabe des Erziehungsinspektors Hullen in Sever, betr. Bewilligung einer festen Vergütung für das Amt des Erziehungsinspektors.  
Petitionsausschuß.
92. Vorlage 53 des Staatsministeriums, betr. Erwerb von Aktien der Oldenb. Landesbank.  
Finanzausschuß.
93. Eingabe des Gesamtverbandes Deutscher Angestellter Gewerkschaften, betr. Sonntagsruhe in Deutschland.  
Petitionsausschuß.
94. Eingabe des Stadtmagistrats Barel, betr. Beseitigung der Wohnungsnot.  
Petitionsausschuß.

Der Präsident gedenkt des verstorbenen Landtagsmitgliedes, Herrn Gerdes. Die Mitglieder erheben sich zu Ehren des Verstorbenen von ihren Sigen. Der Präsident gibt weiter bekannt, daß anstelle des verstorbenen Abgeordneten Gerdes Frau Henke eintritt, die er begrüßt und die an Stelle des Abg. Müller Mitglied des Petitionsausschusses ist. Abg. Müller tritt in den Finanzausschuß.

Der Präsident gibt folgende Eingänge bekannt:

**Förmliche Anfrage des Abg. Kaschke** folgenden Inhalts:

Ist die Staatsregierung bereit, Auskunft darüber zu erteilen, inwieweit der vom Landtage wiederholt ausgesprochenen Anregung auf vorzugsweise Abhaltung der Holzverkäufe an Ort und Stelle inzwischen Rechnung getragen ist?

**Selbständiger Antrag des Abg. Lohse** folgenden Inhalts:

Gegen den Herrn Abg. Kaper (Burmeide) ist auf Veranlassung des Ministeriums des Innern ein Strafverfahren eingeleitet worden, weil er am 22. September 1920 in einer vom Landbund einberufenen Versammlung die Landwirte aufgefordert haben soll, ihre Lieferung an Milch und Butter einzustellen. Es kann dahingestellt bleiben, ob diese Unterfuchung nach Art. 37 der Reichsverfassung während der Vertagung des Landtags überhaupt hätte eingeleitet werden dürfen. Jedenfalls würde die Durchführung der Strafsache den Abg. Kaper in der Wahrnehmung seiner Abgeordnetenpflichten hindern können. Andererseits besteht kein überwiegendes öffentliches Interesse an der sofortigen Durchführung des Verfahrens. In solchen Fällen entspricht es parlamentarischer Gepflogenheit, ohne Rücksicht auf die Beurteilung der unter Anklage gestellten Straftat selbst die Aufhebung des Strafverfahrens zu verlangen, wozu Art. 37 der Reichsverfassung und § 63 der Oldenburgischen Verfassung die Handhabe bieten.

Ich beantrage daher:

Der Landtag wolle gemäß Art. 37 der Reichsverfassung und § 63 der Oldenburgischen Verfassung die Aufhebung des gegen den Abgeordneten Kaper (Burmeide) eingeleiteten Strafverfahrens für die Dauer der Sitzungsperiode verlangen.

Zwei selbständige Anträge des Abgeordneten Tanken folgenden Inhalts:

1. Das Staatsministerium wird ersucht, bei der Staatsregierung dahin zu wirken, daß die Pachtchutzordnung vom 9. Juni 1920 dem Sinne nach geändert wird, wie folgt:

Im Wege der Landesgesetzgebung können Vorschriften erlassen werden, nach denen:

1. die Größe der im § 1 Absatz 1 unter a bezeichneten Grundstücke bis auf 6 ha erhöht wird;
2. die Pachtung von Grundstücken durch Personen, die nicht im Hauptberuf Landwirt sind, nur bis zu einer näher zu bestimmenden Grenze erlaubt ist.
2. Das Staatsministerium wird ersucht, bei der Staatsregierung dahin zu wirken, daß der § 8 der Kleingarten- und Kleinpachtlandordnung vom 31. Juli 1919 dahin geändert wird, daß die dort bezeichneten Vorschriften auch für die Verpachtung von Grundstücken bis zu einem Hektar Größe zur landwirtschaftlichen Nutzung durch die Landesgesetzgebung erlassen werden können.

Zwei dringliche Anträge des Abg. Schmidt (Bochhornerfeld) folgenden Inhalts:

1. Der Landtag wolle beschließen: die §§ 1—4 der Kleinpachtordnung, welche bei Inkrafttreten der Pachtchutzordnung aufgehoben wurden, wieder in ursprünglicher Form in das Kleinpachtgesetz aufzunehmen.
2. Die Staatsregierung wird ersucht, dem Landtag den Entwurf eines Gesetzes über die Neugestaltung und Wahl der Landwirtschaftskammer noch in dieser Session vorzulegen.

Die Dringlichkeit wird, da der Antragsteller nicht anwesend ist, verneint.

Darauf tritt man in die Tagesordnung ein:

1. Bericht des Finanzausschusses zur Anl. 37, betr. den Verkauf von Torfmooren im Landesteil Lübeck.

Der Ausschußantrag wird angenommen.

2. Bericht des Finanzausschusses über den Antrag des Landesverbandes des Vaterländischen Frauenvereins in Oldenburg, betr. Bewilligung eines Zuschusses zu den Kosten des Säuglingsheims in Oldenburg.

Abg. Nieberg stellt im Auftrage des Finanzausschusses einen Abänderungsantrag dahin gehend, den Zuschuß auf 18400 *M* zu erhöhen. Der Abänderungsantrag wird angenommen.

3. Bericht des Finanzausschusses über den Voranschlag der Einnahmen des Landesteils Oldenburg für das Jahr 1921. 1. Lesung. (Anl. 7.)

Der Antrag 1 zum § 1 wird angenommen.

Die Anträge 2, 3, 4 zu den §§ 2—12 werden angenommen.

Die Anträge 5, 6, 7, 8 zu den §§ 13—60 werden angenommen.

4. Bericht des Finanzausschusses über den Voranschlag der Ausgaben des Landesteils Oldenburg für das Jahr 1921. 1. Lesung. (Anl. 7.)

Die Anträge 1, 2, 3 zu den §§ 1—21 werden angenommen mit dem Abänderungsantrag zum § 12, daß statt 83000 *M* 98000 *M* in Ausgabe zu setzen ist.

Antrag 4 zu den §§ 22—29 wird angenommen.

Antrag 5 zum § 30 wird abgelehnt.

Antrag 6 wird angenommen.

Die Anträge 7—9 einschließlich zu den §§ 31—33 werden angenommen.

Antrag 10 zum § 34 wird angenommen.

Die Anträge 11—13 zu den §§ 35—43 werden angenommen.

Antrag 14 zu den §§ 45—63 wird angenommen.

Die Anträge 15—19 einschl. zu den §§ 65—92 werden angenommen.

Die Anträge 20—24 einschl. zu den §§ 93—105 werden angenommen.

Zu den §§ 106 und 107 stellt der Berichterstatter folgenden Verbesserungsantrag:

beim § 107 1025000 *M* und beim § 106 656000 *M* einzustellen,

der mit den danach veränderten Anträgen 25 und 26 angenommen wird.



Anträge 27 und 28 zu den §§ 108—129 werden angenommen.

Zum Antrag 29 wird durch eine Nachfuge ein Nachtragsantrag zum § 131 gestellt.

Antrag 29 wird in der veränderten Form angenommen.

Die Anträge 30, 31 und 32 zu den §§ 131—137 werden angenommen.

Es findet eine Vertagung der Sitzung auf 4 $\frac{1}{2}$  Uhr statt.

Der Präsident eröffnet um 4 $\frac{1}{2}$  Uhr die Sitzung. Es findet Fortsetzung der Verhandlungen statt.

Die Anträge 32a, 33, 34, 35 zu den §§ 140—189 werden angenommen.

Die Anträge 36, 37, 38 zu den §§ 190—195 werden angenommen.

Die Anträge 39, 40 zu den §§ 195—214 werden angenommen.

Die Anträge 41, 42 zu den §§ 215—230 werden angenommen.

Die Anträge 43, 44, 44a zu den §§ 232—240 werden angenommen.

Der Antrag 45 zu den §§ 241—265 wird angenommen.

Die Anträge 46—52 einschl. zu den §§ 266—319e werden angenommen.

Die Beschlußfassung über die Anträge 53—64 einschl. wird auf Antrag der Regierung von der heutigen Tagesordnung abgesetzt.

Der Antrag 65 zu den §§ 330—340 wird angenommen.

Zu den Anträgen 66 und 67 zu den §§ 401—416 ist eine Nachfuge zum Bericht des Finanzausschusses übergeben. Der Ausschuß beantragt entsprechend der Anlage 53 die Einstellung von je 2094750 M.

Die Anträge 66 und 67, wie sie sich durch die Nachfuge verändert haben, werden angenommen.

Der Antrag 68 zu den Bemerkungen 1—3 wird angenommen.

5. Bericht des Finanzausschusses über den Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben des Landesteils Lübeck für das Jahr 1921. (Anlage 39.)

Die Anträge 1—7 einschl. zu den §§ 1—39 der Einnahmen werden angenommen.

Die Anträge 8—16 einschl. zu den §§ 1—89 der Ausgaben werden angenommen.

Der Antrag 17 zu den Bemerkungen 1 und 2 wird angenommen.

(Schluß der Sitzung 6 $\frac{3}{4}$  Uhr.)

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der 6. ordentlichen Sitzung der 3. Versammlung des II. Landtags des Freistaats Oldenburg, am 11. Februar 1921, vormittags 10 Uhr.

Schröder.

Denis.



# Niederschrift

über

die Verhandlungen

der

## 3. Versammlung des II. Landtags des Freistaats Oldenburg.

### Sechste Sitzung.

Oldenburg, den 11. Februar 1921, vormittags 10 Uhr.

Vorsitzender: Präsident Schröder.

Der Präsident eröffnet die Sitzung.

Abg. Denis verliest das Protokoll der letzten Sitzung. Einwendungen werden nicht erhoben. Das Protokoll wird festgestellt.

Abg. Zehetmair erhält das Wort zur Verlesung seiner kurzen Anfrage:

1. Ist es nach dem Reichsgrundschulgesetz vom 28. April 1920 noch weiter zulässig, daß im Landesteil Birkenfeld, wo keine Vorschulen bestehen, also auch ein Abbau derselben nicht in Frage kommt, Kinder mit 3jährigem Volksschulbesuch in die höhere und mittlere Schule aufgenommen werden?
2. Findet nicht § 1 des Reichsgrundschulgesetzes vom 28. April 1920 ohne weiteres sofort Anwendung, wonach die Volksschule in den 4 untersten Jahrgängen als die gemeinsame Grundschule einzurichten ist?
3. Ist die Einrichtung zu Ostern 1921 geplant?

Mit einer schriftlichen Antwort gebe ich mich zufrieden. Der Präsident verliest die darauf eingegangene Antwort:

Die Anfrage des Abg. Zehetmair beehrt sich das Staatsministerium wie folgt zu beantworten:

Die Einrichtung der Grundschule beginnt mit Ostern 1921 und zwar mit dem untersten Jahrgang, so daß

Ostern 1925 die einjährige Grundschule aufgebaut sein wird. Bis Ostern 1923 ist daher der Uebertritt von Kindern, die bereits vor Ostern 1921 schulpflichtig geworden sind, auch nach dreijährigem Besuch der Volksschule noch zulässig, auch im Landesteil Birkenfeld.

Verhandelt wird zunächst über die in der gestrigen Sitzung des Landtags zurückgestellten Anträge 53—64 im Bericht des Finanzausschusses über den Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben des Landesteils Oldenburg. 1. Lesung. (Anlage 7.)

Der Antrag 53 wird angenommen.

Der Antrag 54 wird angenommen.

Der Antrag 55 wird angenommen.

Die Anträge 56, 56a und 57 werden angenommen.

Die Anträge 58, 59, 59a, 59b, 60, 61, 62 und 63 werden angenommen.

Der Antrag 64 wird angenommen.

Der Antrag der Mehrheit des Ausschusses in der Nachfolge zu dem von der Regierung nachträglich zu § 329 z. gestellten Antrage wird angenommen.

Sodann wird in der von Punkt 5 ab unerledigten Tagesordnung der gestrigen Sitzung weiter verhandelt.

5. Bericht des Finanzausschusses über den Voranschlag





der Einnahmen und Ausgaben des Landesteils Birkenfeld für das Jahr 1921. (Anlage 29.)

Die Anträge 1, 2 und 3 werden angenommen.

Die Anträge 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10 und 11 werden angenommen.

Die Anträge 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23 und 24 werden angenommen.

Anträge zur 2. Lesung sind bis Dienstag, den 15. Februar, vormittags 10 Uhr einzureichen.

Auf Wunsch des Finanzministers wird als Punkt 5a die förmliche Anfrage des Abg. Raschke verhandelt.

Der Abg. Raschke begründet seine förmliche Anfrage.

Der Finanzminister antwortet sofort (s. Stenogramm.)

Auf Antrag des Abg. Raschke findet Besprechung statt.

6. Bericht des Finanzausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für den Landesteil Birkenfeld, betr. Aenderung des Gesetzes für das Fürstentum Birkenfeld vom 2. Januar 1873, betr. die Gebühren in Verwaltungssachen. 1. Lesung. (Anlage 33.)

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen. Anträge zur 2. Lesung sind bis Montag, den 14. Februar, abends 7 Uhr einzureichen.

7. Bericht des Petitionsausschusses zu der Vorlage des Staatsministeriums, betr. Entwurf eines Gesetzes für den Landesteil Lübeck, betr. Aenderung des Gesetzes für das Fürstentum Lübeck vom 28. Dezember 1872, betreffend die Gebühren in Verwaltungssachen. 1. Lesung. (Anlage 40.)

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen. Anträge zur 2. Lesung sind bis Montag, den 14. Februar, abends 7 Uhr einzureichen.

8. Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage des Staatsministeriums, betr. die Staatliche Kreditanstalt. (Anlage 34.)

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

9. Bericht des Finanzausschusses zu der Eingabe des Oldenburger Schützenbundes, betr. Besteuerung von Schusswaffen.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

10. Mündlicher Bericht des Verwaltungsausschusses über die Eingabe des Hugo Frank in Westerstede, betr. die Zuckerverteilung für den Monat Oktober im Amt Westerstede.

Der Abg. Frerichs erstattet Bericht.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

11. Bericht des Petitionsausschusses über die Eingabe des Bundes Oldenburger Referendare.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

12. Bericht des Petitionsausschusses zur Eingabe des Beamtenvereins Wehnen.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

13. Bericht des Petitionsausschusses über die Eingabe des Zeichenlehrers Klein in Varel.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

14. Bericht des Petitionsausschusses zu der Eingabe des „Verbandes deutscher Architekten- und Ingenieure-Vereine e. V. München-Berlin“.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

15. Bericht des Petitionsausschusses über die Eingabe des Zentralverbandes der Schornsteinfegergesellen Deutschlands, Ortsgruppe Oldenburg, betr. Anstellungsverfahren im Schornsteinfegergewerbe.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

16. Bericht des Petitionsausschusses zu der Eingabe „der Vereinigung der mittleren Justizbeamten des Landesteils Birkenfeld“.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

17. Bericht des Petitionsausschusses über die Eingabe der Landesschuhleute Winterberg und Bornemann in Provinz Lübeck.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

18. Bericht des Petitionsausschusses zu der Eingabe der Schülerschaft am Seminar in Varel, gez. Werner Lauw.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

19. Bericht des Petitionsausschusses zu der Eingabe des Vereins der Kapitäne und Offiziere in Elsfleth, gez. R. Schwarz und D. Stege.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

20. Bericht des Petitionsausschusses über die Eingabe des Fuhrmanns Stöver (Rastede).

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

21. Bericht des Petitionsausschusses über die Eingabe des Anbauers Willenborg.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

22. Bericht des Petitionsausschusses über die Eingabe des Verbandes landwirtschaftlicher Kleinbetriebe.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

23. Bericht des Petitionsausschusses über die Eingabe des Landmanns Bloß (Delfshausen).

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

Auf Vorschlag des Präsidenten, unter Zustimmung des Landtages, kommt „der selbständige Antrag des Abg. Lohse“,

wozu schon ein Bericht des Verwaltungsausschusses vorliegt, zur Verhandlung.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

Die Tagesordnung für die öffentliche Verhandlung ist erschöpft. Der Präsident fordert auf, die Tribünen zu verlassen. Nachdem dies geschehen, wird vertraulich verhandelt über den

Bericht des Finanzausschusses über die vertrauliche Vorlage des Staatsministeriums vom 16. Dezember 1920.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

Sodann erhält der Ministerpräsident das Wort zur Verlesung nachfolgenden Schreibens an den Landtag (siehe Stenogramm der vertraulichen Sitzung).

(Schluß der Sitzung 12 Uhr 40 Min.)

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der 7. ordentlichen Sitzung der 3. Versammlung des II. Landtags des Freistaats Oldenburg am 1. März 1921, vormittags 10 Uhr.

**Schröder.**

**Bartels.**





# Niederschrift

über

die Verhandlungen

der

## 3. Versammlung des II. Landtags des Freistaats Oldenburg.

### Siebte Sitzung.

Oldenburg, den 1. März 1921, vormittags 10 Uhr.

Vorsitzender: Präsident Schröder.

Um 10 Uhr eröffnet der Präsident die Sitzung.

Abg. Bartels verliest die Verhandlungsschrift der letzten Sitzung; Einwendungen hiergegen werden nicht erhoben.

Abg. Nieberg verliest die Eingänge:

1. Eingabe des Stadtmagistrats und Stadtrats der Stadt Friesoyte, betr. Mindestgröße der Grundstücke zur Verkoppelung.  
Petitionsausschuß.
  2. Eingabe des Parzellenvereins der Gemeinde Altenesch e. B., betr. Mangel an Gemüseland für Minderbemittelte.  
Petitionsausschuß.
  3. Eingabe des Reichsbundes akad. gebild. Landwirte e. B. in Halle, betr. Anstellungsverhältnisse und Amtsbezeichnungen der Landwirtschaftslehrer in Oldenburg.  
Petitionsausschuß.
  4. Vorlage 49 des Staatsministeriums, betr. Voranschlag über die Einnahmen und Ausgaben des Siedlungsamtes für das Jahr 1921.  
Finanzausschuß.
  5. Eingabe des Reichsverbandes Deutscher Sem.-Akademiker in Leipzig zur Befoldungsordnung.  
Petitionsausschuß.
  6. Eingabe der Aufseher der Oldenburgischen Straf-
- anstalten und Gefängnisse, betr. Einreihung in die 4. und 5. Gehaltsgruppe.  
Petitionsausschuß.
  7. Eingabe der Eheleute Josefowsty in Delmenhorst, betr. ihr Strafverfahren.  
Petitionsausschuß.
  8. Eingabe der Werkmeister an den Strafanstalten zu Vechna zur Befoldungsordnung.  
Petitionsausschuß.
  9. Eingabe des Oldenburger Philologenvereins zur neuen Befoldungsordnung.  
Petitionsausschuß.
  10. Eingabe des Deutschen Landarbeiter-Verbandes Gau 24 Freistaat Oldenburg, betr. Ueberschwemmung beim Schwaneburger Moor.  
Petitionsausschuß.
  11. Eingabe der vereinigten Frauenvereine Oldenburg zu dem Entwurf eines Gesetzes, betr. die Bildung von Wohlfahrts- und Pflegeausschüssen.  
Verwaltungsausschuß.
  12. Vorlage 54 des Staatsministeriums, betr. Grundsätze für Teuerungszuschüsse an Hinterbliebene von Angestellten usw.  
Petitionsausschuß.
  13. Vorlage 55 des Staatsministeriums über den Ge-

Niederschrift. II. Landtag, 3. Versammlung.



- gesetzentwurf für den Freistaat Oldenburg, betr. Notariatsordnung.  
Verwaltungsausschuß.
14. Eingabe des Oberlehrers Bruno Kunze in Varel, betr. Zurückdatierung seines Besoldungsdienstalters.  
Petitionsausschuß.
15. Eingabe der Oberpflegerin Getrud Barth in Wehnen, betr. ihre Besoldung.  
Petitionsausschuß.
16. Eingabe der Witwe des Haussohnes Johann Heinrich Wilhelm Schmidt, geb. Schiller, in Westerbürg, betr. Aenderung des § 7 des Landesbrandkassen-teuerungsgesetzes.  
Petitionsausschuß.
17. Eingabe des Ausschusses der Forstverwaltungsbeamten hiers. zur Besoldungsordnung.  
Petitionsausschuß.
18. Eingabe des Kaufmanns Eduard Berens in Lönningen, betr. Abstellung und Kontrolle über die hiesige Gegend bereisende Hausierer.  
Petitionsausschuß.
19. Eingabe des Wahlvereins von Elsfleth-Dienen, betr. Einspruch gegen die Vorlage, betr. Aenderung des Fischereigesetzes.  
Zurückgestellt.
20. Eingabe des Stadtmagistrats Elsfleth, betr. die Amtskasse daselbst.  
Verwaltungsausschuß.
21. Eingabe des Amtsvorstandes des Amtsverbandes Elsfleth, betr. Aufhebung der Amtskasse daselbst.  
Verwaltungsausschuß.
22. Eingabe des Ausschusses für die Oberbeamten des Kataster- und Vermessungswesens hiersebst, betr. Abänderung der Besoldungsordnung.  
Petitionsausschuß.
23. Vorlage 58 des Staatsministeriums, betr. Zuwendung von Teuerungszuschlägen an Religionsgesellschaften.  
Finanzausschuß.
24. Vorlage 59 des Staatsministeriums über den Gesetzentwurf eines Volksschullehrerdienstentlohnungsgesetzes für den Freistaat Oldenburg.  
Petitionsausschuß.
25. Eingabe der Mittelschullehrer an den Gymnasien und Realgymnasien zur Besoldungsordnung (Ergänzung ihrer Eingabe von 5. Januar d. J.).  
Petitionsausschuß.
26. Eingabe des Landesamts für Volkshochschulen, betr. Ueberlassung des Neuenburger Schlosses.  
Finanzausschuß.
27. Eingabe des Zentralverbandes der Schornsteinfeger-gesellen Deutschlands, betr. Neuregelung der Pflichten und Anstellungsbedingungen der Schornsteinfeger in Oldenburg.  
Petitionsausschuß.
28. Eingabe des Landwirts Karl Mammen in Priesewarden, betr. Zuweisung von Staatsländereien.  
Petitionsausschuß.
29. Eingabe der Frau L. Wollering Wwe. in Hengelage, betr. Belieferung mit Kohlen.  
Petitionsausschuß.
30. Eingabe der Aufseher bei den Strafanstalten in Wechta, betr. Eingruppierung in Gruppe V der Besoldungsordnung.  
Petitionsausschuß.
31. Vorlage 61 des Staatsministeriums über den Gesetzentwurf, betr. Abänderung des Gesetzes für den Freistaat Oldenburg vom 7. Juli 1919, betr. die Wahlen zum Landtage.  
Petitionsausschuß.
32. Eingabe des Oldenburger Philologenvereins, betr. Einstufung des Studiendirektors der Seefahrtsschule in Elsfleth nach Gruppe XII.  
Petitionsausschuß.
33. Eingabe des Gendarmerie-Inspektors und Kommissars hiers., betr. Zurücknahme ihrer Eingabe vom 17. Januar 1921.
34. Eingabe des Gendarmerievereins hiers., betr. Einstufung der oldenburgischen Gendarmeriebeamten in das bevorstehende Beamten-Dienstentlohnungsgesetz.  
Petitionsausschuß.
35. Eingabe des Direktors der Seefahrtsschule in Elsfleth, betr. seine Einreihung in die Besoldungsordnung.  
Petitionsausschuß.
36. Eingabe des evang.-luth. Oberkirchenrats hiers., betr. Erhöhung der sogenannten Bauerschumme.  
Finanzausschuß.
37. Eingabe des Heinrich Meyer in Scharrel um Hilfe in seiner Sache.  
Petitionsausschuß.
38. Eingabe der privaten kath. höheren Mädchenschule in Delmenhorst, betr. Bewilligung eines Zuschusses.  
Finanzausschuß.
39. Eingabe der privaten höheren Mädchenschule in Rühringen, betr. Aufnahme von Knaben in die Vorschule.  
Petitionsausschuß.
40. Vorlage 56 des Staatsministeriums, betr. Ueber-sichten über die Erträge der Staatsforsten des Landes Oldenburg 1919/20.  
Finanzausschuß.
41. Vorlage 57 des Staatsministeriums, betr. Grund-sätze über die Gewährung von Teuerungszulagen



und Kinderzuschlägen an die ehemaligen Hofbedienten und an deren Hinterbliebene.

Petitionsausschuß.

42. Vorlage 60 des Staatsministeriums über die Gesetzentwürfe für die Landesteile Oldenburg, Lüneburg und Birkenfeld, betr. Aenderung der betr. Stempelsteuergesetze.  
Petitionsausschuß.
43. Vorlage 64 des Staatsministeriums über den Gesetzentwurf für den Freistaat Oldenburg, betr. die zeitweilige Aufhebung der einseitigen Rechte auf Ablösung von Naturalberechtigungen und Naturaldiensten.  
Petitionsausschuß.
44. Schreiben des Staatsministeriums, betr. Uebersichten über das Vermögen und die Schulden der Steuerpflichtigen der drei Landesteile von 1919.  
Finanzausschuß.
45. Schreiben des Staatsministeriums, betr. Ankauf eines Hauses in Neuenburg.  
Finanzausschuß.
46. Vorlage 62 des Staatsministeriums über den Gesetzentwurf für den Freistaat Oldenburg, betr. Aenderung des Gesetzes vom 17. August 1920, betr. das Dienststeinkommen der Leiter und Lehrer an Gemeindefschulen.  
Petitionsausschuß.
47. Vorlage 65 des Staatsministeriums über den Gesetzentwurf, betr. Notariatsgebührenordnung für den Freistaat Oldenburg.  
Verwaltungsausschuß.
48. Vorlage 66 des Staatsministeriums, betr. Beihilfe aus dem Weserfonds für die Lemwerder Verlatacht und die Lemwerder-Deichhauser Verlatacht.  
Finanzausschuß.
49. Eingabe der Wirtevereinigung des Freistaats Oldenburg, betr. Handhabung der Polizeistunde.  
Petitionsausschuß.
50. Eingabe des Oldenburger Landbundes e. V., betr. Bildung einer einzigen Ortsklasse für den ganzen Freistaat Oldenburg.  
Petitionsausschuß.
51. Vorlage 67 des Staatsministeriums, betr. Aenderung des Gesetzes vom 15. April 1920, betr. Abänderungen der Bestimmungen der Artikel 21—27 des rev. Zivilstaatsdienergesetzes vom 28. März 1867.  
Finanzausschuß.

Nach Mitteilung des Präsidenten sind weiter eingegangen:

1. Eine förmliche Anfrage des Abg. Meyer, betr. Haferumlage.
2. Ein selbständiger Antrag des Abg. Behrens, betr. Aenderung des Gewerbesteuergesetzes.

3. Vorlage des Staatsministeriums: Entwurf eines Gesetzes für den Freistaat Oldenburg, betr. die Tagelöhner und Reisefkosten der Abgeordneten zum Landtage.  
Finanzausschuß.
4. Antrag des Staatsministeriums zum Voranschlag des Siedlungsamtes.  
Finanzausschuß.
5. Eingabe des Oldenburger Landbundes zur Besoldungsordnung.  
Petitionsausschuß.
6. Eingabe des Aug. Cordes in Vardenfleth.  
Petitionsausschuß.

Es wird in die Tagesordnung eingetreten.

1. Bericht des Finanzausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für den Landesteil Birkenfeld, betr. Aenderung des Gesetzes für das Fürstentum Birkenfeld vom 2. Januar 1873, betr. Gebühren in Verwaltungssachen. 2. Lesung.

Die Ausschußanträge werden angenommen.

2. Bericht des Verwaltungsausschusses zu dem Entwurf eines Gesetzes für den Landesteil Lüneburg, betr. die Verbilligung der Kartoffeln für Minderbemittelte. 1. Lesung.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen. Anträge zur 2. Lesung sind bis zum 3. März, vormittags 10 Uhr einzureichen.

3. Bericht des Verwaltungsausschusses zum Entwurf eines Gesetzes für den Landesteil Birkenfeld, betr. Verbilligung der Kartoffeln. 1. Lesung.

Die Ausschußanträge gelangen zur Annahme. Anträge zur 2. Lesung sind bis zum 3. März, vormittags 10 Uhr zu stellen.

4. Bericht des Verwaltungsausschusses über einen Gesetzentwurf, betr. Aenderung der Schulgesetze der Landesteile Lüneburg und Birkenfeld. 1. Lesung.

Die Ausschußanträge werden angenommen. Anträge zur 2. Lesung sind bis zum 3. März, vormittags 10 Uhr zu stellen.

5. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für den Freistaat Oldenburg, betr. Aenderung des Rechnungsjahres für die drei Landesteile. 1. Lesung.

Die Anträge des Ausschusses werden angenommen. Anträge zur 2. Lesung sind bis zum 3. März, vormittags 10 Uhr zu stellen.

6. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für den Landesteil Lüneburg zur Ausführung des Reichsriedlungsgesetzes vom 11. August 1919. 1. Lesung.

Der Antrag des Ausschusses gelangt zur Annahme. Anträge zur 2. Lesung sind bis zum 3. März, vormittags 10 Uhr einzureichen.

7. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für den Freistaat Oldenburg über die

**Ausbildung und Prüfung der Anwärter des höheren Vermessungs- und Landeskulturdienstes. 1. Lesung.**

Die Ausschußanträge werden angenommen. Anträge zur 2. Lesung sind bis zum 3. März, vormittags 10 Uhr einzureichen.

**8. Bericht des Verwaltungsausschusses über das Gesuch der oldenburgischen Amtsärzte um Verleihung der Staatsdienerereignenschaft mit angemessenem Gehalt.**

Der Ausschußantrag wird angenommen.

**9. Bericht des Verwaltungsausschusses über den selbstständigen Antrag des Abg. Tanzen.**

Der Antrag 1 des Ausschusses wird in namentlicher Abstimmung mit 23 gegen 19 Stimmen abgelehnt (siehe Stenogramm). Der Antrag 2 wird angenommen.

**10. Bericht des Verwaltungsausschusses über den selbstständigen Antrag des Abg. Tanzen.**

Der Antrag 1 wird abgelehnt. Der Ausschußantrag 2 wird in namentlicher Abstimmung mit 31 gegen 12 Stimmen angenommen (s. Stenogramm). Der Antrag Nr. 33 des Ausschusses wird angenommen.

**11. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Eingabe des Gemeindevorstandes von Neuenburg, betr. eine Umlage von M 600 pro ha Kartoffelanbaufläche.**

Der Ausschußantrag wird angenommen.

**12. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Eingabe des Kommunalverbandes Rüstingen, betr. allgemeine Einführung von Elternräten an den Schulen des Freistaats Oldenburgs.**

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

**13. Bericht des Petitionsausschusses des Kolonisten Gilert Schröder in Elisabethfehn um Bewilligung eines Zuschusses aus der Brandkasse zu der bisherigen Entschädigungssumme, zur Wiedererrichtung seines im Jahre 1914 abgebrannten Wohnhauses, bezw. um Aenderung des Brandkassenteuerungsgesetzes.**

Hierzu wird folgender Antrag angenommen:

Die Regierung wird ersucht, zu prüfen, durch Bereitstellung einer Bausumme aus Mitteln des Reservefonds der Brandkassenverwaltung Härten im allgemeinen, und insbesondere solche auszugleichen, die bei im Jahre 1914 Abgebrannten entstanden sind.

Der Ausschußantrag 2 wird angenommen.

**14. Bericht des Petitionsausschusses zu der Eingabe des Landmanns Joh. Böning in Südbäke, betr. Zuweisung billigen Bauholzes aus den Staatsforsten.**

Der Ausschußantrag wird angenommen.

**15. Bericht des Petitionsausschusses über die Eingabe des Schulvorstandes in Jeber, betr. anderweitige Festsetzung des Besoldungsdienstalters des Lyzealdirektors Dr. Brill in Jeber.**

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

**16. Bericht des Petitionsausschusses zu der Eingabe des deutschen Reichsverbandes zur Bekämpfung der Impfung.**  
Der Ausschußantrag gelangt zur Annahme.

**17. Bericht des Petitionsausschusses über die Anlage 36.**  
Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

**18. Bericht des Petitionsausschusses zu der Eingabe des Joseph Wilking aus Calshorn um Ausparrung aus der Kirchengemeinde Essen oder Bevern.**

Der Ausschußantrag wird angenommen.

**19. Bericht des Petitionsausschusses über die Eingabe des Zellers K. G. Meyer (Holtbaus) und des Zellers Ww. Hobein aus Calshorn bei Essen i. D.**

Der Ausschußantrag wird angenommen.

**20. Bericht des Petitionsausschusses über die Eingabe des Hugo Reißer sowie 19 Unterschriften, betr. Abänderung des Jagdgesetzes für den Landesteil Birkenfeld.**

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

**21. Bericht des Petitionsausschusses über die Eingabe deutscher Lichtspieltheaterbesitzer.**

Wird von der Tagesordnung abgesetzt.

**22. Bericht des Petitionsausschusses über die Eingabe des Erziehungsinspektors Hullen in Jeber, betr. Gesuch um feste Vergütung für seine Tätigkeit.**

Der Ausschußantrag gelangt zur Annahme.

**23. Bericht des Petitionsausschusses über die Eingabe der Elise Koch (Dinklage), betr. Gesuch um Beihilfe zu den Kosten der Instandsetzung ihres Hauses.**

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

**24. Bericht des Finanzausschusses über den Vorschlag der Einnahmen und Ausgaben der Staatsgutskapitalienklasse des Landesteils Oldenburg für das Jahr 1921 nebst Nebenanlage über das Rechnungsergebnis für 1919 im einzelnen und über den Vermögensbestand.**

Die Anträge des Ausschusses werden angenommen.

**25. Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betr. Nachweisung der Einnahmen und Ausgaben des Landeskulturfonds für den Landesteil Oldenburg für 1919 nebst Anlage.**

Die Anträge des Ausschusses werden angenommen.

**26. Bericht des Finanzausschusses über den Antrag der Staatsregierung, betr. Weiterzahlung der durch § 16 des Beamtendienstleistungsgesetzes vom 11. August 1920 fortgefallenen Kinderzuschläge.**

Der Ausschußantrag wird angenommen.

**27. Bericht des Finanzausschusses über die Eingabe der Landwirtschaftskammer in Oldenburg, betr. die Errichtung einer landwirtschaftlichen Haushaltungsschule im Schlosse zu Neuenburg nebst Nachfüge.**

Die Ausschußanträge gelangen zur Annahme.





28. Bericht des Finanzausschusses über die Eingabe des Oberkammerfuriers Theodor Hoppe, betr. Bewilligung von Teuerungszulagen an die Pensionäre aus dem früheren Hofdienst.

Der Ausschußantrag wird angenommen.

29. Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betr. Zuschuß an die Amtsverbände und Gemeinden zum Bau von Gendarmeriewohnungen.

Der Ausschußantrag wird angenommen.

30. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über den Antrag der Staatsregierung, betr. Ankauf eines Hauses

in Neuenburg als Dienstwohnung für den Forstassessor.

Der Ausschußantrag wird angenommen.

31. Bericht des Petitionsausschusses zu dem Entwurf eines Gesetzes für den Landesteil Lübeck, betr. Aenderung des Gesetzes für das Fürstentum Lübeck vom 28. Dezember 1872, betr. die Gebühren in Verwaltungssachen. 2. Lesung.

Die Anträge des Ausschusses werden auf Anregung der Regierung mit der Aenderung angenommen, daß die Worte „1. März“ im Antrage durch die Worte „1. April“ ersetzt werden.

(Schluß der Sitzung 1 Uhr 15 Min.)

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der 8. ordentlichen Sitzung der 3. Versammlung des II. Landtags des Freistaats Oldenburg, am 8. März 1921, vormittags 10 Uhr.

Schröder.

Denis.



# Niederschrift

über

die Verhandlungen

der

## 3. Versammlung des II. Landtags des Freistaats Oldenburg.

### Achte Sitzung.

Oldenburg, den 8. März 1921, vormittags 10 Uhr.

Vorsitzender: Präsident Schröder.

Der Präsident eröffnet um 10 Uhr die Sitzung.

Abg. Nieberg verliest das Protokoll der letzten Sitzung. Einwendungen werden nicht erhoben. Abg. Denis verliest die Eingänge:

1. Eingabe des Landesverbandes der Reichs-, Landes- und Gemeindebeamten der besetzten rheinischen Gebiete, betr. Enthebung von Beamten aus ihrem Amt. Kenntnis genommen.
2. Eingabe des Vereins Oldenburger Richter und Staatsanwälte zur neuen Gehaltsordnung. Petitionsausschuß.
3. Eingabe der Rechnungssteller und Auktionatorinnung für den Freistaat Oldenburg gegen Einführung des Notariats. Verwaltungsausschuß.
4. Eingabe der Rechnungssteller und Auktionatorinnung für den Freistaat Oldenburg zur Vorlage über Einführung des Notariats. Verwaltungsausschuß.
5. Vorlage 63 des Staatsministeriums über den Gesetzentwurf für den Freistaat Oldenburg, betr. Abänderung des Beamtendiensteinkommengesetzes. Petitionsausschuß.
6. Eingabe des Vereins der mittleren Justizbeamten hierf., betr. Notariat. Verwaltungsausschuß.
7. Eingabe des Vereins oldenburgischer Förster hierf., betr. Wiedereinstufung in die Gruppen der Befoldungsordnung. Petitionsausschuß.
8. Eingabe des Justizobersekretärs Ihnken hierf., betr. Festsetzung des Befoldungsdienstalters. Petitionsausschuß.
9. Vorlage 69 des Staatsministeriums über den Gesetzentwurf für den Freistaat Oldenburg, betr. Ausführung des Gesetzes zur Sicherung einer einheitlichen Regelung der Beamtenbefoldung. Verwaltungsausschuß.
10. Eingabe der Gemeinde in Dinklage, betr. Zuschuß zur Rektoratschule. Finanzausschuß.
11. Eingabe der Amtshauptmänner hierf. zum Beamtendiensteinkommengesetz. Petitionsausschuß.
12. Eingabe des Vereins der mittleren technischen Beamten des Freistaats Oldenburg, betr. Dienstalter der technischen Obersekretäre. Petitionsausschuß.
13. Eingabe des Ausschusses der mittleren Beamten des Vermessungs- und Katasterwesens hierf. zur neuen Befoldungsordnung. Petitionsausschuß.
14. Eingabe des Landeskirchenrats der evang.-luth. Kirche des Landesteils Lüneburg zu der Anlage 58. Finanzausschuß.



15. Eingabe des Vereins der Wegemeister des Freistaats Oldenburg, betr. ihre Eingruppierung in die Befolgungsordnung.  
Petitionsauschuß.
16. Eingabe des Konfistoriums in Birkenfeld, betr. Bauzuschüsse.  
Finanzauschuß.
17. Vorlage 70 des Staatsministeriums, betr. Bewilligung von Mitteln zur Förderung des Wohnungsbaues zu den Voranschlägen der Landeskassen.  
Finanzauschuß.
18. Eingabe des Reichsverbandes deutscher Seminar-Akademiker, betr. Gleichstellung der 7 oldenburgischen Seminarakademiker mit den anderen deutschen Seminarakademikern in Gehalt und Amtsbezeichnung.  
Petitionsauschuß.
19. Eingabe des Birkenfelder Landeslehrervereins zum Entwurf eines Volksschullehrerdienstentlohnungsgesetzes.  
Petitionsauschuß.
20. Eingabe des Vereins oldenburgischer Bürgerschullehrer zu § 6 der Anlage 59.  
Petitionsauschuß.
21. Eingabe des Kolonisten H. Südhop und Gen. in Hespensbusch, betr. hohe Preise für Benutzung der Staatsweide in Hespensbusch.  
Petitionsauschuß.
22. Eingabe des Oldenburgischen Seminarlehrervereins, betr. Befolgung der Seminarlehrer.  
Petitionsauschuß.

Der Landtag ist mit der Verteilung auf die Ausschüsse einverstanden. Der Präsident gibt den Eingang der Anlage 71 und eines selbständigen Antrages des Abg. Albers bekannt. Die Anlage 71 wird dem Finanzauschuß, der Antrag Albers dem Petitionsauschuß überwiesen.

Weiter teilt er dem Landtag mit, daß der Abg. Schmidt (Bochhornerfeld) sein Mandat niederlegt. Darauf trat man in die Tagesordnung ein.

**1. Bericht des Finanzausschusses über die Eingaben des Schulvorstehers der höheren Mädchenschulen in Cloppenburg, der Leitung der Liebfrauen Schule in Oldenburg und weitere gleiche Eingaben.**

Der Antrag 1 des Ausschusses wird abgelehnt.

Der Antrag 2 wird in namentlicher Abstimmung mit 39 gegen 9 Stimmen angenommen.

Die nachträglich eingegangene Eingabe aus Dinflage gleichen Inhalts wird durch die Annahme des Antrags 2 als erledigt angesehen.

**2. Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betr. Nachweisungen über die Erträge der Staatsforsten des Landesteils Oldenburg für das Forstbetriebsjahr 1919/20. (Anlage 56.)**

Der Ausschusantrag wird angenommen.

Punkt 3 der Tagesordnung wird auf Antrag an den Schluß der Tagesordnung gesetzt.

**4. Bericht des Petitionsauschusses zu Anlage 54.**

Der Ausschusantrag wird angenommen.

**5. Bericht des Petitionsauschusses über die Eingabe des deutschen Landarbeiterverbandes, betr. Entwässerung des Schwaneburger Moores.**

Der Ausschusantrag wird angenommen.

**6. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Eingabe der Bewohner von Dangastermoor, Dangast und Moorhausen, betr. Aenderung des Oldenburger Sichelgesetzes.**

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

**7. Bericht des Petitionsauschusses über die Eingabe des Oldenburger Städteverbandes.**

Die Anträge 1 und 2 des Ausschusses werden angenommen.

**8. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Antrag des Abg. Schmidt (Bochhornerfeld), betr. Wiederaufnahme der §§ 1—4 in das Pachtchutzgesetz.**

Der Ausschusantrag 1 wird angenommen.

Antrag 2 wird abgelehnt.

**8a. Förmliche Anfrage des Abg. Meyer (Haserumlage betr.)**

Die Anfrage wurde begründet, von der Staatsregierung beantwortet, worauf eine Besprechung stattfand.

**9. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes zur Abänderung der Gemeindeordnung für den Landesteil Oldenburg. 1. Lesung.**

Die Verhandlungen über diesen Gegenstand werden abgebrochen. Die Weiterberatung erfolgt in der nächsten Sitzung.

(Schluß der Sitzung 2 Uhr.)

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der 9. ordentlichen Sitzung der 3. Versammlung des II. Landtags des Freistaats Oldenburg am 9. März 1921, vormittags 10 Uhr.

Schröder.

Denis.

# Niederschrift

über

die Verhandlungen

der

## 3. Versammlung des II. Landtags des Freistaats Oldenburg.

Neunte Sitzung.

Oldenburg, den 9. März 1921, vormittags 10 Uhr.

Vorsitzender: Präsident Schröder.

Der Präsident Schröder eröffnet um 10 Uhr die Sitzung. Abg. Denis verliest das Protokoll der letzten Sitzung. Einwendungen werden nicht erhoben. Der Präsident gibt folgende Eingänge bekannt:

1. Eingabe des Ausschusses des höheren Verwaltungs- und Justizdienstes hier selbst, betr. Anträge zur neuen Gehaltsordnung.  
Petitionsausschuß.
2. Eingabe des Reichsverbandes deutscher Seminarlehrer, Landesgruppe Oldenburg, betr. Gleichstellung mit den übrigen deutschen Seminarakademikern.  
Petitionsausschuß.

Darauf tritt man in die Tagesordnung ein.

Fortsetzung der Verhandlung über den Bericht des Verwaltungsausschusses, betr. den Entwurf eines Gesetzes zur Abänderung der Gemeindeordnung für den Landesteil Oldenburg. 1. Lesung. (Anlage 19.)

Der Antrag 1 wird abgelehnt. Antrag 2 ist zurückgezogen. Anträge 3, 4, 5, 6, 7, 8 werden angenommen. Antrag 9 wird abgelehnt. Der Antrag 10 wird in namentlicher Abstimmung mit 17 gegen 13 Stimmen abgelehnt. Antrag 11 wird abgelehnt.

Zum Antrag 12 stellt der Abg. Behrens einen Verbesserungsantrag folgenden Inhalts:

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der 10. ordentlichen Sitzung der 3. Versammlung des II. Landtags des Freistaats Oldenburg am 10. März 1921, vormittags 9 Uhr.

Schröder.

Denis.

Ich beantrage: „Im § 2 Abs. 2 sind statt der Worte „seit einem Jahre“ zu setzen „seit sechs Monaten“.

Der Antrag wird in namentlicher Abstimmung mit 22 gegen 17 Stimmen angenommen, wodurch die Anträge 12 und 13 erledigt sind. Antrag 14 wird zurückgezogen. Der Antrag 15 wird angenommen. Antrag 16 wird abgelehnt. Antrag 17 wird angenommen. Antrag 18 wird abgelehnt.

Zum Antrag 19 stellt die Regierung einen Verbesserungsantrag folgenden Inhalts:

Wenn jemand in eine Gemeinde, in der er früher das Gemeindebürgerrecht gehabt hat, vor Ablauf von 2 Jahren nach seinem Fortzug zurückkehrt, so lebt das Gemeindebürgerrecht wieder auf.

Antrag 19 wird in der von der Regierung beantragten abgeänderten Form angenommen. Antrag 20 wird angenommen. Antrag 21 wird abgelehnt. Die Anträge 22 und 23 werden angenommen. Der Antrag 24 wird zurückgezogen. Die Anträge 25 und 26 werden angenommen, wodurch der Antrag 27 erledigt ist. Antrag 28 wird abgelehnt. Die Anträge 29 und 30 werden angenommen.

Die Verhandlung wird abgebrochen, die Weiterberatung erfolgt in nächster Sitzung.

(Schluß der Sitzung 2 Uhr.)





# Niederschrift

über

## die Verhandlungen

der

### 3. Versammlung des II. Landtags des Freistaats Oldenburg.

#### Behnte Sitzung.

Oldenburg, den 10. März 1921, vormittags 9 Uhr.

Vorsitzender: Präsident Schröder.

Der Präsident eröffnet um 9 Uhr die Sitzung und gibt den Eingang zweier Eingänge folgenden Inhalts bekannt:

1. Vorlage 72 des Staatsministeriums über den Gesetzentwurf für den Landesteil Lüneburg, betr. Förderung der Rindviehzucht.  
Verwaltungsausschuß.
2. Eingabe der Aufseher an der Gefängnisanstalt zu Oldenburg, betr. Berücksichtigung ihrer Wünsche für die neue Besoldung.  
Petitionsausschuß.

Darauf trat man in die Tagesordnung ein.

1. Fortsetzung der Verhandlung über den Entwurf eines Gesetzes zur Abänderung der Gemeindeordnung für den Landesteil Oldenburg. 1. Lesung. (Anlage 19.)

Der Antrag 31 wird in namentlicher Abstimmung mit 17 gegen 10 Stimmen abgelehnt. Antrag 32 wird in namentlicher Abstimmung mit 17 gegen 11 Stimmen angenommen. Die Anträge 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39 werden angenommen. Antrag 40 wird zurückgezogen. Antrag 41 wird abgelehnt. Die Anträge 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49 werden angenommen. Antrag 50 wird in namentlicher Abstimmung mit 27 gegen 12 Stimmen abgelehnt. Zu Antrag 51 wird ein Verbesserungsantrag des Abg. Henneicke gestellt folgenden Inhalts:

Annahme der Ziffer 17 (Art. 21a G.D.) mit der Aenderung, daß der Absatz 2 des Art. 21a G.D. folgende Fassung erhält:

Die Neuwahl der Gemeindevertretung ist binnen

3 Monaten durch das Ministerium zu veranlassen. Mit der Auflösung verlieren sämtliche Körperschaften ihre Geltung. Die Neuwahl ist von der neuen Gemeindevertretung vorzunehmen. Die bisherigen Mitglieder bleiben bis zur Einführung der Neugewählten in Tätigkeit.

Der Antrag wird zurückgezogen. Antrag 51 wird angenommen. Antrag 52 wird abgelehnt. Antrag 52a wird abgelehnt. Die Anträge 53, 54, 55, 56, 57, 58 werden angenommen. Zum Antrag 59 stellt der Abg. Lohse einen Verbesserungsantrag folgenden Inhalts:

Ich beantrage, im Antrag 59 die Worte „sie bedürfen zur Ausübung ihres Amtes als Mitglieder der Gemeindevertretung“ durch die Worte „bedürfen zur Teilnahme an den Gemeinderats- und Ausschusssitzungen“ zu ersetzen.

Der Verbesserungsantrag Lohse wird abgelehnt. Antrag 59 wird angenommen.

Zum Antrag 60 stellt der Abg. Hasckamp einen Verbesserungsantrag folgenden Inhalts:

Ich beantrage, die Worte „Entschädigung für entgangenen Arbeitsverdienst“ durch das Wort „Tagegelder“ und das Wort „ist“ durch „sind“ zu ersetzen, der in namentlicher Abstimmung mit 28 gegen 8 Stimmen angenommen wird. Der Antrag 60 wird in der nach dem Verbesserungsantrag abgeänderten Form angenommen. Antrag 61 wird angenommen.

Zum Antrag 62 stellt der Abg. Behrens einen Verbesserungsantrag folgenden Inhalts:

Ich beantrage, in § 1 Art. 25 G.D. den Abf. 2 folgendermaßen zu fassen:

Die Beschlüsse werden nach einfacher Stimmenmehrheit in offener Abstimmung gefaßt,

der in namentlicher Abstimmung mit 29 gegen 4 Stimmen angenommen wird, wodurch Antrag 62 erledigt ist. Die Anträge 63 und 64 werden abgelehnt. Die Anträge 65 und 65a werden angenommen. Der Antrag 66 wird in namentlicher Abstimmung mit 23 gegen 13 Stimmen abgelehnt. Die Anträge 67 und 68 werden angenommen, wodurch Antrag 69 erledigt ist. Antrag 70 wird angenommen. Antrag 71 wird abgelehnt. Antrag 72 wird angenommen, wodurch die Anträge 73 und 74 erledigt sind. Antrag 75 wird angenommen. Antrag 76 wird abgelehnt. Antrag 77 wird angenommen, wodurch Antrag 78 erledigt ist. Antrag 79 wird angenommen. Antrag 80 wird abgelehnt. Die Anträge 81, 82, 83, 84 werden angenommen.

Die weitere Verhandlung über diesen Gegenstand wird auf die nächste Tagesordnung gesetzt.

**2. Bericht des Finanzausschusses zur 2. Lesung der dem Finanzgesetz für 1921 anzulegenden Voranschläge sowie über Form und Inhalt des Finanzgesetzes. 1. Lesung.**

Die Anträge 1, 2, 3, 4, 5 werden angenommen. Im Antrag 6 wird die Festsetzung 50 % gestrichen. Die Anträge 7, 8, 9 werden angenommen.

Zum Antrag 10 stellt der Abg. Hartong (Delmenhorst) einen Verbesserungsantrag folgenden Inhalts:

Ich beantrage Bewilligung von 62 000 *M* mit der Einschränkung, daß keine neue hauptamtliche Arbeitskraft eingestellt werden darf.

Der Verbesserungsantrag wird abgelehnt. Der Antrag 10 wird angenommen. Die Anträge 11, 12, 13 werden angenommen. Im Antrag 14 wird hinter 329 der Buchstabe x hinzugefügt; Antrag 14 wird angenommen. Die

Anträge 15 und 16 werden angenommen. Im Antrag 17 wird hinter Abgeordneter der Name Kettelhohn eingefügt. Die Anträge 17, 18, 19, 20, 21 werden angenommen.

Zum Antrag 22 stellt der Abg. Dörr einen Verbesserungsantrag folgenden Inhalts:

Ich beantrage, § 24a erhält folgenden Wortlaut:  
Ziffer 2.

Unterstützung bei außerordentlichen Viehverlusten 100 000 *M*.

Bemerkung: Mindestens 75 000 *M* stehen der Regierung ausschließlich für die durch die Maul- und Klauenseuche verursachten Viehverluste zur Verfügung. Der Rest steht der Regierung zur Unterstützung von anderweitigen Viehverlusten in der bisherigen Weise zur Verfügung, soweit nicht bei Viehsuchen sonstige Entschädigung eintritt.

Der Verbesserungsantrag wird angenommen, wodurch die Anträge 22 und 23 erledigt sind.

Zum Antrag 24 stellt der Abg. Dörr folgenden Verbesserungsantrag:

Ich beantrage, den Bemerkungen zu § 27 der Ausgaben des Voranschlags des Landesteils Birkenfeld für 1921 wird folgender Satz nachgefügt:

50 000 *M* sind als Zuschuß zu den Kosten der ersten Einrichtung der Fachschule in Idar bestimmt.

Antrag 24 wird in der durch den Verbesserungsantrag abgeänderten Fassung angenommen. Die Anträge 25 und 26 werden angenommen.

Anträge zur 2. Lesung sind sofort einzubringen.

**3. Bericht des Finanzausschusses zur 2. Lesung des Finanzgesetzes für das Jahr 1921.**

Der Ausschufsantrag zur 2. Lesung wird angenommen.  
(Schluß der Sitzung 1 Uhr 10 Min.)

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der 11. ordentlichen Sitzung der 3. Versammlung des II. Landtags des Freistaats Oldenburg, am 11. März 1921, vormittags 10 Uhr.

Schröder.

Denis.





# Niederschrift

über

die Verhandlungen

der

## 3. Versammlung des II. Landtags des Freistaats Oldenburg.

### Elfte Sitzung.

Oldenburg, den 11. März 1921, vormittags 10 Uhr.

Vorsitzender: Präsident Schröder.

Der Präsident eröffnet die Sitzung. Abg. Denis verliest das Protokoll der letzten Sitzung. Einwendungen werden nicht erhoben. Das Protokoll wird festgestellt.

Der Präsident gibt als Eingang bekannt die

Formliche Anfrage des Abg. Behlen folgenden Inhalts:

1. Was hat die Staatsregierung getan, um die Lohnverhältnisse bei den Notstandsarbeiten am Hunte-Ems-Kanal so zu gestalten, daß den dort bestehenden Privatbetrieben das Halten und die Beschaffung von Arbeitskräften nicht erschwert wird?
2. Inwiefern ist Vorsorge getroffen, daß nur solche Arbeiter, die ohne eigenes Verschulden erwerbslos geworden sind, bei den Notstandsarbeiten angestellt werden?

Sodann wird in die Beratung der Tagesordnung eingetreten.

Auf Wunsch des Berichterstatters Abg. Murken wird unter Zustimmung des Landtags zunächst Punkt 2 der Tagesordnung verhandelt, nämlich:

Bericht des Finanzausschusses über die Anlage 48, betreffend den Bedarf an Stellen für Beamte.

Die Anträge 1, 2, 3, 4, 5, 6 und 7 werden angenommen.

Die Anträge 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22 und 23 werden angenommen.

Die Anträge 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31 und 32 werden angenommen.

Die Anträge 33, 34 und 35 werden angenommen.

Die Anträge 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42 und 43 werden angenommen.

Die Anträge 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51 und 52 werden angenommen.

Sodann wird die nach Ziffer XXII, Antrag 84 abgebrochene

Beratung des Berichts des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes zur Abänderung der Gemeindeordnung für den Landesteil Oldenburg (Anl. 19.) fortgesetzt.

Der Antrag 85 wird in namentlicher Abstimmung mit 25 gegen 11 Stimmen angenommen.

Dafür stimmten die Abgeordneten: Albers, Bartels, Behrens, Denis, Feigel, Frerichs, Fröhle, Hartong (Birkenfeld), Harries, Haschkamp, Henneicke, Heitmann, Hug, Jordan, Kaper (Ellenserdamm), Ketelhohn, Kieselhorst, König, Meyer, Murken, Sante, Schömer, Tanzen, Zehetmair und Zimmermann.

Dagegen stimmten: Behlen, Dannemann, Dohm, Frau Henke, Hollmann, Kaper (Birmeide), Lohse, Müller, Nieberg, Schröder, Unkelbach.

Der Antrag 86 ist damit erledigt.

Der Antrag 87 wird in namentlicher Abstimmung mit 32 gegen 3 Stimmen angenommen.

Für den Antrag stimmen die Abgeordneten: Bartels, Behlen, Behrens, Dannemann, Denis, Dohm, Feigel, Frerichs, Fröhle, Hartong (Birkenfeld), Harries, Haskamp, Frau Henke, Heitmann, Hug, Jordan, Kalkkuhl, Kaper (Burmeide), Kaper (Ellenferdamm), Kettelhohn, König, Lohse, Meyer, Müller, Murken, Nieberg, Sante, Schömer, Schröder, Tanzen, Unkelbach, Zehetmair.

Gegen den Antrag stimmten die Abgeordneten: Henneicke, Kieselhorst und Zimmermann.

Damit ist der Antrag 88 erledigt.

Der Antrag 89 wird in namentlicher Abstimmung mit 21 gegen 11 Stimmen abgelehnt.

Für den Antrag stimmten die Abgeordneten: Behlen, Dannemann, Dohm, Feigel, Frau Henke, Kalkkuhl, Kaper (Burmeide), Lohse, Müller, Schröder, Unkelbach.

Gegen den Antrag stimmten die Abgeordneten: Ubers, Bartels, Behrens, Denis, Frerichs, Fröhle, Harries, Haskamp, Henneicke, Heitmann, Hug, Jordan, Kaper (Ellenferdamm), Kieselhorst, König, Murken, Sante, Schömer, Tanzen, Zehetmair, Zimmermann.

Der Antrag 90 wird angenommen.

Der Antrag 91 wird abgelehnt.

Der Antrag 92 wird angenommen.

Die Anträge 93, 94 und 95 werden angenommen.

Die Anträge 96 und 97 werden angenommen.

Die Anträge 98, 99 und 100 werden angenommen.

Die Anträge 101 und 102 werden angenommen.

Der Antrag 103 wird angenommen.

Die Anträge 104, 105 und 106 werden angenommen.

Der Antrag 107 wird angenommen. Damit ist Antrag 108 erledigt.

Der Antrag 109 wird angenommen.

Der Antrag 110 wird angenommen.

Die Anträge 111 und 112 werden angenommen.

Der Antrag 113 wird angenommen.

Die Anträge 114 und 115 werden angenommen.

Der Antrag 116 wird angenommen.

Der Antrag 117 wird angenommen. Damit ist der Antrag 118 erledigt.

Der Antrag 119 wird angenommen.

Der Antrag 120 wird angenommen.

Der Antrag 121 wird angenommen.

Der Antrag 122 wird angenommen.

Der Antrag 123 wird angenommen.

Der Antrag 124 wird angenommen.

Der Antrag 125 wird angenommen.

Der Antrag 126 wird abgelehnt.

Der Antrag 127 wird angenommen.

Der Antrag 128 wird angenommen.

Der Antrag 130 wird angenommen.

Die Anträge 129 und 131 werden angenommen.

Der Antrag 132 wird abgelehnt.

Der Antrag 133 wird angenommen.

Die Anträge 134, 135 und 136, letzterer auf „Annahme des § 3 des Entwurfs“ lautend, werden angenommen.

Anträge zur 2. Lesung sind bis Mittwoch, 16. März, vormittags 10 Uhr, einzureichen.

Die Punkte 1b und 1c werden von der Tagesordnung abgesetzt. Von Punkt 3 der Tagesordnung ab wird weiter verhandelt.

3. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für den Landesteil Oldenburg, betreffend die Aenderung eines Gesetzes für das Herzogtum Oldenburg vom 17. April 1897, betreffend die Ausübung der Jagd. 1. Lesung. (Anl. 28.)

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen. Anträge zur 2. Lesung sind bis 16. März, vormittags 10 Uhr, einzureichen.

4. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Eingabe des Verbandes kleiner Landwirte für das Amt Brate, betreffend Aenderung der Pachtordnung.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

5. Bericht des Petitionsausschusses über die Eingabe des Magistrats und des Stadtrats der Stadt Friesoythe, betreffend Aenderung des Artikels 1 § 1b des Verkoppelungsgesetzes vom 27. April 1858.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

6. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Gesetzentwürfe, betreffend Aenderung der Schulgesetze der Landesteile Lübeck und Birkenfeld. 2. Lesung. (Anl. 43.)

Die Anträge I und II des Ausschusses werden angenommen.

7. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für den Landesteil Lübeck zur Ausführung des Reichsriedlungsgesetzes vom 11. August 1919. 2. Lesung. (Anl. 42.)

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

8. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für den Freistaat Oldenburg, betreffend Aenderung des Rechnungsjahres für die Landeskassen der drei Landesteile. 2. Lesung. (Anl. 41.)

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

9. Bericht des Verwaltungsausschusses zu dem Entwurf eines Gesetzes für den Landesteil Lübeck, betreffend die Verbilligung der Ehlartoffeln für Minderbemittelte. 2. Lesung. (Anl. 51.)

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

10. Bericht des Verwaltungsausschusses zu dem Entwurf eines Gesetzes für den Landesteil Birkenfeld, betreffend Verbilligung der Ehlartoffeln für Minderbemittelte. 2. Lesung. (Anl. 52.)

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

11. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für den Freistaat Oldenburg über die Ausbildung und Prüfung der Anwärter des höheren Vermessungs- und Landeskulturdienstes. 2. Lesung. (Anl. 35.)

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.



12. Bericht des Petitionsausschusses über die Eingabe der Rentnerin Wollring in Hengelage.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

13. Bericht des Verwaltungsausschusses über den selbstständigen Antrag Schmidt (Bochhornerfeld), betreffend Neugestaltung und Wahl der Landwirtschaftskammer.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

14. Bericht des Petitionsausschusses über die Eingabe des Gesamtverbandes deutscher Angestellten-Gewerkschaften.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

15. Bericht des Petitionsausschusses über die Eingabe deutscher Lichtspiel-Theaterbesitzer.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

16. Nachfrage zum Bericht des Petitionsausschusses über die Eingabe deutscher Lichtspiel-Theaterbesitzer.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

17. Bericht des Petitionsausschusses über die Eingabe des Landesverbandes Oldenburgischer Einzelhändler.

Die Anträge 1 und 2 des Ausschusses werden angenommen.

18. Bericht des Petitionsausschusses zu der Eingabe des Parzellenvereins Alteneck.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

Die Tagesordnung ist erledigt.

Der Landtag ist einverstanden, daß der Abg. Hennecke aus dem Finanzausschuß in den Verwaltungsausschuß übertritt.

(Schluß der Sitzung 1 Uhr 45 Min.)

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der 12. ordentlichen Sitzung der 3. Versammlung des II. Landtags des Freistaats Oldenburg am 12. März 1921, nachmittags 4 Uhr.

Schröder.

Bartels.



# Niederschrift

über

die Verhandlungen

der

## 3. Versammlung des II. Landtags des Freistaats Oldenburg.

### Zwölfte Sitzung.

Oldenburg, den 18. März 1921, nachmittags 4 Uhr.

Vorsitzender: Präsident Schröder.

Präsident Schröder eröffnet um 4 Uhr die Sitzung. Abg. Bartels verliest das Protokoll der letzten Sitzung; Einwendungen werden nicht erhoben und das Protokoll festgestellt.

Abg. Nieberg verliest die Eingänge:

1. Eingabe des Reichsverbandes deutscher Akademiker, Landesgruppe Oldenburg, betr. Stellungnahme der oldenb. Seminarakademiker zu dem Besuch der Wechtaer Seminarlehrer.  
Petitionsausschuß.
2. Eingabe des Landmessers Werner Namuth in Tutin, betr. Besoldung und Dienstbezeichnung.  
Petitionsausschuß.
3. Vorlage 73 des Staatsministeriums, betr. Nachbewilligung zu dem Bau eines Vierfamilienhauses für Aufseher bei den Strafanstalten in Wechta.  
Finanzausschuß.
4. Eingabe des Jugendwohlfahrtsausschusses der Städte zum Gesekentwurf betr. die Bildung von Wohlfahrts- und Pflegeausschüssen.  
Verwaltungsausschuß.
5. Eingabe der Pflegerin Schmidt in Wehnen, betr. nochmalige Prüfung des Einkommens mehrerer Pfleger und Pflegerinnen.  
Petitionsausschuß.
6. Eingabe des Vorstandes der Landbeamtenvereinigung des Oldenburger Landes, betr. Besoldungsordnung der Beamten und Lehrer.  
Petitionsausschuß.
7. Eingabe des Oberschulrats Witte hierf., betr. andere Einstufung in die Gehaltsordnung.  
Petitionsausschuß.
8. Eingabe des Lehrers Karl Müller in Delmenhorst zum Besoldungsgesetz.  
Petitionsausschuß.
9. Eingabe des Kolonisten Georg Decker in Norderseeefeld, betr. Aufhebung eines Beschlusses des Siedlungsamts, betr. Ausschließung des Bittstellers von der Siedlung.  
Petitionsausschuß.
10. Eingabe des Arbeiters Wilks in Edwardeich, betr. Enteignung von Weideland und dessen Zuweisung an den Bittsteller.  
Petitionsausschuß.
11. Eingabe der geprüften Mittelschullehrer an den Gemeindeanstalten des Freistaats Oldenburg, betr. Einreihung in Gehaltsgruppe 9.  
Petitionsausschuß.
12. Vorlage 74 des Staatsministeriums, betr. Uebernahme und Wiederaufbau der Baracke auf dem Welper Moor.  
Finanzausschuß.
13. Eingabe des Vereins oldenb. Bürgerschullehrer, betr. Diensteinkommensgesetz.  
Petitionsausschuß.



14. Eingabe des Oberlandesgerichtspräsidenten Niebour und Oberverwaltungsgerichtspräsidenten Meyer-Ellerhorst hierf., betr. Ergänzung ihrer Eingabe vom 30. November v. Jz.  
Petitionsauschuß.
15. Vorlage 76 des Staatsministeriums über den Gesetzentwurf zur Ergänzung des Landeskasseteuerungs-gesetzes vom 12. August 1920.  
Verwaltungsausschuß.
16. Eingabe der Ministerialrevisoren hierf., betr. ihre Einstufung in die neue Besoldungsordnung.  
Petitionsauschuß.
17. Eingabe des Amtsvorstandes des Amtsverbandes Westerstede, betr. Zuschuß zur Instandsetzung der Chaußee Oldenburg—Edewecht.  
Finanzausschuß.
18. Eingabe des Landesobertierarztes hierf., betr. Ein-reihung in die 12. Besoldungsgruppe.  
Petitionsauschuß.
19. Eingabe des Landesvereins der oldenburg. Tier-ärzte, betr. Einreihung des Landesobertierarztes in die Besoldungsgruppe.  
Petitionsauschuß.
20. Eingabe des Vereins kath. Lehrerinnen Oldenburgs zum Volksschullehrerdienstentkommensgesetz.  
Petitionsauschuß.
21. Eingabe des Birkenfelder Landeslehrervereins zum Volksschullehrerdienstentkommensgesetz.  
Petitionsauschuß.
22. Vorlage 77 des Staatsministeriums über den Gesetzentwurf für den Freistaat Oldenburg zur Ausführung des Landessteuergesetzes.  
Verwaltungsausschuß.
23. Vorlage 75 des Staatsministeriums, betr. Bestand und Geschäftsführung der Staatsschuldentilgungskasse.  
Finanzausschuß.

Der Präsident teilt mit, daß Abg. Svenson in den Landtag eingetreten ist; Abg. Svenson tritt in den Finanz-ausschuß.

Von den Abgg. Hafkamp und Kalkkuhl ist folgende kurze Anfrage eingegangen:

Ist die Staatsregierung bereit, die bisher auf dem Gebiete der Torfwirtschaft bestehenden Beschränkungen aufzuheben?

Von seiten der Regierung wird darauf folgende Ant-wort erteilt (siehe Stenogramm).

Der Landtag tritt in die Tagesordnung ein:

1. Bericht des Petitionsauschusses zu der Eingabe der Wirtevereinigung des Freistaats Oldenburg, Landesverband Oldenburg im D.G.V. (G. V.).

Der Ausschußantrag wird angenommen.

2. Bericht des Petitionsauschusses zu der Eingabe des Kaufmanns Jos. Laing um Beschleunigung der Erhebung der Bauerschaft Währen zu einer selbständigen politischen Gemeinde.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

3. Bericht des Finanzausschusses über die Anlage 68.

1. Lesung.

Der Ausschußantrag gelangt zur Annahme.

3a. Bericht des Finanzausschusses über die Anlage 67.

1. Lesung.

Der Antrag 1 des Ausschusses wird angenommen, An-trag 2 abgelehnt, Anträge 3, 4 und 5 werden angenommen.

4. Bericht des Finanzausschusses über die gemäß § 89 der Verfassung für den Freistaat Oldenburg vorzuliegenden Bücher und Rechnungen der Zentralkasse, sowie der zugehörigen Nebenkassen, für das Jahr 1919. (Anlage 18.)

Der Ausschußantrag wird angenommen.

5. Bericht des Finanzausschusses zu der Vorlage des Staatsministeriums, betr. Krongutsklassenrechnungsergebnis des Landsteils Oldenburg. (Anlage 47.)

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

6. Bericht des Finanzausschusses, betr. die Verzeichnisse der Aenderungen im Bestande des Staatsguts in den Landes-teilen Oldenburg und Lüneb. vom 1. 10. 19 bis dahin 1920 und im Landesteil Birkenfeld vom 1. 10. 18 bis dahin 1920. (Anlage 27.)

Der Ausschußantrag gelangt zur Annahme.

7. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über den Antrag der Staatsregierung, betr. Bereitstellung von Mitteln zur Förderung des Wohnungsbaues für das Jahr 1921. (Anlage 70.)

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

8. Förmliche Anfrage des Abg. Behlen.

Abg. Behlen begründet seine förmliche Anfrage (siehe Stenogramm). Minister Meyer beantwortet die Inter-pellation (siehe Stenogramm). Der Landtag beschließt Be-sprechung der förmlichen Anfrage.

9. Bericht des Petitionsauschusses über die Eingabe des Landwirts Mammen (Phieswarden).

Der Ausschußantrag wird angenommen.

10. Bericht des Petitionsauschusses zu der Eingabe der Witwe des Hausfohns Joh. Heinr. Wilh. Schmidt in Westerburg.

Der Ausschußantrag wird angenommen.

11. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Vor-lage der Staatsregierung, betr. Aufhebung der Amtskassen. (Anlage 16.)

Hierzu ist eingegangen ein Verbesserungsantrag des Abg. Hollmann folgenden Wortlauts:

Ich beantrage, dem Ausschußantrag Nr. 1 folgendes hinzuzufügen:

Die Regierung wird jedoch ersucht, die Ueber-tragung der Geschäfte der Amtskassen in Wildes-hausen und Esfleth auf die Amtskassenrechnungs-

führer bzw. auf die Stadtkämmerer ins Auge zu fassen.

Und ein Verbesserungsantrag des Abg. König wie folgt:  
Ich beantrage, dem Ausschußantrag Nr. 1 folgendes hinzuzufügen:

Die Regierung wird ersucht, die Uebertragung der Geschäfte der Amtskassen in Lönningen und Damme auf die Gemeinerechnungsführer ins Auge zu fassen.

Beide Verbesserungsanträge gelangen mit den Anträgen des Ausschusses zur Annahme.

Der 12. Punkt der Tagesordnung, der Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für den Freistaat Oldenburg, betr. die Ausübung des Volksvorschlagsrechtes und der Volksabstimmung, wird von der Tagesordnung abgesetzt.

12a. Mündlicher Bericht des Petitionsausschusses über die Anlage 57.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

Der 13. Gegenstand der Tagesordnung, der Bericht des Ausschusses zur Prüfung der Vereinfachung und Verebilligung der Staatsverwaltung, wird abgesetzt.

14. Bericht des Finanzausschusses über die Anlage 68.  
2. Lesung.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

15. Bericht des Finanzausschusses über die Anlage 67.  
2. Lesung.

Der Ausschußantrag gelangt zur Annahme.

Damit ist die Tagesordnung erledigt. Der Landtag vertagt sich bis zum 4. April.

(Schluß der Sitzung 7 Uhr.)

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der 13. ordentlichen Sitzung der 3. Versammlung des II. Landtags des Freistaats Oldenburg am 7. April 1921, vormittags 10 Uhr.

Schröder.

Nieberg.





# Niederschrift

über

die Verhandlungen

der

## 3. Versammlung des II. Landtags des Freistaats Oldenburg.

### Dreizehnte Sitzung.

Oldenburg, den 7. April 1921, vormittags 10 Uhr.

Vorsitzender: Präsident Schröder.

Der Präsident eröffnet um 10 Uhr die Sitzung.

Abg. Nieberg verliest das Protokoll der letzten Sitzung. Einwendungen werden nicht erhoben.

Abg. Denis verliest die Eingänge:

1. Eingabe des Landeslehrervereins für den Landesteil Lübeck zum Volksschullehrerdienststeinkommengesetz.  
Petitionsauschuß.
2. Eingabe der Nordenhamer Bodenaktiengesellschaft und andere, betr. Katasteramt Butjadingen in Nordenham.  
Petitionsauschuß.
3. Eingabe des Vereins der mittleren Justizbeamten hier selbst, betr. Abänderung der Schlußbemerkung 1 zum Beamtensteinkommengesetz.  
Petitionsauschuß.
4. Eingabe des Großherzogs von Oldenburg, namens dessen die Rechtsanwälte Dr. Meyer, Ehlermann und Jaspers hier selbst, betr. Hospensionäre.  
Petitionsauschuß.
5. Eingabe des Ausschusses der Beamten des höheren Verwaltungs- und Justizdienstes hier selbst, betr. Ergänzung seiner Eingabe vom 5. d. Mts.  
Petitionsauschuß.
6. Eingabe des Ortskartells Birkenfeld des Deutschen Beamtenbundes, betr. Erhöhung des in der Vor-

lage 70 für den Landesteil Birkenfeld vorgesehenen Betrag für Wohnungsbauten auf mindestens das Dreifache.

Finanzauschuß.

7. Eingabe des Gemeindevorstehers des Landesteils Oldenburg zur Abänderung der Gemeindeordnung.  
Verwaltungsauschuß.
8. Vorlage 78 des Staatsministeriums, betr. Verleihung der Rechte der Zivilstaatsdiener an zwei Beamte der Staatlichen Kreditanstalt.  
Verwaltungsauschuß.
9. Eingabe des Handelsvereins Nordenham und Verein der Arbeitgeber für Nordenham und Umgegend, betr. Zusammenlegung des Katasteramts Nordenham mit dem Katasteramt Brake und Esfleth.  
Petitionsauschuß.
10. Eingabe des Kolonisten Georg Decker zu Norderseeefeld, betr. Nachsage zu seiner Eingabe vom 11. v. Mts.  
Petitionsauschuß.
11. Vorlage 79 des Staatsministeriums, betr. Staatsvertrag über den Uebergang der Wasserstraßen von den Ländern auf das Reich.  
Verwaltungsauschuß.



12. Vorlage 81 des Staatsministeriums, betr. Grundsätze für die Berechnung der staatlichen Zuschüsse zu den höheren Schulen, höheren Bürgerschulen, Mädchenschulen und Mittelschulen der Gemeinden.  
Finanzausschuß.
13. Vorlage 82 des Staatsministeriums über den Gesetzentwurf für den Freistaat Oldenburg, betr. Bildung von Ausschüssen für den evangelischen Religionsunterricht an öffentlichen Schulen.  
Petitionsausschuß.
14. Eingabe der Witwe G. Wehage in Essen, betr. Auszahlung der Unterstützung bzw. Mehrentschädigung der Brandkasse.  
Petitionsausschuß.
15. Eingabe des Gymnasiallehrers Balke und Genossen vom Realgymnasium zu Rüstingen, betr. Besoldungsdienstalter.  
Petitionsausschuß.
16. Eingabe des Dekonomieverwalters Nieschlag in Wehnen, betr. höhere Einstufung in der Besoldungsordnung.  
Petitionsausschuß.
17. Eingabe des Amtsvorstandes des Amtsverbandes Butjadingen und des Gemeindevorstehers des Amts Butjadingen, betr. Verlegung des Katasteramtes Butjadingen nach Brake.  
Kommission zur Vereinfachung und Verbilligung der Staatsverwaltung.
18. Eingabe des Gerichtsvollziehergehilfen Heider in Oberstein, betr. Einreihung in Gruppe V der Gehaltsordnung.  
Petitionsausschuß.
19. Eingabe der Rechnungssteller- und Auktionatoreninnung für den Freistaat Oldenburg, betr. Notariat neben Gebührenordnung.  
Verwaltungsausschuß.
20. Vorlage 83 des Staatsministeriums über den Gesetzentwurf, betr. Gemeindegeldschuldensteuereinkommengesetz für den Freistaat Oldenburg.  
Petitionsausschuß.
21. Vorlage 84 des Staatsministeriums über den Gesetzentwurf für den Freistaat Oldenburg, betreffend die Zusammenlegung der Grundstücke (Verkoppelung).  
Petitionsausschuß.
22. Vorlage 85 des Staatsministeriums, betr. Nach- und Neubewilligung zu dem Neubau des Realgymnasiums zu Cloppenburg.  
Finanzausschuß.
23. Vorlage 86 des Staatsministeriums, betr. Zurdis-

positionsstellung oder Pensionierung der Oberlehrerin Fräulein Ramsauer.

Verwaltungsausschuß.

24. Vorlage 87 des Staatsministeriums über den Gesetzentwurf für den Freistaat Oldenburg, betr. das Rechtsmittelverfahren in Zuwachsteuerfällen.  
Verwaltungsausschuß.
25. Vorlage 80 des Staatsministeriums, betr. Rechnung über das Krongut in den Landesteilen Lübeck und Birkenfeld für 1919.  
Finanzausschuß.
26. Eingabe des Zellers R. H. Meyer-Holthaus in Calhorn und Zellerin Ww. Hovehn daselbst, betr. Abpfarrung von einer Kirchengemeinde.  
Petitionsausschuß.
27. Eingabe der Beamtenvereinigung hierselbst, betr. Aufstellung von Teuerungstabellen in allen Orten des Landes unter 10 000 Einwohner.  
Petitionsausschuß.
28. Eingabe des Regierungsbevollmächtigten Geh. Oberbaurat Freese hierselbst, betr. Instandsetzungsarbeiten am Schlosse zu Sever.  
Finanzausschuß.

Der Präsident gibt noch folgende Eingänge bekannt:

1. Eingabe des Landwirts Johs. Wilking in Calhorn um Abpfarrung von einer Kirchengemeinde.
2. Vorlage 88 der Staatsregierung, betr. die Erhebung einer Steuer zur Förderung des Wohnungsbaues, der Landeskultur und der Landeswohlfahrtspflege.
3. Telegramm des Landesausschusses in Birkenfeld, betr. Zurückstellung des Notariats.

Darauf trat man in die Tagesordnung:

1. Bericht des Petitionsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für den Freistaat Oldenburg, betr. die zeitweilige Aufhebung der einseitigen Rechte auf Ablösung von Naturalberechtigungen und Naturaldiensten. 1. Lesung. (Anlage 64.)

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

2. Bericht des Petitionsausschusses zu der Eingabe des Kolonisten H. Sudhoy aus Hespensbusch sowie weiterer 24 Unterschriften und Stellungnahme des Landtages zu den hohen Preisen für die Benutzung der Staatsweide in Hespensbusch.

Der Abg. Hollmann stellt folgenden Verbesserungsantrag:

Ich beantrage, der Landtag wolle die Eingabe der Kolonisten aus Hespensbusch der Regierung zur Prüfung überweisen, welcher angenommen wird.



**3. Bericht des Petitionsausschusses zu der Eingabe des Hausmanns August Cordes in Vardenfleth, betr. Brandschaden.**

Der Abg. Raschke stellt folgenden Verbesserungsantrag:

Der Landtag wolle beschließen, die Eingabe der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen.

Der Gegenstand 3 wird mit dem Verbesserungsantrag an den Ausschuß zurückverwiesen.

**4. Bericht des Finanzausschusses über die Eingabe der Gemeinde Wangerooze, betr. Gewährung einer Beihilfe zur Wiederherstellung des Wadeinventars.**

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

**5. Bericht des Finanzausschusses zur Vorlage der Staatsregierung, betr. Nachweisungen über den Geschäftsabluß der Landesfleischstelle pro 1919 sowie Zuschuß an die Landwirtschaftskammer zur Errichtung eines Tierseuchen-Laboratoriums und zur Aufnahme eines großen Landfilms. (Anlage 14.)**

Die Anträge 1 und 2 des Ausschusses werden angenommen.

**6. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für den Freistaat Oldenburg, betr. die Ausübung des Volksvorschlagsrechts und der Volksabstimmung. 1. Lesung. (Anlage 38.)**

Antrag 1 wird angenommen. Antrag 2 des Ausschusses wird mit 24 gegen 13 Stimmen abgelehnt. Antrag 3 ist damit angenommen.

Antrag 4 wird angenommen.

Antrag 5 wird abgelehnt.

Antrag 6 wird angenommen.

Die Anträge 7 und 8 werden abgelehnt, dadurch wird Antrag 9 angenommen.

Antrag 10 wird abgelehnt, wodurch Antrag 11 angenommen wird.

Zum Antrag 12 stellt Abg. Lohse einen Verbesserungsantrag folgenden Inhalts:

Zwischen den Worten „kann der“ und „mit der Prüfung“ einzufügen „Gemeindevorstand oder der von ihm“.

Antrag 12 und der Verbesserungsantrag werden angenommen.

Antrag 13 wird angenommen.

Antrag 14 wird abgelehnt, damit ist der Antrag 15 angenommen.

Antrag 16 wird angenommen.

Antrag 17 wird in namentlicher Abstimmung mit 24 gegen 13 Stimmen abgelehnt, damit ist Antrag 18 angenommen.

Antrag 19 wird angenommen.

Die Anträge 20 bis 26 werden angenommen.

**7. Bericht des Ausschusses zur Prüfung der Vereinfachung und Verbilligung der Staatsverwaltung.**

Die Anträge 1 bis 8 werden angenommen.

Antrag 9 erhält folgende Fassung:

Bei eintretender Vakanz ist die Stelle der Hilfsbeamten des Forstmeisters mit einem Forstschreiber zu ersetzen.

Antrag 10 wird angenommen.

Antrag 11 wird zurückgezogen und dafür ein neuer Antrag 11 in folgender Fassung angenommen:

Das Staatsministerium wolle auf die Zusammenlegung der Katasterämter mit geringem Geschäftsumfange beim jedesmaligen Abgange eines höheren Vermessungsbeamten Bedacht nehmen.

Antrag 12 wird angenommen.

Zum Antrag 13 wird beantragt:

1. die Eingabe des Amtsvorstandes Butjadingen,
2. die Eingabe des Handelsvereins Nordenham und des Vereins der Arbeitgeber daselbst,
3. die Eingabe der Nordenhamer Bodenaktiengesellschaft und andere

für erledigt zu erklären.

**8. Bericht des Verwaltungsausschusses zu dem Entwurf eines Gesetzes für den Landesteil Lübbeck, betr. Aenderung des Gesetzes vom 12. März 1908, betr. Förderung der Rindviehzucht. 1. Lesung. (Anlage 72.)**

Der Antrag wird angenommen.

**9. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für den Freistaat Oldenburg, betr. Ausführung des Gesetzes zur Sicherung einer einheitlichen Regelung der Beamtensoldung. 1. Lesung. (Anlage 69.)**

Die Anträge 1 und 2 des Ausschusses werden angenommen.

**10. Bericht des Verwaltungsausschusses über den selbstständigen Antrag des Abg. Schmidt (Zetel), betr. Abbau der Seminare.**

Die Anträge 1 und 2 des Ausschusses werden angenommen.

**11. Bericht des Verwaltungsausschusses über den selbstständigen Antrag des Abg. Behrens, betr. die Aufhebung der Wirtschaftsabgabe.**

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

**12. Bericht des Verwaltungsausschusses zu der Eingabe des Rentners Leo Weiß in Gutin, betr. die wirtschaftliche Notlage der kleinen Rentner.**

Die Anträge 1 und 2 werden angenommen.

**13. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für den Landesteil Oldenburg, betr. die Bildung von Wohlfahrts- und Pflegeausschüssen. 1. Lesung. (Anlage 21.)**



Die Ausschlußanträge 1, 2, 3, 4, 5 bis 9 werden angenommen.

14. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf einer Notariatsordnung für den Freistaat Oldenburg. 1. Lesung. (Anlage 55.)

Der 14. Gegenstand wird von der Tagesordnung abgesetzt.

15. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Eingabe des Syzealdirektors Harders in Eutin.

Der Antrag 1 wird angenommen, wodurch Antrag 2 erledigt ist.

Die Punkte 16 und 17 sind zurückgestellt.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der 14. ordentlichen Sitzung der 3. Versammlung des II. Landtags des Freistaats Oldenburg am 21. April 1921, vormittags 10 Uhr.

Schröder.

Denis.





# Niederschrift

über

die Verhandlungen

der

## 3. Versammlung des II. Landtags des Freistaats Oldenburg.

### Vierzehnte Sitzung.

Oldenburg, den 21. April 1921, vormittags 10 Uhr.

Vorsitzender: Präsident Schröder.

Der Präsident eröffnet die Sitzung um 10 Uhr vormittags.

Abg. Denis verliest das Protokoll der letzten Sitzung. Einwendungen werden nicht erhoben. Das Protokoll wird festgestellt.

Abg. Bartels verliest folgende Eingänge:

1. Eingabe des Stadtbürgermeisters in Idar, betr. Denkschrift über den Wohnungsbau der Stadt Idar im Jahre 1921.  
Finanzausschuß.
2. Eingabe des Vorstandes des Landeslehrervereins, betr. Entschliebung über die Besoldung der Volksschullehrer.  
Petitionsausschuß.
3. Eingabe des Edelsteinschleifereibesizers Otto Schaeffer in Idar, betr. Fertigstellung seines Wohnhauses.  
Petitionsausschuß.
4. Eingabe des Vereins der Holzwärter im Landesteil Oldenburg, betr. Verleihung der Zivilstaatsdiener-eigenschaft an die Holzwärter.  
Petitionsausschuß.
5. Eingabe des Wirteverbandes für die Provinz Lübeck, betr. Aufhebung der Wirtschaftsrefognition.  
Verwaltungsausschuß.

6. Eingabe des Stadtmagistrats Lohne, betr. Konzessionserteilung für die dortige Voklapothek.  
Verwaltungsausschuß.
7. Eingabe des Oldenburger Städteverbandes zum Landessteuergesetzentwurf.  
Verwaltungsausschuß.
8. Vorlage 89 des Staatsministeriums über den Gesetzentwurf, betr. Aenderung des Gesetzes vom 4. März 1920 für den Landesteil Oldenburg, betr. Ausführung des Reichsiedlungsgesetzes.  
Verwaltungsausschuß.
9. Eingabe des Arbeitsausschusses der Berufsorganisation der Hausfrauen in Oldenburg-Ostfriesland, betr. Anerkennung der Berufsorganisation der Hausfrauen in Oldenburg.  
Petitionsausschuß.
10. Eingabe der Lehrer an den Mittelschulen, betr. ihre Einstufung in die Besoldungsordnung.  
Petitionsausschuß.
11. Eingabe der selbständigen Barbieri und Friseure in den Aemtern Brake, Butjadingen und Esfleth, betr. Regelung ihrer Geschäftszeit an Sonn- und Festtagen.  
Petitionsausschuß.

12. Eingabe der Mitglieder des katholischen Oberschulkollegiums, betr. Erhöhung ihrer Vergütung.  
Finanzausschuß.
13. Vorlage 90 des Staatsministeriums, betr. Herstellung einer Kanalisationsanlage für das Seminargebäude in Barel.  
Finanzausschuß.
14. Vorlage 92 des Staatsministeriums über den Gesetzentwurf für den Landesteil Lübeck, betr. Aenderung des Gesetzes vom 5. März 1900, betr. Erhebung einer Kurtaxe in Niendorf usw. und Bildung eines Ostseebäderfonds.  
Verwaltungsausschuß.
15. Eingabe des nebenamtlich katholischen Kreischulinspektors Thome in Selbach, betr. seine Vergütung.  
Petitionsausschuß.
16. Eingabe des Deutschen Landarbeiterverbandes Gau 24 Freistaat Oldenburg, betr. Schadenersatzansprüche der Schwaneburger Kolonisten wegen der Ueberschwemmung daselbst.  
Petitionsausschuß.
17. Eingabe des Amtsboten und Gerichtsvollziehergehilfen Bäumler in Bürgerfeld, betr. Verleihung der Zivilstaatsdienereigenschaft.  
Petitionsausschuß.
18. Eingabe des Landwirts Heinrich Herzog in Sandel, betr. Bewilligung einer Beihilfe zum Wiederaufbau seiner Gebäude.  
Petitionsausschuß.

Der Präsident gibt folgende Eingänge bekannt:

1. Eingabe des Joh. H. Otten in Garrel, betr. Entzweigung von Ackerland.

Die Eingabe wird dem Verwaltungsausschuß überwiesen.

2. Förmliche Anfrage der Abgeordneten Fröhle, Meyer und Willenborg folgenden Inhalts:

Was gedenkt die Staatsregierung zu tun, um ihre Wirtschaftspläne hinsichtlich der Getreidebewirtschaftung für das neue Wirtschaftsjahr, die von weitesten Kreisen gutgeheißen, in ihrem Sinne gegenüber den in Berlin in Aussicht genommenen durchzuführen.

Diese förmliche Anfrage soll auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung gesetzt werden.

3. Selbständiger Antrag der Abgg. Zehetmair und Hartong (Wirkenfeld):

Wir beantragen:

Der Landtag wolle für 1921 den zu § 89 des Voranschlags des Landesteils Wirkenfeld zur Förderung des Wohnungsbaues zur Verfügung gestellten Betrag von 1,6 Millionen Mark auf 4,8 Millionen Mark erhöhen und einwilligen, daß dieser erhöhte Betrag im Voranschlag unter Einnahmen aus Anleihen vorgesehen wird.

Die Begründung des Antrages erfolgt mündlich.

Der Präsident hat diesen Antrag schon auf die heutige Tagesordnung gesetzt. Der Landtag ist einverstanden.

4. Dringlicher Antrag des Abg. Zimmermann:

Die Fraktion der U. S. P. des Oldenburger Landtags stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

Der Landtag ersucht das Staatsministerium, bei der Reichsregierung darauf hinzuwirken, daß die auf Grund des Art. 48 der Reichsverfassung vom Reichspräsidenten erlassenen Verordnung vom 28. März 1921 über die Bildung außerordentlicher Gerichte, außer Kraft gesetzt werden:

1. vom 24. bis 26. März 1921 für den Bezirk Kreis Hamburg,
2. vom 24. März 1921 für die Provinz Sachsen,
3. vom 29. März 1921 für die Regierungsbezirke Düsseldorf, Arnberg und Münster.

Abg. Zimmermann erhält das Wort zur Begründung der Dringlichkeit seines Antrages.

Die Dringlichkeit wird von der Mehrheit des Landtags verneint.

Der Landtag ist mit dem Vorschlage des Präsidenten einverstanden, den Antrag Zimmermann nach Erledigung der Tagesordnung zur Beratung zu stellen.

Es wird sodann in die Beratung der Tagesordnung eingetreten.

1. Bericht des Petitionsausschusses über die Eingabe des Vereins Oldenburgischer Förster, Ortsgruppe Oldenburg und Gutin.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

2. Bericht des Petitionsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes, betr. Aenderung des Stempelsteuergesetzes für das Herzogtum Oldenburg vom 12. Mai 1906, für das Fürstentum Wirkenfeld vom 14. Mai 1908 und für das Fürstentum Lübeck vom 11. Januar 1910. 1. Lesung. (Anlage 60.)

Der Abg. Lohse stellt folgenden Verbesserungsantrag:

Die drei Gesetzentwürfe mit folgenden Aenderungen anzunehmen:

1. Im Art. I Ziffer 1 wird die Zahl 400 durch die Zahl 200 ersetzt.
2. Art. I Ziffer 4 wird gestrichen.
3. Art. I Ziffer 5 erhält folgenden Wortlaut:

Der § 9 des Gesetzes wird geändert wie folgt:

Die auf Uebertragung des Eigentums an einem im Schiffsregister eingetragenen Schiffe gerichteten Verträge, sowie der Beschluß, durch welchen ein Zwangsversteigerungsverfahren über ein solches Schiff der Zuschlag erteilt wird, unterliegen einem Steuersatze von 3 vom Hundert des Wertes des Schiffes.

4. Art. I Ziffer 9 Abs. 2b wird wie folgt geändert: Die Ausschließung der Erteilung des Briefes über eine Hypothek, Grundschuld oder Rentenschuld nachträglich aufgehoben wird.



5. Art. I Ziffer 10 wird gestrichen.

6. Art. I Ziffer 11 wird wie folgt gefaßt:

Im § 22 werden in Ziffer 2 die Worte: „und die Aufhebung dieser Ausschließung“, ferner die Ziffern 3, 5 und 7 gestrichen.

7. Art. I Ziffer 13 wird gestrichen.

8. Im Art. III werden die Worte:

„am 1. April 1921“ durch die Worte  
„am 1. Juli 1921“ ersetzt.

Abg. Tanzen stellt den Antrag auf Zurückweisung des Entwurfs mit dem Verbesserungsantrag Lohse an den Petitionsausschuß.

Der Antrag Tanzen wird mit 19 gegen 15 Stimmen abgelehnt.

Abg. Lohse zieht seinen Antrag zurück und erklärt, ihn als zur 2. Lesung gestellt zu betrachten.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

Anträge zur 2. Lesung sind bis zum 22. April 10 Uhr einzureichen.

**3. Bericht des Petitionsausschusses zur Anlage 61 (Entwurf eines Gesetzes zur Abänderung des Gesetzes für den Freistaat Oldenburg vom 7. Juli 1919, betr. die Wahlen zum Landtage). 1. Lesung.**

Der Antrag 2 wird abgelehnt.

Der Antrag 1 wird angenommen.

Der Antrag 3 wird angenommen.

Der Antrag 5 wird abgelehnt.

Der Antrag 4 wird angenommen.

Der Antrag 6 wird angenommen.

Der Antrag 8 wird abgelehnt.

Der Antrag 7 wird angenommen.

Der Antrag 10 wird abgelehnt.

Der Antrag 9 wird angenommen.

Der Antrag 11 wird mit 23 Stimmen angenommen.

Die Anträge 12 und 13 werden angenommen.

Der Antrag 16 wird abgelehnt.

Der Antrag 15 wird abgelehnt.

Der Antrag 14 wird angenommen.

Der Antrag 17 wird abgelehnt. Damit wird Art. 20 als angenommen erklärt.

Der Antrag 19 wird abgelehnt.

Der Antrag 18 wird angenommen.

Der Antrag 21 wird abgelehnt.

Der Antrag 20 wird angenommen.

Der Antrag 23 wird angenommen. Damit ist Antrag 22 erledigt.

Anträge zur 2. Lesung sind bis 25. April 1921, morgens 10 Uhr, einzureichen.

**4. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf einer Notariatsordnung für den Freistaat Oldenburg. 1. Lesung. (Anlage 55.)**

Die Anträge 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9 werden angenommen.

Anträge zur 2. Lesung sind bis zum 25. April 1921, morgens 10 Uhr, einzureichen.

**5. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf einer Notariatsgebührenordnung. 1. Lesung. (Anl. 65.)**

Die Anträge 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10 und 11 werden angenommen.

Anträge zur 2. Lesung sind bis zum 25. April 1921, morgens 10 Uhr, einzureichen.

**6. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Ergänzungsgesetzes zum Landesbrandklassen-Feuerungsgesetz vom 12. August 1920. 1. Lesung. (Anl. 76.)**

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

Anträge zur 2. Lesung sind bis zum 22. April, morgens 10 Uhr, einzureichen.

**7. Bericht des Finanzausschusses über die Anlage 85.**

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

**8. Bericht des Finanzausschusses über das Schreiben des Staatsministeriums vom 1. März 1921, betr. ein Verzeichnis von an Staatsbeamte gewährten besonderen Vergütungen im Jahre 1921, nebst Nachfugen I u. II. (Anl. 71.)**

Der Antrag des Berichts wird angenommen.

Der Antrag der Nachfuge I wird angenommen.

Der Antrag der Nachfuge II wird angenommen.

Folgender Verbesserungsantrag des Regierungsvertreters:  
Ich beantrage die folgenden Änderungen des Verzeichnisses der an Staatsbeamte gewährten besonderen Vergütungen — Nebenanlage 71 —.

1.

Zu Nr. 11, 22 und 25 sind einzustellen als Grundbetrag 100—800, als Teuerungszuschlag 55—536 und als Summe 155—1336.

2.

Zu Nr. 23 wird die Bemerkung gestrichen und als Nr. 23a nachgefügt:

Bearbeitung von Volksschulangelegenheiten bei der Regierung Nr. 239 der früheren Besoldungsordnung, § 48 des Voranschlages. Grundbetrag 1000 M, Teuerungszuschlag 550 M, Summe 1550 M;

wird angenommen.

**9. Bericht des Finanzausschusses über die Eingabe des Amtsvorstandes des Amtsverbandes Westerstede, betr. Zuschuß zum Chauffeeumbau.**

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

**10. Bericht des Finanzausschusses zur Vorlage der Staatsregierung, betr. Neubau eines Aufseherdoppelhauses bei den Strafanstalten zu Bechta. (Anlage 73.)**

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

**11. Bericht des Finanzausschusses über die Eingabe des Oldenburger Städteverbandes.**

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

**12. Bericht des Petitionsausschusses über die Eingabe des Zentralverbandes der Schornsteinfegergesellen Deutschlands in Berlin.**

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

**13. Bericht des Petitionsausschusses zu dem selbständigen Antrag des Abg. Albers.**

Die Anträge 1 und 2 des Ausschusses werden angenommen.

**14. Bericht des Petitionsausschusses zu der Eingabe der Hauswarte.**

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

**15. Bericht des Petitionsausschusses zu der Eingabe der Landbeamtenvereinigung.**

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

**16. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für den Freistaat Oldenburg, betr. Ausführung des Gesetzes einer einheitlichen Regelung der Beamtenbesoldung. 2. Lesung. (Anlage 69.)**

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

**17. Bericht des Verwaltungsausschusses zu dem Entwurf eines Gesetzes für den Landesteil Lübbeck, betr. Aenderung des Gesetzes vom 12. März 1908, betr. Förderung der Rindviehzucht. 2. Lesung. (Anlage 72.)**

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

**18. Neuwahl der Beisitzer und Stellvertreter des Staatsgerichtshofes.**

Dem Vorschlage des Präsidenten, durch Zuzuf zu wählen, stimmen sämtliche Abgeordnete zu.

Es werden gewählt:

a) Beisitzer:

Ziegeleibesitzer Schmidt (Zetel),  
Bürgermeister Jordan (Delmenhorst),  
Apotheker König (Lönning),  
Geh. Justizrat Ostendorf (Wecta),  
Oberlandesgerichtsrat Ramsauer (Oldenburg),  
Landgerichtsrat Dr. Klusmann (Oldenburg),

b) Stellvertreter:

Banndirektor Murken (Oldenburg),  
Kaufmann Behrens (Eversten),  
Schlossermeister Raschke (Rüstringen),  
Oberlandesgerichtsrat Hoyer (Oldenburg),  
Oberamtsrichter Dr. Cordes (Cloppenburg),  
Landgerichtsrat Woge (Oldenburg).

**19. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes zur Abänderung der Gemeindeordnung für den Landesteil Oldenburg. 2. Lesung. (Anlage 19.)**

Der Antrag 1 wird angenommen. Damit ist Antrag 2 erledigt.

Der Präsident erklärt die Anträge des Berichts, die eine Wiederholung der Beschlüsse der 1. Lesung im einzelnen bedeuten, zu übergeben, da sie zusammengefaßt im Antrag auf Annahme des Geszentwurfs im Ganzen enthalten sind.

Der Antrag 5 wird abgelehnt.

Der Antrag 6 wird abgelehnt.

Der Antrag 7 wird angenommen.

Der Antrag 8 wird abgelehnt.

Der Antrag 9 wird abgelehnt.

Der Antrag 10 wird angenommen.

Der Antrag 13 wird angenommen.

Der Antrag 17 wird angenommen.

Der Antrag 21 wird abgelehnt.

Der Antrag 22 wird abgelehnt.

Der Antrag 23 wird angenommen.

Der Antrag 25 wird angenommen mit der Aenderung, daß die Zahl 33 durch 53 ersetzt wird.

Der Antrag 27 wird abgelehnt.

Der Antrag 28 wird abgelehnt.

Der Antrag 29 wird abgelehnt.

Der Antrag 32 wird abgelehnt.

Der Antrag 34 wird abgelehnt.

Der Antrag 35 wird abgelehnt.

Der Antrag 36 wird angenommen.

Der Antrag 37 wird abgelehnt.

Der Antrag 38 wird abgelehnt.

Der Antrag 40 wird abgelehnt.

Der Antrag 41 wird abgelehnt.

Der Antrag 42 wird angenommen.

Der Antrag 43 wird abgelehnt.

Der Antrag 46 wird angenommen.

Der Antrag 47 wird angenommen.

Der Antrag 50 wird angenommen.

Der Antrag 53 wird abgelehnt.

Durch diese Ablehnung wird der Antrag des Staatsministeriums zu den Anträgen 117, 118, 119 usw. als angenommen erklärt.

Der Antrag 56 wird abgelehnt.

Der Antrag 57 wird mit Stimmgleichheit, 20 : 20, abgelehnt. Die Abstimmung soll in der nächsten Sitzung wiederholt werden. Die Abstimmung über Antrag 61 kann dann auch erst erfolgen.

Der Antrag 62 wird angenommen.

**20. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für den Freistaat Oldenburg, betr. die Ausübung des Volksvorschlagsrechts und der Volksabstimmung. 2. Lesung. (Anl. 38.)**

Der Antrag 4 wird angenommen. Damit sind die Anträge 2 und 3 erledigt.

Die Anträge 1, 5 und 6 werden angenommen.

**21. Bericht des Verwaltungsausschusses zum Entwurf eines Gesetzes betr. das Rechtsmittelverfahren in Zuwachssteuerfällen. 1. Lesung. (Anl. 87.)**

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

Anträge zur 2. Lesung sind bis zum 25. April 1921, morgens 10 Uhr, einzureichen.





22. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Anlage 86.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

23. Bericht des Finanzausschusses über die Anlage 66, betr. die Bewilligung einer Beihilfe an die Lemwerder Verlatacht und die Lemwerder-Deichhauser Verlatacht zu den Kosten für die Anlegung von Zuwässerungsgräben bis zum Höchstbetrage von 30000 Mark.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

24. Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betr. den Ankauf einer Baracke und Aufbau derselben auf dem Welper Moor bei Bechta. (Anlage 74.)

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

25. Bericht des Finanzausschusses über den Antrag der Staatsregierung, betr. § 329 k des Voranschlags 1920.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

26. Bericht des Finanzausschusses zu der Vorlage des Staatsministeriums, betr. Krongutsklassenrechnungsergebnis der Landesteile Lübeck und Birkenfeld. (Anl. 80.)

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

27. Bericht des Finanzausschusses über den Gesetzentwurf, betr. Erhebung einer Steuer zur Förderung des Wohnungsbaues, der Landeskultur und der Landeswohlfahrtspflege. 1. Lesung. (Anl. 88.)

Die Beratung wird durch eine Mittagspause von 2 bis 5 Uhr unterbrochen.

Der Antrag 1 wird abgelehnt.

Die Anträge 2, 3 und 4 werden angenommen.

Der Antrag 5 wird angenommen.

Anträge zur 2. Lesung sind bis zum 25. April 1921, morgens 10 Uhr, einzureichen.

28. Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage des Staatsministeriums, betr. Grundsätze für die Berechnung der staatlichen Zuschüsse zu den höheren Schulen, höheren Bürger- und Mädchenschulen und Mittelschulen der Gemeinden. (Anl. 81.)

Der Antrag 1 wird abgelehnt.

Die Anträge 2 und 3 werden angenommen.

29. Bericht des Finanzausschusses über den selbständigen Antrag der Abgeordneten Beheimair und Hartong (Birkenfeld), betr. die Förderung des Wohnungsbaues.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

30. Bericht des Petitionsausschusses zu der Eingabe der Witwe G. Wehage in Essen, Oldbg., betr. Brandschaden.

Abg. Lohse stellt folgenden Verbesserungsantrag:

Die Eingabe der Witwe Wehage in Essen der Staatsregierung zur Prüfung zu überweisen.

Der Verbesserungsantrag Lohse wird angenommen. Damit ist der Ausschußantrag erledigt.

Niederschrift. II. Landtag, 3. Versammlung.

31. Bericht des Petitionsausschusses über die Eingabe des Arbeiters August Wilks, Eckwarderdeich.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

32. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Anlage 78.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

33. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Naturalrentengesetzes für den Landesteil Oldenburg. 1. Lesung. (Anl. 46.)

Die Anträge 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8 und 9 werden angenommen.

Anträge zur 2. Lesung sind bis zum 22. April, morgens 10 Uhr, einzureichen.

Die Tagesordnung ist erschöpft.

Der Präsident gibt noch folgende Eingänge bekannt:

1. Dringlichkeitsantrag des Abg. Hug:

Ich beantrage: Der Landtag wolle beschließen, das Ministerium zu ersuchen, den Termin der nächsten Gemeinderatswahlen in die Herbstzeit wie früher in den Monat November zu verlegen.

2. Selbständiger Antrag der Abg. Bartels, Ketelhohn, Dohm, Wichmann:

Wir beantragen:

Der Landtag wolle für 1921 den zu § 86 des Voranschlags des Landesteils Lübeck zur Förderung des Wohnungsbaues zur Verfügung gestellten Betrag von 1,4 Millionen Mark auf 1,75 Millionen Mark erhöhen und einwilligen, daß dieser erhöhte Betrag im Voranschlag unter Einnahmen aus Anleihen vorgesehen wird.

Der Landtag wolle das Staatsministerium ersuchen, bei der Verteilung der Beihilfedarlehen solche Fälle zu bevorzugen, in denen die Gemeinde einen höheren als den vorgeschriebenen Zuschuß bewilligt, so daß staatliche Mittel für weitere Wohnungsbauten frei werden.

Der Antrag wird dem Plenum überwiesen.

3. Selbständiger Antrag des Abg. Dohm:

Ich beantrage:

Der Landtag wolle folgendem Gesetzentwurf seine Zustimmung erteilen:

Einziger Artikel.

Das Staatsministerium wird ermächtigt, im Wege der Verordnung Bestimmungen des Gesetzes für den Landesteil Oldenburg vom 9. April 1897/4. April 1907, betr. die Förderung der Pferdezucht für den Landesteil Lübeck für anwendbar zu erklären und die entgegenstehenden Vorschriften des Gesetzes für den Landesteil Lübeck vom 18. Januar 1902, betr. die Förderung der Pferdezucht, außer Kraft zu setzen.

Der Antrag wird dem Verwaltungsausschuß überwiesen.

4. Eingabe des Kammerdieners Menge (Oldenburg),  
betr. Beihilfe.

Die Eingabe wird dem Petitionsausschuß über-  
wiesen.

Der Präsident schlägt vor jetzt den selbständigen An-  
trag Zimmermann und auch gleich den Dringlichkeitsan-  
trag Hug zu beraten. Der Landtag ist einverstanden.

Der selbständige Antrag Zimmermann wird abgelehnt.

Der Dringlichkeitsantrag Hug wird in namentlicher  
Abstimmung mit 17 gegen 13 Stimmen angenommen.

Dafür stimmten die Abgeordneten: Albers, Bartels,  
Behrens, Dörr, Hartong (Virkensfeld), Hasckamp,  
Hennecke, Heitmann, Hug, Kaper (Ellenserdamm),  
Kettelhohn, Meyer, Svenson, Tanzen, Willenborg,  
Zehetmair, Zimmermann.

Dagegen stimmten: Behlen, Dohm, Fröhle, Har-  
ries, Hollmann, Kaper (Burmeide), Lohse, Müller,  
Murken, Nieberg, Schröder, Unkelbach, Wichmann.

(Schluß der Sitzung um 7 Uhr.)

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der 15. ordentlichen Sitzung der 3. Versammlung des II. Landtags  
des Freistaats Oldenburg am 27. April 1921, vormittags 10 Uhr.

**Schröder.**

**Bartels.**





# Niederschrift

über

## die Verhandlungen

der

### 3. Versammlung des II. Landtags des Freistaats Oldenburg.

#### Fünfzehnte Sitzung.

Oldenburg, den 27. April 1921, vormittags 10 Uhr.

Vorsitzender: Präsident Schröder.

Um 10 Uhr eröffnet Präsident Schröder die Sitzung. Abg. Bartels verliest das Protokoll der letzten Sitzung. Einwendungen werden nicht gemacht.

Abg. Nieberg verliest die Eingänge:

1. Vorlage 93 des Staatsministeriums, betr. Uebersicht über die planmäßigen Beamten.  
Finanzausschuß.
2. Vorlage 94 des Staatsministeriums über den Entwurf einer Urkunde über die Verleihung des Bergwerkseigentums zur Auffuchung von Eisenerzen und Steinkohlen in den Gemeinden Damme, Holdorf und Neuenkirchen an die Aktiengesellschaft Heder Hütte in Groß-Isede.  
Verwaltungsausschuß.
3. Eingabe des Kreis Schulinspektors der kath. Schulen im Landesteil Lüneburg, betr. seine Vergütung als Mitglied der Regierung.  
Finanzausschuß.
4. Bericht des Oldenburger Landbundes, e. V., betr. Lieferung von Erzeugnissen der Landwirtschaft zu billigen Preisen.  
Kenntnis genommen.
5. Eingabe des Oberamtsrichters Dr. Berhusen in Vechta, betr. Vergütung der Mitglieder des katholischen Oberschulkollegiums.  
In Gemäßheit des § 63 der Geschäftsordnung zurückgesandt.

6. Vorlage 95 des Staatsministeriums über den Gesetzentwurf für den Freistaat Oldenburg wegen Aufnahme von Anleihen.  
Finanzausschuß.

Der Präsident gibt Mitteilung vom Eingang einer förmlichen Anfrage des Abg. Hug:

Ist das Staatsministerium bereit, darüber Auskunft zu geben, ob die Zeitungsmeldung richtig ist, daß das Staatsministerium seine bisherige Stellung zur Drageschorganisation geändert hat?

Wenn ja, was das Staatsministerium dazu veranlaßt hat?

und eines Antrags der Abgeordneten aus dem Landesteil Birkenfeld, betr. Förderung des Wohnungsbaues:

Ich beantrage, der Landtag wolle beschließen, dem nachstehenden Gesetzentwurf seine verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen:

#### Entwurf

eines Gesetzes für den Landesteil Birkenfeld, betr. die Erhebung eines Zuschlages zur staatlichen Gebäudesteuer zwecks Förderung des Wohnungsbaues.

#### § 1.

Zur Deckung des Aufwandes des Landesteils zur Förderung des Wohnungsbaues wird in den Steuerjahren 1921 bis einschließlich 1924 ein Zuschlag zur staatlichen Gebäudesteuer in Höhe des 18fachen der vollen Steuer erhoben.



## § 2.

Der Zuschlag darf nur von solchen Gebäuden erhoben werden, die vor dem 1. Juli 1918 fertiggestellt sind.

## § 3.

Eine Befreiung von dem Zuschlage oder ein teilweiser Erlass oder eine Rückerstattung der Steuer kann erfolgen bei Vorliegen besonderer Billigkeitsgründe. Solche sind insbesondere anzunehmen, wenn der Steuerpflichtige ein niedriges Einkommen hat oder infolge großer Kinderzahl oder Krankheit in seinem Haushalt eine im Verhältnis zu seinem Einkommen teure Wohnung haben muß, oder wenn Gebäude durch Brand oder andere Unglücksfälle ganz oder teilweise zerstört werden, oder wenn Gebäude oder Gebäudeteile, die wirtschaftlichen Zwecken zu dienen bestimmt sind, infolge der Einstellung oder Einschränkung des Betriebes nicht mehr voll ausgenutzt werden.

Die Entscheidung erfolgt durch die Regierung. und eines Antrages der Abgeordneten aus dem Landesteil Lübeck, betr. Förderung des Wohnungsbaues:

Wir beantragen, der Landtag wolle dem nachstehenden Gesetzentwurf seine Zustimmung erteilen:

## Entwurf

eines Gesetzes für den Landesteil Lübeck, betr. die Erhebung eines Zuschlages zur staatlichen Gebäudesteuer zwecks Förderung des Wohnungsbaues.

## § 1.

Zur Deckung des Aufwandes des Landesteils zur Förderung des Wohnungsbaues wird in den Steuerjahren 1921 und 1922 ein Zuschlag zur staatlichen Gebäudesteuer in Höhe des 12fachen der vollen Steuer erhoben.

## § 2.

Der Zuschlag darf nur von solchen Gebäuden erhoben werden, die vor dem 1. Juli 1918 fertiggestellt sind.

## § 3.

Eine Befreiung von dem Zuschlage oder ein teilweiser Erlass oder eine Rückerstattung der Steuer kann erfolgen bei Vorliegen besonderer Billigkeitsgründe. Solche sind insbesondere anzunehmen, wenn der Steuerpflichtige ein niedriges Einkommen hat oder infolge großer Kinderzahl oder Krankheit in seinem Haushalt eine im Verhältnis zu seinem Einkommen teure Wohnung haben muß, oder wenn Gebäude durch Brand oder andere Unglücksfälle ganz oder teilweise zerstört werden, oder wenn Gebäude oder Gebäudeteile, die wirtschaftlichen Zwecken zu dienen bestimmt sind, infolge der Einstellung oder Einschränkung des Betriebes nicht mehr voll ausgenutzt werden.

Die Entscheidung erfolgt durch die Regierung.

Es wird in die Tagesordnung eingetreten:

### 1. Bericht des Petitionsausschusses über die Eingabe des Touristenvereins „Die Naturfreunde“, Rüsstringen.

Der Ausschufantrag wird angenommen.

### 2. Bericht des Petitionsausschusses zu der Eingabe des Otto Schäfer in Idar-Oberstein, betr. Baukostenzuschuß.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

### 3. Bericht des Petitionsausschusses über die Eingabe des Kolonisten Georg Decker in Norderseefeld.

Der Ausschufantrag wird angenommen.

### 4. Bericht des Petitionsausschusses über den Bericht desselben Ausschusses zu der Eingabe des Hausmanns August Cordes in Vardenfleth, betr. Brandschaden.

Die Ausschufanträge im ersten Bericht werden angenommen.

Der Ausschufantrag im zweiten Bericht gelangt mit folgendem Verbesserungsantrag zur Annahme:

Zwischen den Worten „Anträge“ und „schon“ das Wort „möglichst“ einzufügen.

### 5. Bericht des Petitionsausschusses zu der Eingabe der Rechtsanwälte Dr. Meyer, Ehlermann und Jaspers in Sachen der Pensionsansprüche der Hofbediensteten und deren Hinterbliebene.

Der Ausschufantrag wird angenommen.

### 6. Bericht des Petitionsausschusses zur Anlage 63, betr. den Entwurf eines Gesetzes für den Freistaat Oldenburg wegen Abänderung des Beamtendienstleistungsgesetzes vom 11. 8. 1920. 1. Lesung.

Die Anträge 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11 des Ausschusses werden angenommen.

Der Antrag 12 wird abgelehnt.

Die Anträge 13, 14 und 15 werden angenommen.

Anträge zur 2. Lesung sind bis zum 28. April, vormittags 10 Uhr zu stellen.

### 7. Abstimmung zur 2. Lesung der Gemeindeordnung, Antrag Fröhle. (Anlage 19.)

Der Antrag 57 des Ausschusses wird mit 23 gegen 18 Stimmen abgelehnt.

Der Antrag 61 wird angenommen.

### 8. Bericht des Finanzausschusses über den Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben des Siedlungsamts für den Landesteil Oldenburg für das Jahr 1921. (Anlage 49.)

Die Ausschufanträge werden angenommen.

Die Gegenstände 9 und 10 der Tagesordnung, Bericht über die Anlage 31 und Bericht über die Anlage 44, werden abgesetzt.

### 11. Selbständiger Antrag der Abgg. Bartels, Ketelhohn, Dohm, Wichmann.

Der Antrag wird angenommen.

### 12. Förmliche Anfrage der Abgg. Fröhle, Meyer und Willenborg.

Abg. Meyer begründet die förmliche Anfrage (siehe Stenogramm).

Der Ministerpräsident beantwortet die Interpellation (siehe Stenogramm).

Auf Antrag des Abg. Meyer findet Besprechung der förmlichen Anfrage statt.





13. Bericht des Petitionsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für den Freistaat Oldenburg zur Bildung von Ausschüssen für den evangelischen Religionsunterricht an öffentlichen Schulen. 1. Lesung. (Anlage 82.)

Die Ausschußanträge werden angenommen.

Anträge zur 2. Lesung sind bis zum 27. April, abends 7 Uhr zu stellen.

14. Bericht des Petitionsausschusses zu dem Entwurf eines Gesetzes vom 27. April 1858, betr. Zusammenlegung von Grundstücken (Verkoppelung) in der Fassung des Abänderungsgesetzes vom 8. April 1897. 1. Lesung. (Anlage 84.)

Der Antrag 1 des Ausschusses wird abgelehnt, Antrag 2 angenommen.

15. Bericht des Petitionsausschusses über den Entwurf eines Volksschullehrerdienststeuergesetzes für den Freistaat Oldenburg. 1. Lesung. (Anlage 59.)

Die Ausschußanträge werden angenommen

Weiter wird folgender Regierungsantrag angenommen:

Der Landtag wolle die durch Ausführung des Gesetzes entstehenden Mehrausgaben bei den betreffenden Positionen der Voranschläge der drei Landesteile für 1920 und 1921 zur Verfügung stellen.

Anträge zur 2. Lesung sind bis zum 28. April, vormittags 10 Uhr zu stellen.

16. Bericht des Petitionsausschusses zu der Eingabe der Handarbeitslehrerinnen des Landesteils Birkenfeld, betr. Besoldungsregelung.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

17. Bericht des Petitionsausschusses zu den Eingaben des N. H. Meyer-Holthaus und der Zellerin Witwe Hobein sowie des Zellers Jos. Wilking aus Calshorn um Abpfarrung von der Kirchengemeinde Effen oder Bevern.

Der Ausschußantrag wird angenommen.

18. Bericht des Petitionsausschusses über die Eingabe

des nebenamtlichen katholischen Kreisschulinspektors Thome im Landesteil Birkenfeld.

Hierbei verhandelt der Landtag zugleich die Eingabe des Kreisschulinspektors der katholischen Schulen im Landesteil Lüneburg, betr. seine Vergütung als Mitglied der Regierung.

Die Ausschußanträge werden angenommen.

19. Bericht des Petitionsausschusses über die Eingabe des Arbeitsausschusses der Berufsorganisation der Hausfrauenvereine in Oldenburg und Ostfriesland.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

20. Bericht des Verwaltungsausschusses zum Entwurf eines Gesetzes, betr. das Rechtsmittelverfahren in Zuwachssteuersachen. 2. Lesung.

Der Ausschußantrag gelangt zur Annahme.

21. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Ergänzungsgesetzes zum Landesbrandklassenteuergesetz. 2. Lesung.

Der Ausschußantrag wird angenommen.

22. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Naturalrentengesetzes für den Landesteil Oldenburg. 2. Lesung.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

23. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Eingabe des Gemeindevorstandes Damme, betr. Regelung der Verteilung der Hand- und Spanndienste auf den Gemeindegewegen nach Wegebezirken.

Der Ausschußantrag wird angenommen.

24. Bericht des Verwaltungsausschusses zum Entwurf eines Staatsvertrages, betr. den Uebergang der Wasserstraßen von den Ländern auf das Reich. (Anlage 79.)

Der Ausschußantrag gelangt zur Annahme.

Schluß der Sitzung 1 Uhr. Nächste Sitzung am 28. April, nachmittags 4 Uhr.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der 16. ordentlichen Sitzung der 3. Versammlung des II. Landtags des Freistaats Oldenburg am 28. April 1921, nachmittags 4 Uhr.

Schröder.

Rieberg.



# Niederschrift

über

die Verhandlungen

der

## 3. Versammlung des II. Landtags des Freistaats Oldenburg.

### Sechzehnte Sitzung.

Oldenburg, den 28. April 1921, nachmittags 4 Uhr.

Vorsitzender: Präsident Schröder.

Der Präsident eröffnet um 4 Uhr die Sitzung. Abg. Nieberg verliest das Protokoll. Einwendungen werden nicht erhoben. Darauf trat man in die Tagesordnung ein.

1. Bericht des Finanzausschusses über den Gesetzentwurf, betr. Erhebung einer Steuer zur Förderung des Wohnungsbaues, der Landeskultur und der Wohlfahrtspflege. 2. Lesung. (Anl. 88.)

Der Antrag 2 wird angenommen, wodurch Antrag 1 erledigt ist. Antrag 4 wird angenommen, wodurch Antrag 3 erledigt ist. Antrag 5 wird angenommen.

2. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für den Landesteil Oldenburg, betr. die Bildung von Wohlfahrts- und Pflegeausschüssen. 1. Lesung. (Anl. 21.)

Der Antrag 1 wird angenommen. Antrag 3 wird angenommen, wodurch Antrag 4 erledigt ist. Dem Antrag 6 wird vom Ausschuss eine neue Fassung gegeben:

Annahme des § 5 nach dem Beschluß erster Lesung unter Ersetzung der Worte „ein Mitglied des Gemeindevorstandes oder des Stadtmagistrats“ durch die Worte „der Gemeindevorsteher, ein Beigeordneter oder ein Mitglied des Stadtmagistrats“.

Die Staatsregierung stellt zu dem veränderten Antrag des Ausschusses einen Verbesserungsantrag folgenden Inhalts:

Ich beantrage, dem § 5, Satz 2, folgende Fassung zu geben:

Den Ausschüssen sollen angehören in den Landgemeinden der Gemeindevorsteher oder ein Beigeordneter, in den Stadtgemeinden ein Mitglied des Stadtmagistrats, ferner in allen Gemeinden Vertreter der an der Volkswohlfahrtspflege in besonderem Maße interessierten Organisationen, sowie sonst geeignete Personen.

Der Antrag der Staatsregierung wird angenommen. Die Anträge 2, 5, 7, 8—11 werden angenommen.

3. Bericht des Verwaltungsausschusses zu dem Entwurf eines Gesetzes für den Landesteil Lüneburg, betr. Änderung des Gesetzes vom 5. März 1900, betr. Erhebung einer Kurtaxe in Niendorf, Klein-Zimmendorferstrand, Scharbeutz und Haffkrug und betr. Bildung eines Ostseebäderfonds. 1. Lesung. (Anl. 92.)

Die Anträge 1 und 2 werden angenommen.

4. Bericht des Petitionsausschusses zur Anlage über den Entwurf eines Gemeindefullehrerdieneinsteuergesetzes für den Freistaat Oldenburg. 1. Lesung. (Anl. 83.)

Die Anträge 1—5 werden angenommen.

5. Bericht des Finanzausschusses über die Anlage 58.

Es wird der Antrag gestellt, Anlage 31 zugleich mit zu verhandeln.

Der Antrag wird angenommen.

Es wird weiter der Antrag gestellt, zunächst über die Anlage 58 abzustimmen.





Der Antrag wird von der Mehrheit angenommen.

Der Antrag 1 wird abgelehnt.

Der Antrag 2 wird abgelehnt.

Zum Antrag 3 wird namentliche Abstimmung beantragt.

Der Antrag 3 wird mit 24 gegen 23 Stimmen angenommen.

6. Bericht des Finanzausschusses über die Anlage 31.

Durch die Beschlußfassung über die Anlage 58 ist die Anlage 31 für erledigt erklärt.

7. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes zur Ausführung des Landessteuergesetzes. 1. Lesung. (Anlage 77. Gesetzblatt 1920, S. 402 ff.)

Der Antrag 1 wird angenommen.

Zum Antrag 2 stellt der Abg. Bartels einen Verbesserungsantrag folgenden Inhalts:

In § 2 Ziffer 1 letzten Absatz werden zwischen den Worten „fließen und nach“ die Worte „in den Landesteilen Oldenburg und Birkenfeld“ eingeschoben und folgender Satz nachgefügt:

Im Landesteil Lübeck bestimmt das Staatsministerium nach Anhörung von Regierung und Landesauschuß welche Bruchteile der Landeskasse und den Gemeindefassen zufließen.

Der Antrag wird bis zur 2. Lesung zurückgestellt.

Der Antrag 2 wird angenommen.

Der Antrag 3 wird abgelehnt.

Die Anträge 4 und 5 werden angenommen.

Der Antrag 6 wird abgelehnt.

Zum Antrag 7 stellt der Abg. Harries einen Verbesserungsantrag, der bis zur 2. Lesung zurückgezogen wird.

Der Antrag 7 wird abgelehnt.

Der Antrag 8 wird angenommen.

Der Antrag 9 wird abgelehnt, damit ist der Antrag 10 angenommen.

Die Anträge 11—14 werden angenommen.

Die übrigen Gegenstände werden auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung gesetzt.

(Schluß der Sitzung 7<sup>3</sup>/<sub>4</sub> Uhr.)

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der 17. ordentlichen Sitzung der 3. Versammlung des II. Landtags des Freistaats Oldenburg, am 29. April 1921, vormittags 11 Uhr.

Schröder.

Denis.



# Niederschrift

über

die Verhandlungen

der

## 3. Versammlung des II. Landtags des Freistaats Oldenburg.

### Siebzehnte Sitzung.

Oldenburg, den 29. April 1921, vormittags 11 Uhr.

Vorsitzender: Präsident Schröder.

Präsident Schröder eröffnet um 11 Uhr die Sitzung. Abg. Denis verliest das Protokoll der letzten Sitzung; Einwendungen gegen den Inhalt desselben werden nicht erhoben.

Darauf wird in die Tagesordnung eingetreten:

1. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für den Landesteil Oldenburg zur Abänderung des Gesetzes vom 4. März 1920, betr. Ausführung des Reichsfielungsgesetzes. 1. Lesung. (Anlage 89.)

Zu dem Ausschufantrag Nr. 1 ist von seiten des Ausschusses folgender Verbesserungsantrag eingegangen:

In der Fassung des Absatzes 2 des § 1 wird der folgende zweite Satz eingefügt:

„Die Eintragung dieses Vermerks hat die rechtliche Wirkung wie die Eintragung des Enteignungsvermerks nach Art. 23 des Enteignungsgesetzes vom 21. April 1897“.

Der Antrag 1 des Ausschusses gelangt in dieser abgeänderten Fassung zur Annahme.

Antrag 2 des Ausschusses wird angenommen.

Zu dem Ausschufantrag Nr. 3 ist von seiten des Ausschusses ein Verbesserungsantrag folgenden Wortlautes eingegangen:

Der einzufügende § 11a erhält die folgende Fassung:

„Die Höchstdauer des Wiederkaufsrechts gemäß § 20 des Reichsfielungsgesetzes vom 11. August 1919 wird auf 30 Jahre beschränkt“.

In dieser abgeänderten Form wird der Ausschufantrag Nr. 3 angenommen.

Der Antrag 4 des Ausschusses wird abgelehnt, Antrag 5 angenommen.

Anträge zur 2. Lesung sind bis zum 29. April, abends 7 Uhr zu stellen.

2. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Vorlage der Regierung über den Entwurf eines Gesetzes für den Landesteil Oldenburg, betr. Aenderung des Gesetzes für das Herzogtum Oldenburg vom 19. April 1899, betr. das Grunderbrecht. 1. Lesung. (Anlage 44.)

Der Ausschufantrag wird angenommen.

Anträge zur 2. Lesung sind bis zum 29. April, abends 7 Uhr einzureichen.

3. Bericht des Finanzausschusses zum selbständigen Antrag der Abgg. Dohm, Bartels, Ketelhohn und Wichmann über den Entwurf eines Gesetzes für den Landesteil Lübeck, betr. die Erhebung eines Zuschlages zur staatlichen Gebäudesteuer zwecks Förderung des Wohnungsbaues. 1. Lesung.

Der Ausschufantrag wird angenommen.

Anträge zur 2. Lesung sind bis zum 29. April, abends 7 Uhr einzureichen.

4. Bericht des Finanzausschusses über den selbständigen Antrag der Abgg. Hartong (Birkenfeld), Dörr und Zehetmair, betr. Entwurf eines Gesetzes für den Landesteil Birkenfeld, betr. die Erhebung eines Zuschlages zur staatlichen Gebäudesteuer zwecks Förderung des Wohnungsbaues.

Der Ausschufantrag gelangt zur Annahme.





Anträge zur 2. Lesung sind bis zum 29. April, abends 7 Uhr zu stellen.

Der nächste Gegenstand der Tagesordnung, Bericht des Finanzausschusses über die Anlage 93, wird abgelehnt.

6. Bericht des Finanzausschusses zur Vorlage der Staatsregierung, betr. Herstellung einer Kanalisationsanlage für das Seminargebäude in Barel. (Anlage 70.)

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

7. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Bittschrift des Stadtmagistrats Lohne an den Landtag, betr. Konzession für die Errichtung einer Vollapothek in der Stadt Lohne.

Die Ausschufanträge gelangen zur Annahme.

8. Bericht des Finanzausschusses über die Eingabe Edewecht, betr. Bereitstellung von Mitteln für Schulbauten. Der Ausschufantrag wird angenommen.

9. Bericht des Verwaltungsausschusses zur 2. Lesung des Entwurfs einer Notariatsordnung für den Freistaat Oldenburg. (Anlage 55.)

Der Antrag 1 des Ausschusses wird angenommen, Antrag 2 abgelehnt, Anträge 3 und 4 angenommen.

10. Bericht des Verwaltungsausschusses zur 2. Lesung des Entwurfs einer Notariatsgebührenordnung für den Freistaat Oldenburg. (Anlage 65.)

Die Ausschufanträge werden angenommen.

11. Bericht des Petitionsausschusses über die Eingabe des Kammerdieners a. D. Mengo, des Kammerlatais a. D. Langbehn, des Saaldieners Niemeyer, des Hoflatais a. D. Schäfer, betr. Gewährung einer Unterstützung.

Hierzu liegt folgender Verbesserungsantrag der Regierung vor:

Ich beantrage, der Landtag wolle beschließen, die Regierung zu ermächtigen, den Bittstellern im Rahmen der Grundsätze über die Regelung der Bezüge für die Hofbediensteten und deren Hinterbliebene einen Teuerungszuschlag zu den ihnen vom Herzog Georg Ludwig gezahlten Pensionen zu gewähren.

Der Verbesserungsantrag der Regierung wird angenommen, der Ausschufantrag ist damit erledigt.

12. Wahl der Mitglieder und Vertreter der Rentenfeststellungskommission.

Es werden gewählt:

Als Mitglieder:

Landwirt Richard Ulbers, Hafendorferlande, Landtagsabgeordneter Heinrich Kaper, Ellenferdamm, Zeller Gerhard Götting, Bethen b. Cloppenburg, Landwirt Robert Tanzen, Rodenkirchen.

Als Stellvertreter:

Landwirt Heinrich Ripken, Oberlethe, Gem. Wardenburg,

Landarbeiter Heinrich Rathmann, Bockhorn, Kolonist Franz Katecki, Nikolausdorf b. Cloppenburg, Hausmann D. Brüntjen, Ohrwege b. Westerstede.

13. Förmliche Anfrage des Abg. Hug, betr. Ortschaftsorganisation.

Abg. Hug begründet seine Anfrage.

Der Ministerpräsident beantwortet die Interpellation. Auf Antrag des Abg. Lohse findet Besprechung der förmlichen Anfrage statt.

14. Bericht des Finanzausschusses über den Gesetzentwurf für den Freistaat Oldenburg wegen Aufnahme von Anleihen. 1. Lesung. (Anlage 95.)

Der Ausschufantrag und ein von der Regierung eingereichter Verbesserungsantrag folgenden Wortlauts:

Ich beantrage, im § 1 Zeile 3 des Gesetzentwurfes zwischen die Worte „für“ und „1921“ einzuschließen „1920 und“.

werden angenommen.

Anträge zur 2. Lesung sind bis zum 29. April, abends 7 Uhr einzureichen.

15. Bericht des Verwaltungsausschusses zu dem selbstständigen Antrag Dohm.

Die Ausschufanträge werden angenommen.

Anträge zur 2. Lesung sind bis zum 29. April 1921, abends 7 Uhr einzureichen.

16. Bericht des Petitionsausschusses über die Eingabe der Schwester Brockmüller von der privaten höheren Mädchenschule in Hüfingen.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

17. Bericht des Petitionsausschusses über die Eingabe des Vorstandes der höheren Schulen, betr. Anrechnung von Dienstjahren und fünf weiteren Eingaben.

Der Ausschufantrag wird angenommen.

18. Bericht des Petitionsausschusses zu der Eingabe des Oldenburger Landbundes, betr. Brandschaden des Hinrich Herzog in Sandel.

Der Ausschufantrag wird angenommen.

19. Bericht des Petitionsausschusses zu Anlage 75. Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

20. Bericht des Petitionsausschusses zu der Eingabe des Verbandes der leitenden Baubeamten Preußens und des Ortskartells Birkenfeld des deutschen Beamtenbundes.

Der Ausschufantrag gelangt zur Annahme.

21. Bericht des Petitionsausschusses über die Eingabe des deutschen Landarbeiterverbandes.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

(Schluß der Sitzung 2 Uhr.)

Nächste Sitzung am 3. Mai, vormittags 9 Uhr.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der 18. ordentlichen Sitzung der 3. Versammlung des II. Landtags des Freistaats Oldenburg, am 3. Mai 1921, vormittags 9 Uhr.

Schröder.

Nieberg.

# Niederschrift

über

die Verhandlungen

der

## 3. Versammlung des II. Landtags des Freistaats Oldenburg.

### Achtzehnte Sitzung.

Oldenburg, den 3. Mai 1921, vormittags 9 Uhr.

Vorsitzender: Präsident Schröder.

Der Präsident Schröder eröffnet um 9 Uhr die Sitzung.

Abg. Nieberg verliest das Protokoll der letzten Sitzung. Einwendungen werden nicht erhoben.

Der Präsident gibt den Eingang einer Eingabe des Hauptlehrers Rudolf Dpiz in Griebelschied (Birkenfeld) bekannt, die noch ihre Erledigung finden soll. Der Präsident gibt bekannt, daß noch andere Gegenstände der Tagesordnung hinzugefügt werden sollen, sie werden nach Erledigung der aufgeführten Punkte bekannt gegeben.

Darauf tritt man in die Tagesordnung ein.

1. Bericht des Petitionsausschusses über die Eingabe der Barbier und Friseur aus den Aemtern Elsfleth, Brake und Butjadingen.

Der Ausschusantrag wird angenommen.

2. Bericht des Petitionsausschusses zu Anlage 61. 2. Lesung (Landtagswahlen.)

Antrag 1 wird angenommen.

Durch Annahme des Antrags 2 ist Antrag 3 erledigt.

Durch Annahme des Antrags 5 ist Antrag 4 erledigt.

3. Bericht des Petitionsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für den Landesteil Oldenburg, betr. Aenderung des Stempelsteuergesetzes für das Herzogtum Oldenburg vom 12. 5. 1906, für das Fürstentum Birkenfeld vom 14. 5. 1908 und für das Fürstentum Lüneburg vom 11. 1. 1910. 2. Lesung. (Anl. 60.)

Die Anträge 1 und 2 werden angenommen.

Die Anträge 3 bis 6 werden angenommen.

4. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für den Landesteil Oldenburg, betr. Aenderung des Gesetzes für das Herzogtum Oldenburg vom 17. April 1879, betr. Ausübung der Jagd. 2. Lesung. (Anlage 28.)

Der Ausschusantrag wird angenommen.

5. Mündlicher Bericht des Verwaltungsausschusses über die Eingabe des Zellers Heinrich Otten zu Garrel.

Antrag 2 wird abgelehnt.

Antrag 1 wird angenommen.

6. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Eingabe des Wirteverbandes für die Provinz Lüneburg um Aufhebung der Wirtschaftsabgabe.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

7. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf einer Urkunde, betr. Verleihung des Bergwerkseigentums an die Aktiengesellschaft Alfelder Hütte in Groß-Alfede. (Anlage 94.)

Die Ausschusanträge 1 und 2 werden angenommen.

8. Bericht des Petitionsausschusses zu dem Entwurf eines Gesetzes für den Landesteil Oldenburg zur Abänderung des Gesetzes vom 27. April 1858, betr. Zusammenlegung von Grundstücken (Verloppelung) in der Fassung des Ab-



Änderungsgesetzes vom 8. April 1897. 2. Lesung. (Anlage 84.)

Der Ausschußantrag wird angenommen.

9. Bericht des Petitionsausschusses über den Entwurf eines Volksschullehrerdienstlohnengesetzes für den Freistaat Oldenburg. 2. Lesung. (Anl. 59.)

Die Anträge 1 und 2 nebst einem nachgeführten Antrag 3 folgenden Inhalts:

Die Eingaben Abfl. S. 21, 58, 75, 188, 133, 159, 307 für erledigt zu erklären,

werden angenommen.

10. Bericht des Petitionsausschusses zum selbständigen Antrag des Abg. Murken. 1. Lesung.

Der Ausschußantrag wird angenommen.

11. Bericht des Petitionsausschusses zu Anlage 63. (Beamtenbefoldung.) 2. Lesung. (Anl. 63.)

Antrag 1 wird angenommen, wodurch Antrag 2 erledigt ist.

Antrag 3 wird angenommen, wodurch Antrag 4 erledigt ist.

Die Anträge 5, 6, 7, 8, 9 werden angenommen.

12. Bericht des Petitionsausschusses zur Anlage 83. (Gemeindeschullehrerdienstlohnengesetz.) 2. Lesung.

Die Anträge 1 und 2 werden angenommen.

13. Bericht zu Anlage 82. (Bildung von Ausschüssen für den evangelischen Religionsunterricht). 2. Lesung.

Zum Antrag 1 wird ein Verbesserungsantrag gestellt folgenden Inhalts:

In dem Antrage 21 des Ausschusses wird das Wort „darüber“ gestrichen.

Der Antrag 1 wird in der Fassung, wie er sich aus dem Verbesserungsantrag ergibt, angenommen.

Der Antrag 2 wird angenommen.

14. Bericht des Verwaltungsausschusses zu dem Entwurf eines Gesetzes für den Landesteil Lübeck, betr. Änderung des Gesetzes vom 5. März 1900, betr. Erhebung einer Kurtaxe in Niendorf, Klein-Timmendorferstrand, Scharbeuk und Haffkrug und betreffend Bildung eines Ostseebäderfonds. 2. Lesung. (Anl. 92.)

Der Ausschußantrag wird angenommen.

15. Bericht des Verwaltungsausschusses zu dem selbständigen Antrag Dohm. 2. Lesung.

Der Ausschußantrag wird angenommen.

16. Bericht des Verwaltungsausschusses zur 2. Lesung des Gesetzes zur Ausführung des Landessteuergesetzes. (Anlage 77.)

Es wird beantragt eine kurze Pause von 20 Minuten eintreten zu lassen für eine Besprechung. Der Abg. Lohse stellt einen Verbesserungsantrag zum Antrag 5 folgenden Inhalts:

Den nach Antrag 7 des Berichts zur ersten Lesung dem § 5 Abs. 1 des Landessteuergesetzes nachzufolgenden Satz wie folgt zu fassen:

Gewerbebetriebe von Einzelpersonen sind, wenn ihr Ertrag nicht mehr als 5000 *M* beträgt, von Zuschlägen freizulassen, bei Erträgen von 5001 bis 10000 *M* mit höchstens dem Einfachen der staatlichen Gewerbesteuer, bei Erträgen von 10001 bis 15000 *M* mit höchstens dem Eineinhalbfachen der staatlichen Gewerbesteuer bei Erträgen von 15001 bis 20000 *M* mit höchstens dem Zweifachen der staatlichen Gewerbesteuern zu Gemeindesteuerzuschlägen heranzuziehen.

Die Sitzung wird auf 20 Minuten vertagt.

Der Präsident eröffnet um 11<sup>3</sup>/<sub>4</sub> Uhr wieder die Sitzung zur Weiterberatung.

Antrag 1 wird angenommen.

Antrag 2 wird abgelehnt.

Die Anträge 3 und 4 werden abgelehnt.

Zum Antrag 5 stellt der Abg. Schmidt ebenfalls einen Verbesserungsantrag, der den Antrag Behrens ersetzen soll. Der Antrag hat folgenden Wortlaut:

#### I.

1. Der Satz 2 im § 4 Abs. 2 des Ausführungsgesetzes zum Landessteuergesetz vom 17. August 1920 erhält folgende Fassung:

Höhere Zuschläge dürfen von der Gemeinde mit Genehmigung des Staatsministeriums nur erhoben werden, wenn die Ausgaben zu deren Deckung die Zuschläge bestimmt sind, vorzugsweise im Interesse des bebauten oder unbebauten Grundbesitzes liegen.

2. Der § 5 erhält folgende Fassung:

Die Gemeinden sind berechtigt, Zuschläge bis zu dem Dreifachen der staatlichen Gewerbesteuer zu erheben.

Steuerpflichtige — mit Ausnahme der juristischen Personen und Vereine — mit einem Ertrage aus Gewerbebetrieb bis 5000 *M* sind von der Zahlung des Zuschlages befreit, solche mit einem Ertrage über 5000 *M* bis 10000 *M* sind bis zu einem Viertel, solche mit einem Ertrage über 10000 *M* bis 15000 *M* bis zur Hälfte und solche mit einem Ertrage über 15000 *M* bis 20000 *M* bis zu drei Viertel des Zuschlages heranzuziehen.

Die Gemeinden sind berechtigt, durch Statut für die Dauer der Gültigkeit dieses Gesetzes größere fabrikmäßige Betriebe, auf dem Wege der Kopfsteuer nach der Anzahl der beschäftigten Arbeiter zur Gewerbesteuer heranzuziehen.

#### II.

Das Staatsministerium wird ersucht, dem Landtage vor Ablauf des Gesetzes Vorschläge zu machen, nach denen die im § 5 Abs. 3 bezeichneten Betriebe unter Vermeidung von Kopfsteuern angemessen zu den Gemeindelaften herangezogen werden können.

Unter Zurückziehung seines ersten Antrages stellt der Abg. Lohse einen Verbesserungsantrag zum Verbesserungsantrag des Abg. Schmidt zum Antrag 5 folgenden Inhalts:

In Ziffer I 2 des Verbesserungsantrages den letzten Absatz zu streichen.

Für diesen Verbesserungsantrag Lohse wird namentliche Abstimmung beantragt.

Der Antrag wird mit 26 gegen 12 Stimmen abgelehnt.

Der Antrag 5 wird in der Fassung des Verbesserungsantrages Schmidt angenommen.

Antrag 6 wird angenommen.

Antrag 7 wird vom Antragsteller zurückgezogen.

Antrag 8 wird abgelehnt.

Die Anträge 9 und 10 werden angenommen.

17. Bericht des Finanzausschusses über den selbständigen Antrag der Abgeordneten Hartong (Birkenfeld), Dörr und Zehetmair, betr. den Entwurf eines Gesetzes für den Landesteil Birkenfeld, betr. die Erhebung eines Zuschlages zur staatlichen Gebäudesteuer zwecks Förderung des Wohnungsbaues. 2. Lesung.

Der Ausschufantrag wird angenommen.

18. Bericht des Finanzausschusses über die Anlage 93. (Stellenübersichten).

Zum Ausschufantrag stellt die Staatsregierung zwei Verbesserungsanträge folgenden Inhalts:

Ich beantrage in der Uebersicht für den Landesteil Oldenburg

- a) bei § 1  
„XI Regierungsrat als Ministerialreferent“ zu streichen und bei „XII Ministerialräte“ die Zahl „6“ in „7“ umzuwandeln.
- b) bei § 1 unter  
„VIII Ministerialinspektoren“ die Stellenzahl „6“ in „3“ und unter  
„IX Ministerialoberinspektoren“ die Stellenzahl „12“ in „15“ umzuwandeln und
- c) bei § 250 unter  
„VII Vermessungsobersekretäre“ die Stellenzahl „11“ in „7“ umzuwandeln und nachzuführen  
„VIII Vermessungsobersekretäre“ mit der Stellenzahl „4“.

ferner beantrage ich:

Der Landtag wolle sich damit einverstanden erklären, daß für Sondervergütungen an im Staatsministerium beschäftigte Beamte zu Lasten des § 2 des Voranschlags des Landesteils Oldenburg für 1921 ein Betrag bis zu 4000 M. aufgewendet wird.

Der Abg. Wichmann stellt ebenfalls einen Verbesserungsantrag folgenden Inhalts:

Ich beantrage zu § 10 bei VIII Regierungsobersekretär die Stellenzahl 2 in 1 und bei IX Regierungsoberinspektor die Stellenzahl 1 in 2 umzuwandeln.

Der Verbesserungsantrag 1 der Regierung und der Verbesserungsantrag Wichmann werden angenommen.

Der Verbesserungsantrag 2 der Regierung wird angenommen.

19. Bericht des Finanzausschusses über die Anlage 91, betr. Erläuterung der Belastung der Gemeinden.

Der Ausschufantrag wird angenommen.

20. Bericht des Petitionsausschusses zur Eingabe des Reichsbundes akademisch gebildeter Landwirte.

Der Ausschufantrag wird angenommen.

21. Bericht des Petitionsausschusses zu dem Gesuch des Cigners B. H. Drees aus Wiener bei Lindern.

Der Ausschufantrag wird angenommen.

22. Bericht des Petitionsausschusses über die Eingabe der Holzwärter im Landesteil Oldenburg um Verleihung der Zivilstaatsdienereigenschaft.

Der Ausschufantrag wird angenommen.

23. Bericht des Petitionsausschusses über die Eingabe des Amtsboten und Gerichtsvollziehergehilfen Bänmer in Bürgerfelde, um Verleihung der Zivilstaatsdienereigenschaft.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

24. Bericht des Finanzausschusses über den Gesetzentwurf für den Freistaat Oldenburg wegen Aufnahme von Anleihen. 2. Lesung. (Anlage 95.)

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

25. Bericht des Petitionsausschusses zu der Eingabe des Hauptlehrers Rudolf Dpiß (Griebelschied-Birkenfeld), betr. Anrechnung von Privatschuldienstzeit auf das Besoldungsdienstalter.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

26. Bericht des Finanzausschusses zum selbständigen Antrag der Abgeordneten Dohm, Bartels, Kettelhohn und Wichmann über den Entwurf eines Gesetzes für den Landesteil Lübeck, betr. die Erhebung eines Zuschlages zur staatlichen Gebäudesteuer zwecks Förderung des Wohnungsbaues. 2. Lesung.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

27. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für den Landesteil Oldenburg zur Abänderung des Gesetzes vom 4. März 1920, betr. Ausführung des Reichsiedlungsgesetzes. 2. Lesung. (Anl. 89.)

Die Anträge 1 und 2 werden angenommen.

28. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Vorlage der Regierung über den Entwurf eines Gesetzes für den Landesteil Oldenburg, betr. Aenderung des Gesetzes für das Herzogtum Oldenburg vom 19. April 1899, betr. das Grunderbrecht. 2. Lesung. (Anlage 44.)

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

29. Bericht des Petitionsausschusses über den Gesetzentwurf, betr. die zeitweilige Aufhebung der einseitigen Rechte auf Ablösung von Naturalberechtigungen und Naturaldiensten. 2. Lesung. (Anl. 64.)

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.



**30. Kurze Anfrage des Abgeordneten Lohse folgenden Inhalts:**

Ist dem Staatsministerium bekannt, daß der vor kurzem zum Leiter des Versorgungsamtes Oldenburg ernannte, aus der Intendantur hervorgegangene Beamte, von seinem früheren Vorgesetzten, dem Direktor des Hauptversorgungsamtes Stettin in einer öffentlichen Erklärung als gänzlich ungeeignet und unfähig bezeichnet worden ist?

Kann das Staatsministerium etwas dafür tun, daß dieser wichtige Posten mit einem Beamten besetzt wird, der das Vertrauen der Kriegsbeschädigten genießt?

Eine schriftliche Antwort genügt mir.

Eine Antwort konnte nicht sofort mehr erteilt werden.

**31. Bericht des Petitionsausschusses zum selbständigen Antrag des Abg. Murken, betr. Aenderung des Abänderungsgesetzes zum Gesetz für den Freistaat Oldenburg vom 4. 7. 1919, betr. Anstellung und Besoldung der Mitglieder des Staatsministeriums. 2. Lesung.**

Der Ausschusantrag wird angenommen.

Der Präsident gibt bekannt, daß in dieser Tagung 54 Gesetzentwürfe, 52 sonstige Regierungsvorlagen, 16 selbstständige Anträge, 17 förmliche Anfragen, 6 kurze Anfragen und 290 Eingaben erledigt sind.

Der Präsident gibt weiter bekannt, daß der Landtag sich auf unbestimmte Zeit vertagt.

(Schluß der Sitzung 1 $\frac{1}{2}$  Uhr.)

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der Sitzung des Gesamtvorstandes des II. Landtags des Freistaats Oldenburg, 3. Versammlung, am 4. Mai 1921, vormittags 9 Uhr.

**Schröder. Behrens. Feigel. Bartels. Denis. Nieberg.**

133

